ANTIFASCHISTISCHE NRW ZEITUNG

Nr. 3 Nov. '93 - Jan. '94 DM 2,50



EDITORIAL

Dies ist nun die dritte Ausgabe der ANTIFASCHISTISCHEN NRW ZEITUNG. Schwerpunktmäßig habem wir uns diesmal mit dem Neonazi Aufmarsch in Fulda sowie dem alljährlichen Nazitreffen in Diksmuide (Belgien) beschäftigt. Ebenfalls in dieser Ausgabe sind Artikel zu der FAP sowie der JN. Das Verbot des "Freundeskreis Freiheit für Deutschland" und die Verflechtung mit dem "Deutschen Rechtsschutzbüro" und die aktuelle Situation der Flüchtlinge nach dem "Asylkompromiß" interessierte uns genauso wie die Themen unserer beiden Hintergrundartikel. Wir setzten uns mit dem Verfassungsschutz und der Reichkriegsflagge auseinander. Die Nachrichten aus den einzelnen NRW Städten bzw. Regionen sind selbstverständlich auch wieder dabei. Nach nur zwei Ausgaben mußten wir unsere Auflage schon erhöhen, wir freuen uns auf diesen Zuspruch und sehen dies als Bestätigung unserer Arbeit. Die Abobedingungen findet ihr in dieser Ausgabe.

Eure ANTIFA NRW ZEITUNG‹





Impressum

VisdP: P. Schulze
Kontakt:
Antifaschistische Zeitung NRW
c/o Infoladen
Brunnenstr.41
42105 Wuppertal

Bankverbindung:
Geschichtswerkstatt Dortmund, Stichwort NRW
Konto-Nr.: 301.0375.603
BLZ: 441 600 14
Dortmunder Volksbank

Auflage: 1500

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abobedingungen:

Wegen der hohen Portokosten kostet ein Jahresabo 16 DM, also 4 DM pro Ausgabe. Bei Bestellungen von mehr als 10 Einzelexemplaren pro Ausgabe gibt es Rabatt. Bestellungen bitte an o.g. Kontaktadresse. Zahlungen mit Absenderangabe an o.g. Konto oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an unsere Kontaktadresse.

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

Kurzmeldungen aus NRW-Städten

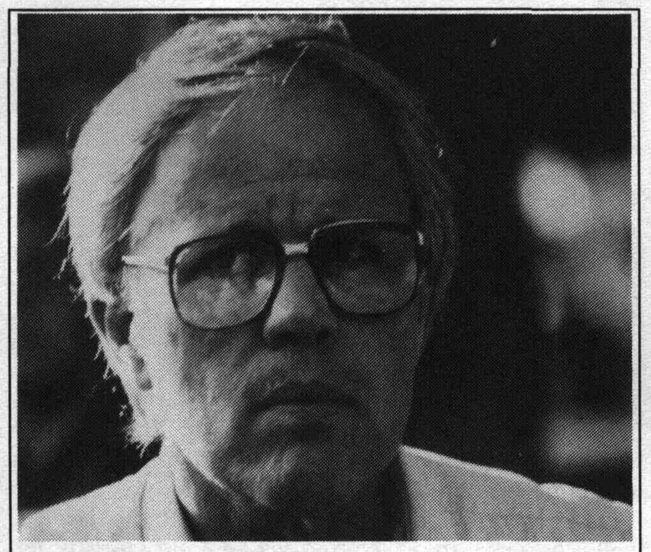
Staatsschutz für Neonazis: Trotz Verbot Naziaufmarsch in Fulda

Nur wenige Stunden vor dem geplanten Aufmarsch von Neo- und AltfaschistInnen wurde der diesjährige Zielort des "Rudolf-Hess Gedenkmarsches", Bischofferode, über das Wiesbadener "Nationale Infotelefon" bekanntgegeben. Hess, der am 17. August 1987 im Alliierten Kriegsverbrechergefängnis Berlin-Spandau Selbstmord beging, ist zum Märtyrer der rechtsextremen "Szene" geworden. Alljährlich demonstrierten zu seinem Todestag mit steigender Anzahl RechtsextremistInnen der verschiedensten Organisationen. Im vergangenen Jahr konnten 2000 FaschistInnen trotz Verbot durch das thüringische Rudolstadt demonstrieren.

Am Morgen des 14. August 1993 durchzog Thüringen und insbesondere den Raum Bischofferode ein massives Polizeiaufgebot. Mehr als 5000 BeamtInnen verhinderten eine Zusammenkunft der FaschistInnen – 28 Rechtsextremisten wurden festgenommen. Daß dieser Polizeieinsatz nur unter öffentlichem Druck zustandegekommen war, wurde schnell klar. AntifaschistInnen wurden schon Kilometer vor Bischofferode abgewiesen. Um die Koordination mit anderen Antifa-Konvois zu erschweren, sind sogar Telefonkarten aus den Funktelefonen gezogen worden.

Pakt mit der Polizei

In die Nähe des besetzten Kaliwerkes in Bischofferode, dessen Betriebsrat sich von der Aktion der FaschistInnen am Sonnabend-Vormittag distanzierte, kam kaum jemand. Darauf vorbereitet, setzten die Rechtsextremen ein Alternativkonzept um. Koordiniert über vier Funktelefone - z.T. mit Code-Wörtern – gelang ihnen ein Sammeln auf einer Autobahn-Raststätte in der Nähe von Kassel. Nach kurzen Verhandlungen zwischen der Polizeiführung und dem Vorsitzenden der "Freiheitlichen Arbeiterpartei" (FAP), Friedhelm Busse, wurde eine Abmachung getroffen. Busse erklärte, der Nazikonvoi wolle zu einer Kundgebung der "Deutschen Volksunion" (DVU) nach München fahren.



Fulda's OB Wolfgang Hamberger am Rand der Nazi-Demo

Tatsächlich glaubte ihm der Einsatzleiter - oder es war ihm egal. Am selben Tag fand zwar ein Parteitag der DVU in München statt, dieser ging jedoch schon zwei Stunden vor diesen Verhandlungen zu Ende. Eine Kundgebung, die die FaschistInnen sowieso erst gegen 21 Uhr hätten erreichen können, war in München weder angemeldet noch geplant. Die FaschistInnen durften ungestört wieder auf die Autobahn fahren. Begleitet wurden sie von 60 BeamtInnen, die mit ihren Fahrzeugen zum Teil zwischen den mit FAP-Emblemen beklebten Autobussen fuhren.

Etwa 500 AntifaschistInnen folgten diesem Konvoi - bis zur Autobahnabfahrt Fulda-Nord. Während die FaschistInnen von der Polizei in die 55000 EinwohnerInnen zählende Kleinstadt hineinbegleitet wurden, hielten 150 zur Verstärkung geholte Einsatzkräfte die antifaschistischen GegendemonstrantInnen auf.

Einmarsch in Fulda

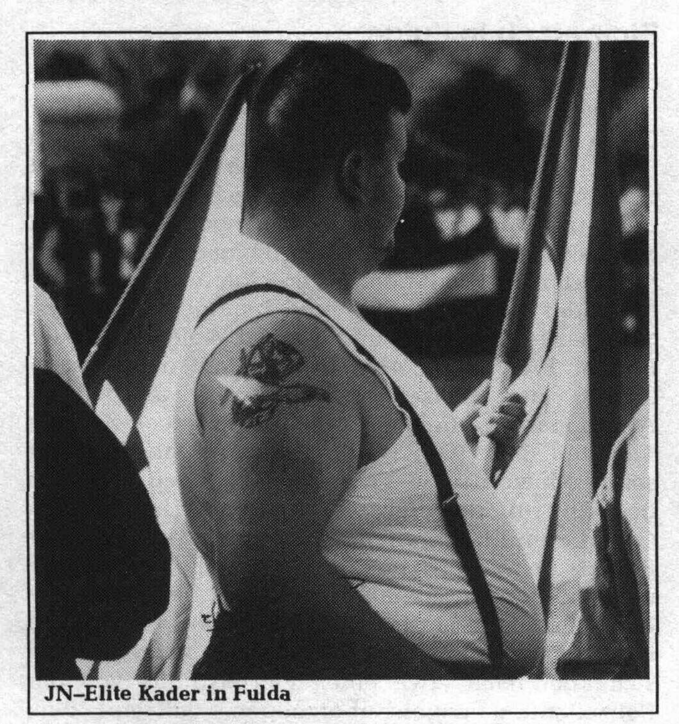
Die Polizei begleitete die ca. 500 deutschen und ausländischen FaschistInnen vom Bus-Sammelplatz auf ihrem Marsch durch die Fuldaer Innenstadt zum Domplatz. Kurze Zeit später wehten dort die Fahnen von FAP, NPD, JN, NL, etliche Reichskriegsflaggen und auch Fahnen mit der Wolfsangel. Den Schutz der Kundgebung übernahmen neben ein paar locker formierten PolizistInnen fascho-eigene Ordner, darunter der ehemalige NF- und heutige DL-Aktivist Meinhard-Otto Elbing und Norbert Weidner von der Bonner FAP. Die Verhandlungen mit der Einsatzleitung der Polizei, die in sehr entspannter Atmosphäre verliefen, führte der Polacek-Zögling Thorsten Heise (FAP Niedersachsen). Daß Heise auf seiner Mütze das SS-Totenkopfabzeichen trug, war deshalb für die Polizeiführung überhaupt kein Grund zum Einschreiten. Nach etwa der Hälfte der Reden, die teilweise unverständlich blieben, weil sie über Megaphon gehalten wurden, begannen die Domglocken zu läuten. Die Kirchenleute wollten so ihren Unmut über den Nazi-Auftritt zeigen, lie·en sich aber nach etwa einer Viertelstunde von der Polizeileitung davon überzeugen, daß mit dem "Protest" auch mal Schluß sein müsse. Wie es hieß, sollen die Faschos die Polizei darum gebeten haben, weil ihre sonst so gepflegte militärische Disziplin den Bach runtergegangen wäre. Eine ganze Reihe Kameraden und Kameradinnen schienen doch schon recht erschöpft von den endlos langen Kampfreden ihrer "Führer" und verließen den Kreis. Am Schluß der Kundgebung, die ohne jegliche Störungen durchgezogen werden konnte, forderte Friedhelm Busse seine GesinnungskameradInnen auf, der Auflage der Polizei nachzukommen und jede Vermummung zu unterlassen. Schließlich habe man nichts zu verbergen im Gegensatz zu den "linken Chaoten". Es folgte die Aufstellung in Vierer-Reihen, der Marsch setzte sich mit dem Absingen der drei Strophen des Deutschlandliedes durch die Innenstadt in Bewegung. Die wenigen anwesenden AntifaschistInnen wurden von der Polizei abgedrängt.

Rassistische und faschistische Parolen gröhlend zog der Pulk zum Sammelplatz. Unter den Augen der

Fuldaer BürgerInnen, die das Spektakel teils ungläubig, teils gleichgültig, aber auch empört beobachteten, zog der Konvoi, von Polizeikräften begleitet, wieder aus der Stadt. Die Nazis hinterließen nicht nur Zorn und Unverständnis, sondern auch Hakenkreuz-Aufkleber von der NSDAP/AO aus den USA auf dem Domplatz: "Fight Crime - Deport Niggers".

Auffällig war, daß in Fulda Teile der militanten RechtsextremistInnen fehlten. So waren Mitglieder der verbotenen "Deutschen Alternative" (DA) um den Cottbuser Frank Hübner und auch das "Deutsche Hessen" von H. Reisz nicht präsent. Auch Ewald Althans erschien nicht. In den frühen Morgenstunden versammelten sich vor seinem Münchner AVô-Büro 80 Personen, um gemeinsam zum "Hess-Gedenkmarsch" zu fahren. Daraus wurde jedoch nichts, da sich die Fahrer der angemieteten Busse geweigert haben sollen, die FaschistInnen zu transportieren.

Dezentrale Antifa-Aktionen



JN-Elite Kader in Fulda

Neben den AntifaschistInnen, die dem Nazikonvoi folgten und damit ein längeres Sammeln der FaschistInnen und somit eine noch größere Kundgebung verhinderten, gab es weitere Aktivitäten gegen rechts. Im niedersächsischen Duderstadt demonstrierten mehrere hundert Menschen gegen die alljährlichen "Gedenkmärsche". 200 vor allem jugendliche TeilnehmerInnen kamen in Weimar zu einem antifaschistischen Fest zusammen, das unter dem Motto "Kein Vergeben, kein Vergessen!" stand. RednerInnen von DGB, SPD, PDS und der autonomen Antifa sprachen sich für ein stärkeres Zusammengehen gegen die anwachsende neofschistische Gefahr aus.Im Vorfeld dieser genehmigten Kundgebung wurden auf den Anfahrtswegen Polizeiflugblätter verteilt, in denen es hieß: "Die Versammlung, an der Sie teilnehmen wollen, ist verboten."Bei Zuwiderhandeln wurde eine Geldbuße von bis zu 1 000 DM angedroht. Ein Vertreter der Landespolizei hat sich später für den "irrtümlichen" Einsatz der Flugblätter entschuldigt. Sie seien lediglich für die zu erwartenden Rechtsextremisten gedacht gewesen.

Lange Vorbereitungen

Der diesjährige "Hess-Gedenkmarsch" wurde schon seit mehreren Monaten vom "Wunsiedel-Komitee" unter Führung des Hamburger Neonazis Christian Worch vorbereitet. Worch schrieb schon Wochen vorher in einem internen Rundschreiben, daß die gegenwärtigen Bedingungen nicht "zu unseren Gunsten" stehen. Aber auf eines setzte er: "Vorteilhaft ist möglicherweise, daß durch den mißglückten GSG 9-Einsatz in Bad Kleinen und den mutmaßlichen 'Hinrichtungsschuß' auf den Terroristen Grams der bisherige Verbotsminister Seiters durch Kanther abgelöst worden ist."

öffentliche Reaktionen

Die Reaktionen der regierenden Parteien auf den Nazi-Aufmarsch in Fulda waren in erster Linie eine Instrumentalisierung. So nahm Ulrich Maurer, Landesvorsitzender der baden-württembergischen SPD, seine Fuldaer Parteikollegen kritiklos in Schutz. Er redete sogar von einem "erfolgreichen Wochenende für die Polizei". CDU-Generalsekretär Hintze fragte dagegen die SPD, ob das Vorgehen in Fulda in Zukunft Parteilinie sei. Die Vorgänge in Fulda haben zu einigen Strafanzeigen geführt. Von der Staatsanwaltschaft selbst mußten angesichts der öffentlichen Proteste Ermittlungsverfahren gegen führende Neonazis aufgenommen werden. Aber auch hier sollte eher von einer Verschleppung der Verfahren ausgegangen werden als von einem Interesse an der Verurteilung neofaschistischer Taten.

Arbeitsteilung

Die Strategie der Polizei am 14. August war deutlich sichtbar und der Staatssekretär im hessischen Innenministerium, Kulenkampff, sagte dies auch. "Hauptziel sei es gewesen, eine Konfrontation zwischen Rechtsextremisten und Linksextremisten zu verhindern. Dies sei auch erreicht worden."

Neonazis-Aufmärsche wie die in Fulda braucht der Staat, um seine Politik des Demokratie- und Sozialabbaus und den gleichzeitig weiteren Ausbau der Repressionsapparate besser durchsetzen zu können. Rechtsau·en Kanther, den Kohl vor kurzem als Innenminister eingesetzt hat, ist der Garant einer solchen Politik. Daran ändert auch nichts, daß er groß und breit in der öffentlichkeit über weitere Verbote von Nazi-Gruppen redet. Die FAP, die's treffen soll, kann sich inzwischen ganz cool auf Hausdurchsuchungen und Kontobeschlagnahmungen vorbereiten und alles verschwinden lassen, was ein Verbot begründen könnte.

Es herrscht Arbeitsteilung zwischen der Bundesregierung und den RechtsextremistInnen. Daß dabei - wie im Fall Fulda - auch das rot-grün regierte Hessen mitspielt, verwundert inzwischen schon nicht mehr.

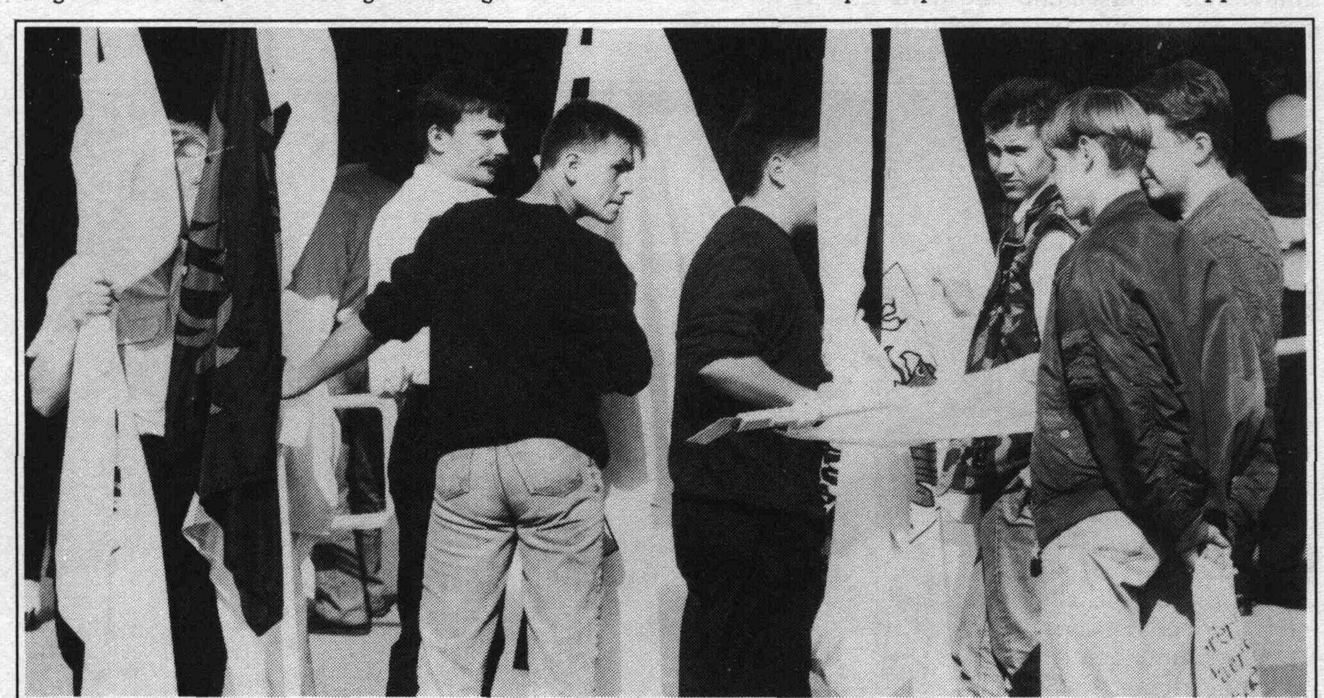
Diksmuide 93

Einmal im Jahr trifft sich die europäische Rechte zu einem großen Volksfest. Imbißbuden, Waffelstände, Getränkeverkäufer und Bierzelte vermitteln den Eindruck von gemütlicher Betriebsamkeit. Doch das ganze Spektakel zeugt von beteutend mehr, nämlich von der "Normalität" des Rechtsradikalismus in Europa.

Trommelwirbel und dumpfe Paukenschläge durchdringen die aufkommende Vormittagssonne, Marschgeräusche und monotoner Gleichschritt verkünden den Auftritt des "Vlaamse Nationale Jeungerenbond" (VNJ). Auf der mit Menschen überfüllten Hauptstraße von Diksmuide marschiert eine Hundertschaft von Heranwachsenden auf, die ihrem Äußeren nach eher einem Fanfahrenzug der Wiking-Jugend gleicht. Fanfahrenstöße aus Trompeten zerreißen in schmerzhafter Weise die Atmosphäre der regen Betriebsamkeit. Das Publikum wendet sich dem martialischen Trachtenaufmarsch zu und beginnt sympathiebekundend Beifall zu klatschen. Belgische Verhältnisse? Nein, mit Sicherheit nicht, denn von der deutschen Bevölkerung wurde schon zu wesentlich unangenehmeren Anlässen Beifall geklatscht.

Was aber Diksmuide so beunruhigend macht ist die absolute Normalität mit der das Vokabular der Neuen Rechten in den Gesamtablauf dieses Treffens integriert ist. Jedoch gilt auch hier wieder die Irrationalität von rechten Begriffsbildungen. So gibt es da auf der einen Seite den flämischen Seperatismus mit der Parole: „Los von der französischsprachigen Wallonie, für ein eigenständiges Flamen". Hier definieren sich die Flamen als eigenes, geschichtliches Volk und leiten daheraus ihre Souveränitätsrechte ab. Jedoch vermitteln die offiziell angeführten Gründe, wie dem Recht auf Selbstbestimmung und Erhaltung der Nationalen Identität doch nur Vordergründiges. Deutlicher wird die Sprache wenn es ums Geld geht, denn da herrscht zwischen den Vertretern der offiziellen Politik und der extremen Rechten offene übereinstimmung. Das im Vergleich zur Wallonie reiche Flamen möchte sich von den "faulen Wallonen" lösen, da diese sich auf den Leistungen der Flamen ausruhen und somit nur Geld kosten. Hier spiegelt sich die Politisierung gesellschaftlicher Verhältnisse aufgrund wirtschaftlicher Vorurteile ab, ähnlich wie es sie auch in Italien zwischen dem "armen Süden" und dem "reichen Norden" gibt. Genauso wie die italienische Lega Nord auf ökonomischen Vorurteilen regionale Stärke erlangte, so ist es in Belgien der Vlaams Block der es verstanden hat sich zum Wortführer der ökonomisch starken flämischen Provinz zu machen. Was in Belgien noch verschärfend hinzukommt, sind die Ressentiments aufgrund der Sprachenteilung, wo die Flamen eine wallonisch-französische Verbrüderung gegen sich auszumachen glauben. So bekommen die ca. 20.000 Besucher von Diksmuide von dem Festredner das zu hören, was sie hören wollen, nämlich von der "Maitresse Frankreich" und dem "Französichen Kapital" welches sich nur für die französischsprachige Wallonie bereithält.

Diese Verquickung von vordergründigem Nationalismus, Vorurteilen und offizieller Politik birgt ein hervorragendes Klima für rechte Ideologie. Von dieser Tatsache partizipieren auch rechte Gruppen aus ganz Europa, die die sogenannte "Ijzerbedevaart" Feier als Treffpunkt für ihre Partei- und Ideologiekader nutzen. Als Beispiel sei hier die westdeutsche Neonaziszene angeführt, die sich hier zu einem unbeschwertem "Stelldichein" traf. Ein Umstand der in Deutschland in der Form nicht möglich wäre. Das Skandalöse an dieser Art von "unbeschwertem Zusammensein" läßt sich eindrucksvoll an einem Vergleich mit dem Neonaziaufmarsch vom 14. August

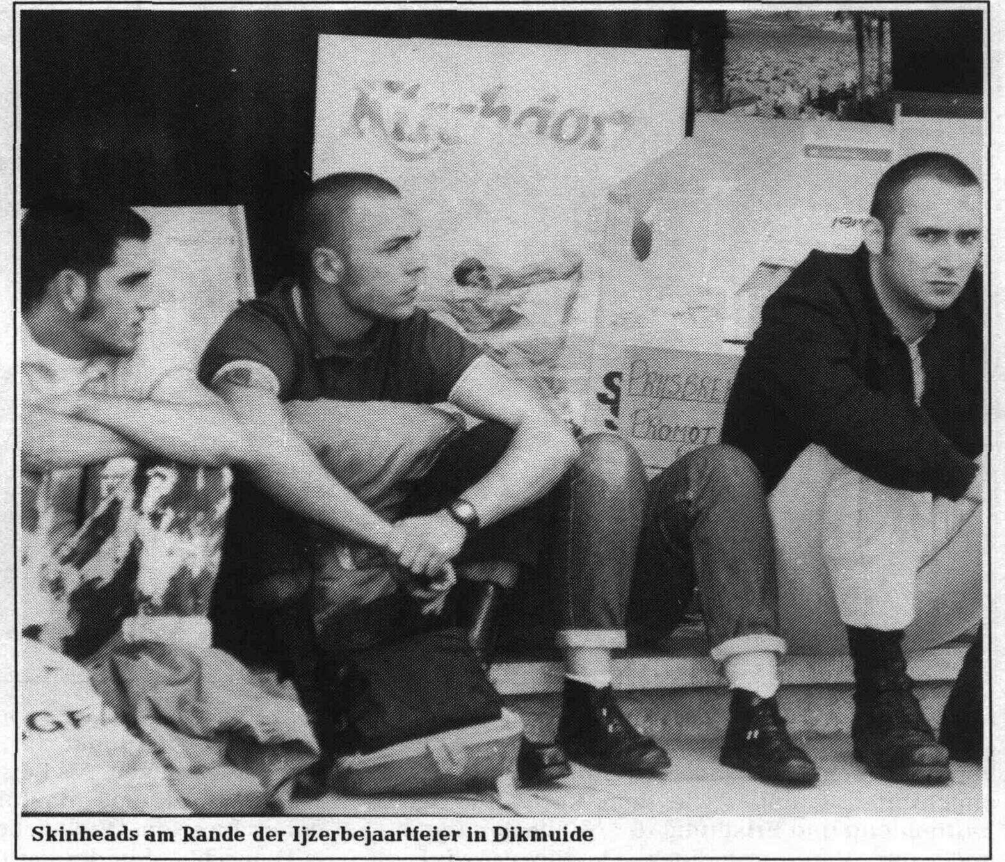


Deutsche Neonazis beteiligen sich am offiziellen Ijzerbedevaartprogramm mit einer Fahnenabordnung (mit Fahnen der Ostdeutschen Reichsgebiete). 27.08.93

93 in Fulda belegen. Dort führte der Auftritt von führenden Kadern der Neonaziszene wie Norbert Weidner (FAP) als Co-Veranstaltungsleiter von Fulda, Markus Prievenau (FAP) und dem Fulda-Redner Holger Apfel (JN) zu einem öffentlichen Skandal, dem immerhin ein Staatssekretär zum Opfer viel. Nur zwei Wochen später tummeln sich dieselben Kader mit mehreren Hundert Gleichgesinnten aus Deutschland und ganz Europa im belgischen Diksmuide. Dort beteiligen sich Teilnehmer von dem Aufmarsch in Fulda sogar am offiziellen Bühnenprogramm der Ijzerbedevaartfeier. Aber hier in Belgien ist das keinen Skandal wert, hier sind die Neonazis offen integriert und Altnazis wie die SS-Verbindungsfrau Ilse-Carola Salm gelten als Freunde der "Flämischen Sache". Auf der Hauptstraße am Rande des Festgeländes findet ein ganzer Devotionalienhandel mit nazistischem Propagandamaterial statt. In den Straßencafes sitzen Neofaschisten aus ganz Europa und tauschen Informationen aus, treffen Verabredungen und wickeln kleinere Geschäfte ab. Was den Eindruck von geschäftiger Betriebsamkeit erweckt, ist weitaus mehr als nur eben dies, es ist handfeste Organisierung von neofaschistischen Strukturen in ganz Europa. So ambivalent diese Ijzerbedevaartfeiern auch sein mögen, in jedem Fall sollten Antifaschisten aus ganz Europa einen kritischeren Blick auf Diksmuide richten. Dazu zählt mit Sicherheit auch ein internationaler Druck auf die belgischen Behörden, diesem Tummelplatz für Eurofaschisten Einhalt zu gebieten. Was in nächster Zukunft dagegen passieren wird, ist noch vollkommen ungewiß außer, daß sich die Rechte nächstes Jahr am 28. August wieder in Diksmuide versammeln wird.



SS–Verbindungefrau Ilse-Carola-Scheu auf der Ijzerbejaartfeier in Dikmuide



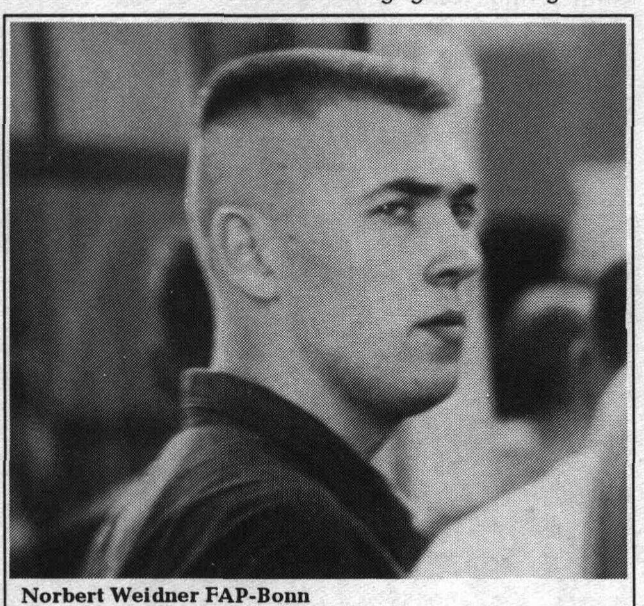
Skinheads am Rande der Ijzerbejaartfeier in Dikmuide

David Taylor

Braune blieben unsichtbar. Handlungsfähigkeit gegen faschistische Gruppen bewiesen

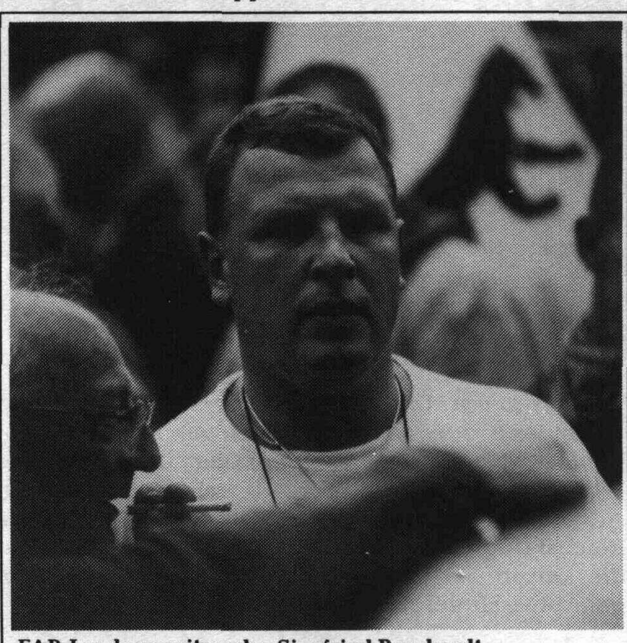
Für den Tag der deutschen Einheit hatte die neofaschistische "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) Aufmärsche in verschiedenen Städten von Nordrhein-Westfalen geplant, unter anderem auch in Wuppertal und Solingen.

Wie schon zwei Wochen zuvor im Ruhrgebiet warteten AntifaschistInnen vergeblich auf den braunen Spuk.Die FAP hatte zwei Autokorsos vorgesehen, die sich von Krefeld und Iserlohn aus in Richtung Bonn bewegen sollten. Die Autokorsos sollten in verschiedenen Städten stoppen, in denen dann Kundgebungen der FAP-Mitglieder und ihrer Symphatisanten stattfinden sollten. In Wuppertal war eine Versammlung für Sonntag nachmittag vor dem Elberfelder Rathaus vorgesehen, in Solingen auf dem Graf-Wilhelm-Platz in der Stadtmitte. Die Aufmärsche waren als Protest gegen das angeblich



Norbert Weidner FAP-Bonn

"grundgesetzwidrige Verbot der Reichskriegsflagge" geplant, wie es in dem Demonstrations-Ersuchen der faschistischen Partei heißt. Die angemeldete Demonstration wurde von NRW-Innenminister Schnoor verboten. Bestätigt wurde das Verbot durch das Verwaltungsgericht Köln in einer Eilentscheidung am Samstag vor dem deutschen Feiertag. Die Reichskriegsflagge erfreut sich bei Neonazis und Skins erheblicher Beliebtheit. Beispielsweise zogen nach einem FAP-Aufmarsch in Essen Mitte Juni ca. 100 Skins mit Reichskriegsflaggen durch Essen-Steele. Nur zwei Tage später brannten auf einem von ImmigrantInnen bewohnten Hof in Essen-Stoppenberg zwei Garagen und zwei Autos völlig aus. Die Sonderkommission "fremdenfeindliche Straftaten" ging zu diesem Zeitpunkt davon aus, da· die Brandanschläge in Essen "nicht mehr die Handschrift von Rotzigen" tragen.Seit dem von der FAP angemeldeten Aufmarsch in Fulda Mitte August, der international für Empîrung sorgte, ist die FAP bei bundesdeutschen PolitikerInnen in Mißkredit geraten. Hessens Innenminister Günther beantragte bei der Bundesregierung die Auflösung der rechten Partei, die Bundesregierung wiederum rief zu diesem Zweck das Bundesverfassungsgericht an. Ein Urteil steht noch aus. Von der FAP für Mitte September in Bonn und Gelsenkirchen angemeldete Demonstrationen wurden von den jeweiligen Polizeipräsidenten verboten. Die FAP hat in Nordrhein-Westfalen ihre organisatorischen Schwerpunkte im gesamten Ruhrgebiet sowie im Raum Bonn. Der Landesvorsitzende Kemper aus Münster wurde am 7. September zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt. Er hatte die Massenmorde im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz verleugnet und somit Volksverhetzung betrieben. Schillernste Figuren der nordrhein-westfälischen FAP sind der Dortmunder Siegfried Borchardt ("SS-Siggi"), der Adolf Hitler als sein Vorbild bezeichnet und wegen seiner Aktivitäten im rechten Lager mehrfach verurteilt wurde, sowie Norbert Weidner aus Bonn, treibende Kraft der Anti-Antifa und überregional aktiv.Im bergischen Land bestehen derzeit keine aktiven FAP-Gruppen. Das Wuppertaler FAP-Mitglied Viktor Jamnitzky ist deshalb darauf angewiesen, seine Kameraden auswärts zu treffen. Zuletzt marschierte er in Fulda mit. In Solingen waren die einschlägig bekannten Faschisten Bernd Koch und Wolfgang Schlösser Ende der 80er Jahre kurzzeitig in der FAP aktiv. Sie machten in diesem Jahr als Mitglieder des "Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverbands" von sich reden, in dem die Tatverdachtigen des mörderischen Brandanschlags in Solingen trainiert wurden bzw. Mitglied waren. Am Tag der deutschen Einheit blieb der braune Spuk aus. Da trotz des Verbots ein Aufmarsch der Nazis nicht auszuschließen war, warteten ca. 30 AntifaschistInnen und zivil gekleidete PolizistInnen vor dem Elberfelder Rathaus auf eventuell aufkreuzende Rechte. In Solingen löste die "Initiative öffentlichkeit gegen Gewalt" über das "SOS-Telefon" eine Telefonkette aus. In kurzer Zeit wurden so weit über 100 Menschen mobilisiert, die sich in einem multikulturellen Zentrum in Solingen-Mitte über eventuelle Gegenmaßnahemen berieten. Ein Sprecher der Initiative wertete die schnelle Mobilisierung als einen Beweis für die Handlungsfähigkeit der Menschen in der Klingenstadt gegen das Auftreten rechtsextremer Gruppen.



FAP-Landesvorsitzender Siegfried Borchardt

Reichskriegsflagge

In letzter Zeit ist viel die Rede vom Verbot der Reichskriegsflagge, die von den (Neo-)Nazis als Symbol alter deutscher Großmachtpolitik bei fast allen Aufmärschen und Zusammenrottungen benutzt wird. Deshalb wollen wir über die Geschichte der Reichskriegsflagge informieren.

In letzter Zeit ist viel die Rede vom Verbot der Reichskriegsflagge, die von den (Neo-)Nazis als Symbol alter deutscher Großmachtpolitik bei fast allen Aufmärschen und Zusammenrottungen benutzt wird. Deshalb wollen wir über die Geschichte der Reichskriegsflagge informieren. 1867 wurde die Flagge in den Farben schwarz-weiß-rot (Kombination der Landesfarben für Preußen = schwarz-weiß, für Brandenburg bzw. der Hansestädte = rot-weiß/weiß-rot) als Fahne der Marine des Norddeutschen Bundes geschaffen. 1871 wurde sie vom Kaiserreich mit dessen Gründung übernommen. Sie sollte mit ihren Farben und dem Symbol des Eisernen Kreuzes (als Vorbild wurde das Kreuz des Deutschritterordens genommen) Macht und Eroberungswillen des Kaiserreiches vor und während des 1.Weltkriegs



demonstrieren. Der einköpfige Preußenadler in der Mitte des Kreuzes ist das Zeichen von Friedrich dem Großen. Nach dem 1. Weltkrieg übernahm die Weimarer Republik verändert (ohne preußischen Adler, mit den Farben schwarz, rot, gold) die Reichskriegsflagge. Die Nazis übernahmen wieder die kaiserliche Form, gaben der Flagge einen rot gefärbten Hintergrund und ein Hakenkreuz.

Verboten wurde nach dem 2. Weltkrieg nur die Flagge aus der Nazi-Zeit (86 a Strafgesetzbuch = Verwenden von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen). Gegen das Zeigen der Kaiserflagge mit Eisernem Kreuz und Adler konnte wenig unternommen werden. Es gab eine zeitlang ziemliches Null-Interesse an dem Lappen; höchstens Militaria-Sammlern konnte das Ding gefallen. Anfang der 70er-Jahre holten Neo-Nazis die Fahne wieder aus dem NS-Staub und benutzen sie seitdem als Symbol und Ersatz für sonst verbotene nazistische Fahnen und Abzeichen.

Wie sich vielleicht einige noch erinnern, mußte das Mercedes-Benz-Vorstandsmitglied Karl Dersch im Dezember 1992 seinen Hut nehmen, weil der Herr Vorsitzende die Reichskriegsflagge in seinem Vorgarten gehißt hatte.Im August 1993 verteidigte die Bundesmarine das Hissen der Reichskriegsflagge anläßlich der Eröffnung der Hanseatischen Hafentage in Rostock. Die Begründung: Die präsentierte Flagge habe "ausschließlich historischen Charakter und keinen Bezug zur rechtsradikalen Szene". Das sahen einige der BesucherInnen wohl anders. Sie entfernten den gehißten Lappen und warfen ihn ins Meer. Mit einer ähnlichen Verbannung hat bisher das Land Brandenburg reagiert: das Zeigen der Reichskriegsflagge wurde dort verboten.

Lager

"Sprachen, die es gar nicht gibt"

Unter extremen psychischen Druck warten etwa 500 AsylbewerberInnen im Sammellager Köln-Niehl auf den in der Regel ablehnenden Bescheid des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge.

Auch Menschen mit guten Gründen für eine Flucht haben in diesem wie in anderen Lagern wenig Chancen, als Flüchtlinge anerkannt zu werden. Sammellager und gestraffte Asylverfahren sind ein Bestandteil des verschärften Asylrechts, das Verfolgten die Flucht in die Bundesrepublik Deutschland madig machen soll. Der Flüchtlingsrat Köln beschreibt im folgenden Interview die Situation in dem Kölner Aufnahmelager für Flüchtlinge.

(Frage:) Die Zentrale Anlaufstelle für Flüchtlinge in Köln ist schon vor ihrer Eröffnung ins Gerede gekommen. Das Sammellager in Köln-Niehl steht auf einem Gelände, dessen Boden durch Altlasten der Militärs verseucht sein soll. Was ist dran an diesem Vorwurf gegen die Landesregierung, die die Verantwortung für das Lager hat?

Flüchtlingsrat: Das kann ich selbst so gar nicht en Detail beurteilen. Es gibt diverse Bodengutachten, die mir im Wortlaut aber nicht vollständig vorliegen. Man sagt, daß ein Teil des Bodens, auf dem die Kaserne errichtet ist, verseucht ist durch Altlasten der abgezogenen belgischen Soldaten. Ein ehemaliger Exerzierplatz ist eingezäunt, damit ihn niemand betreten und sich möglicherweise durch Berührung mit dem Boden verseuchen kann. Angeblich ist auch Humuserde auf Teile der verseuchten Flächen aufgetragen worden. Das soll nach Auskunft einiger Stellen reichen. Andere Stellen bezweifeln das, insbesondere im Bereich des eingezäunten Exerzierplatzes, von wo möglicherweise Schadstoffe durch den Wind in andere Teile übertragen werden. Im Detail streiten sich die Experten, eine genaue Aussage kann ich dazu nicht machen.

(Frage:) Das Lager in Köln-Niehl ist von einem Zaun umgeben. Kînnen Flüchtlinge ungehindert das Lagertor passieren? Werden sie kontrolliert, wenn sie das Lager verlassen und stehen sie im Lager unter Anwesenheitszwang?

Flüchtlingsrat: Die Flüchtlinge erhalten als Hausausweis eine Scanner-Karte, d.h. eine kleine Karte, die mit einem Scanner gelesen werden kann. Sie können im Prinzip das Lager verlassen, wobei allerdings in Rechnung gestellt werden muß, daß das Lager ziemlich weit ab von Schuß ist. D.h. wenn ich als Flüchtling etwa in die Innenstadt von Köln oder zu Beratungsstellen fahren will, muß ich in der Regel eine ziemlich lange und ziemlich teure Straßenbahnfahrt in Kauf nehmen.Es gibt keinen Anwesenheitszwang der durchgesetzt würde, es gibt allerdings das Problem, daß Flüchtlinge sich regelmäßig nach der eingehenden Post erkundigen müssen, um Fristen nicht zu versäumen und daß die Flüchtlinge regelmüßig zum Essensempfang antreten müssen, wenn sie nicht ihr Essen verlieren wollen und wenn sie nicht als abwesend gemeldet werden wollen. Problem ist, daß sie keine oder in der Regel kaum Freunde empfangen können, da Personen, die nicht zu den Bewohnern oder Betreuern des Lagers zählen, kaum reingelassen werden.

(Frage:) Werden denn FlüchtlingsberaterInnen oder Menschen von der Presse im Lager zugelassen?

Flüchtlingsrat: Da steht die Theorie mit der Praxis im Widerspruch. Nach Auskunft des zuständigen Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, wie auch des Innenministeriums des Landes NRW, soll Organisationen, die sich mit der Betreuung von Flüchtlingen befassen, der Zugang zum Lager emöglicht werden. Tatsächlich ist dem nicht so. Wenn ich allgemein, ohne einen konkreten Flüchtling anzugeben, den ich besuchen will, in das Lager herein will, werde ich in der Regel nicht herein gelassen, mit dem Argument "Sie stören den ordnungsgemäßen Ablauf des Dienstbetriebes". Als JournalistIn werden sie möglicherweise Schwierigkeiten bekommen, wenn sie unangemeldet in das Lager herein wollen, auch dann ist in der Verganganheit schon mehrfach der Zutritt verwehrt worden.

(Frage:) Unter welchen Bedingungen leben die Flüchtlinge im Kölner Sammellager? Wieviel Raum steht ihnen zur Vefügung, gibt es Räume, wo es relativ ruhig zugeht und wo sie sich etwas entspannen kînnen?

Flüchtlingsrat: Das Lager ist ausgelegt für eine Zahl von 500 Personen. Es soll dort auch Gemeinschaftsräume gebe. Bei der Errichtung des Lagers bin ich einmal mit durchgeführt worden, bei einer Besichtigung. Es gibt nirgendwo die Möglichkeit, etwas wie eine Intimssphäre aufzubauen, etwas wie eine Privatssphäre herzustellen, da in der Regel die Zimmer mehrfach belegt sind, also mit mehr als einer Person, Familien möglicherweise zusammengelegt werden. Aber eben ohne daß einem Familienmitglied die Möglichkeit offen stünde, einmal die Tür zu zu machen und für sich allein zu bleiben. Problematisch ist auch bei dem Leben im Lager, daß die 500 Menschen – die genaue Zahl schwankt täglich - , verschiedene Nationalitäten haben, verschiedene Charaktere, verschiedene Kulturen. Die Leute stehen alle unter sehr hohem Druck, da sie sehr unsicher sind, was ihre Zukunft bringen wird und weil sie sich kaum verständigen können mit den BetreuerInnen. Das Rote Kreuz, daß die Sozialbetreuung organisiert, behauptet zwar, die BetreuerInnen könnten mehrere Sprachen. In einem entsprechenden Leserbrief des Geschäftsführers der Deutschen-Roten-Kreuz-Betreuungsgesellschaft sind auch mehrere Sprachen aufgeführt, wie zum Beispiel Irakisch, Tunesisch, Algerisch und Nigerianisch, alles Sprachen, die es gar nicht gibt. Wobei man dann die Frage stellen kînnte, warum die SozialarbeiterInnen nicht Sprachen sprechen, die es tatsächlich gibt. Dies alles, die gro·e Zahl von Personen, Unsicherheit, Verständigungsschwierigkeiten, Lage des Lagers

ziemlich weit ab im Industriegebiet, führt zu einer Spannungssituation, die für sehr viele der Flüchtlinge nahezu unmöglich, nahezu unaushaltbar ist. Einmal waren im Sammellager gar zwei Frauen unter mehreren hundert Männern untergebracht. Und das in einem Lager, in dem keine Tür abschließbar ist.

(Frage:) Sie haben angesprochen, daß im Lager Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen gemeinsam untergebracht sind. Wie ist es mit der Verpflegung? Die Menschen werden ja vom Lager aus gemeinsam verpflegt.

Flüchtlingsrat: Mit den daraus resultierenden Schwierigkeiten. Die Leute kriegen Gemeinschaftsverpflegung oder besser gesagt, Essen aus der Zentralküche. Sie haben keine Möglichkeit zu kochen, und damit einer sinnvollen Beschäftigung nachzugehen. Sie haben keine Möglichkeit, ihr Essen nach ihren besonderen kulturellen Gewohnheiten und ihrem eigenen Geschmack zusammenzustellen, sondern sind auf das angewiesen, was ihnen vorgesetzt wird.

(Frage:) Das Konzept der Sammellager sieht vor, das dort Vertreter verschiedener Behörden im Lager präsent sind. Welche Behörden sind im Sammellager in Köln-Niehl untergebracht?

Flüchtlingsrat: Entgegen der Praxis in anderen Sammellagern in NRW ist es in Köln-Niehl so, daß dort an Behörden nur eine Außenstelle der Landesstelle für die Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in NRW untergebracht ist. Die eigentlichen Behördensitze befinden sich in der Innenstadt von Köln.

(Frage:) Einhergehend mit der Einrichtung von Sammellagern wurde das Asylrecht in nun mittlerweile zwei Etappen verschärft. Die Möglichkeiten, beispielsweise gegen die Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zu klagen, wurden drastisch beschnitten. Die Fristen, in denen Widersprüche eingelegt werden müssen, sind extrem kurz. Können Flüchtlinge unter diesen Umständen noch zu ihrem Recht kommen?

Flüchtlingsrat: Kaum. In sehr vielen Fällen ist es fast unmöglich. Eine große Zahl von Flüchtlingen wird seitens des Bundesamtes für die Anerkennung Ausländischer Flüchtlinge als offensichtlich unbegründet abgelehnt, ihnen wird die Ausreise nahegelegt und die Abschiebung angedroht. Sie haben nur eine Woche um nach Zustellung des Bescheides vor Gericht zu gehen. Sprich: Nach Zustellung des Bescheides eine Woche, dann muß die Klage vollständig begründet bei Gericht vorliegen, inklusive Zeit für den Postweg. Das ist für jemanden, der der deutschen Sprach nicht oder kaum mächtig ist, natürlich sehr schwer, vor allen Dingen wenn man bedenkt, in welch bürokratischem Deutsch das alles abgefasst ist. Das ist vor allem auch für Leute sehr schwer, die jetzt möglicherweise erst Beweismittel zusammenstellen müssen, die möglicherweise jetzt zum ersten mal vernünftig befragt werden, was denn an Fluchtgründen bei ihnen vorliegt. Wenn man den Bogen schlägt zurück zum Lager kommt das Problem hinzu, daß der Bescheid als zugestellt gilt, wenn er vom Postbeamten im Büro der Lagerleitung abgegeben worden ist. Ab dann beginnt die Zeit zu laufen. Ich habe jetzt mehrfach Fälle erlebt, wo die Flüchtlinge erst einige Tage später den Bescheid ausgehändigt bekamen. D.h., die Zeit von einer Woche wurde nochmal um einige Tage reduziert. Ich saß dann hier und durfte zusammen mit den Flüchtlingen in aller Eile an einem Vormittag noch eben eine KlagebegrÅndung formulieren. Es kommen sehr viele Flüchtlinge, die gute Gründe haben, geflohen zu sein und hier Schutz zu suchen, deren Rechte jetzt aber tatsächlich bis auf das Letzte beschnitten worden sind.

(Frage:) Das bundesdeutsche Asylrecht ist sehr kompliziert. Laien verstehen es kaum noch und Flüchtlinge sind auf einen Rechtsbeistand angewiesen. Sind denn RechtsanwältInnen und Rechtsanwälte in der Lage, in diesen kurzen Fristen einen ausreichenden Rechtsbeistand zu gewähren?

Flüchtlingsrat: Kaum. Ein Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin hat auch einen Terminkalender. Wenn ein Flüchtling erst einen Anwalt konsultiert, wenn ihm der ablehnende Bescheid zugestellt worden ist, dann ist es für einen Anwalt kaum möglich, auf die Schnelle einen Termin freizuschaufeln, so daß vorher eine Beratung stattfinden kann, und der Anwalt die Klagebegründung abfassen kann. Tatsächlich läuft es so, daß der Flüchtling es in der Regel selbst machen muß, mit Hilfe einer Beratungsstelle.

(Frage:) Ein wichtiger Bestandteil des bundesdeutschen Asylrechts ist die Anhörung durch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. Haben Flüchtlinge die Möglichkeit, während dieser Anhörungen die Gründe für ihre Flucht ausreichend darzustellen? Stehen DolmetscherInnen zur Verfügung, die die entsprechende Sprache sprechen?

Flüchtlingsrat: Das kommt darauf an. Es gibt AnhörerInnen und Entscheider des Bundesamtes, die sorgfältig anhören, die den Flüchtling reden lassen , die ihm Zeit lassen und ihn tatsächlich auch zu Wort kommen lassen. Es gibt AnhörerInnen, die tun genau das Gegenteil, unterbrechen den Vortrag dauernd, lassen den Flüchtling im Prinzip nicht zu Wort kommen, protkollieren falsch oder ähnliches. Das Dolmetscherproblem ist dann nicht so gravierend, wenn der Flüchtling eine Sprache spricht, die allgemein verbreitet ist, Englisch, Französisch, Türkisch oder derartiges. Aber sobald der Flüchtling eine Heimatsprache spricht, die nicht so verbreitet ist, Bhengala, Kurdisch, eine Haussa- oder Jurba-Sprache, dann wird es schwierig, denn dafür gibt es in der Regel keinen Dolmetscher. Wenn dann die Anhörung in einer europäischen Fremdsprache geführt wird, dann wird es für den Flüchtling mit der Verständigung sehr schwierig. Er versteht möglicherweise etwas falsch und sagt möglicherweise auch etwas falsch aus. Hinzu kommt das Problem, das manche Dolmetscher offensichtlich nicht qualifiziert sind, falsch übersetzen, unvollständig übersetzen, so daß oftmals das, was hinterher im Protokoll steht, mit dem eigentlichen Sachvortrag, oder mit dem, was der Flüchtling hat, kaum übereinstimmt.

Ein Zusatz noch über die Protokolle: Es ist jetzt mehrfach vorgekommen und scheint gängige Praxis zu werden, daß das Protokoll im Gegensatz zu früher nicht sofort getippt und eine Kopie dem Flüchtling ausgehändigt wird, so daß möglicherweise nochmals Korrekturen vorgenommen werden können. Das Protokoll wird jetzt auf das Tonband diktiert, vom Tonband noch einmal zurück übersetzt –in einer sehr eiligen Weise- und dann wird das Protokoll irgend wann einmal getippt und in der Regel mit dem Ablehnungsbescheid zugestellt. D.h. es gibt keine Möglichkeit, dieses Protokoll, auf dem ja die Entscheidung beruht, zu korrigieren, Irrtümer aufzuklären, Auslassungen kenntlich zu machen und zu ergänzen.

(Frage:) Wie hoch sind die Anerkennungsraten bei Asylverfahren unter den Bedingungen des Sammellagers?

Flüchtlingsrat: Es gibt keine Asylverfahren, die jetzt rein unter den Bedingungen der Sammellager laufen. Alle Flüchtlinge, die hier ankommen, müssen zunächst in Sammellager. Es gibt keine Trennung in Flüchtlinge, die in Sammellager müssen und in welche, die nicht in Lager müssen. Alle müssen für die Zeit von sechs Wochen bis drei Monaten erst einmal in Sammellager. Die Anerkennungsquote des Bundesamtes lag im letzten Jahr offiziell bei rund 4,5%, tatsächlich bei etwas mehr als 5%.

(Das Interview wurde der Antfaschistischen NRW-Zeitung freundlicherweise von der Radiogruppe des Wuppertaler Asylplenums zur Verfügung gestellt.)

Reingefallen, Herr Minister!

Der Freundeskreis Freiheit für Deutschland war bloß eine Scheinorganisation!

Mitte des letzten Jahres erhielt ein Wuppertaler Pfarrer Morddrohungen, weil in seiner Gemeinde Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien im Kirchenasyl untergebracht waren.

Den Drohbriefen beigelegt war ein Flugblatt des "Freundeskreises Freiheit für Deutschland" (FFD), einer kleinen faschistischen Gruppe mit Schwerpunkt in NRW, insbesondere in Bochum. Der FFD wurde Anfang September durch Innenminister Schnoor verboten. Schnoor ließ Wohnungen in Duisburg, Xanten, Bielefeld, Herne und Bochum durchsuchen, das Vermögen der Gruppe wurde beschlagnahmt. Nach insgesamt sechs Verboten von neofaschistischen Organisationen als Folge der Anschläge in Mölln und Solingen hat nun auch die Landesregierung in Düsseldorf auf Länderebene Aktivität gezeigt. Zu dumm nur, daß das Verbot keine aktive Gruppe, sondern lediglich eine zwar aggressiv auftretende, ansonsten jedoch völlig unbedeutende Scheinorganisation trifft.

Bereits kurz nach Gründung der Gruppe im Jahr 1989 bekamen Funktionäre des FFD erstmals Ärger. Bei einem Prozeß gegen Neonazis wurden damals im Bochumer Landgericht Flugblätter mit dem Titel "Auschwitz in alle Ewigkeit" verteilt, in denen Massenmorde im KZ Auschwitz bestritten wurden. Die Flugblätter waren Auslöser für eine Reihe von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen, die sich gegen die Bochumer und Wittener Naziszene richteten. Mitte 1991 kam es dann in Bochum zur Anklage gegen die beiden führenden Köpfe des FFD, Günter Demolsky und Werner Gebhardt. Verteidiger waren die einschlägig bekannten Rechtsanwälte Jürgen Rieger und Hajo Hermann, die immer wieder Kameraden aus dem rechten Lager vor Gericht vertreten. Demolsky stellte sich vor Gericht als der für das Flugblatt verantwortliche Auschwitzlügner heraus, Gebhardt ist der Vorsitzende des "Freundeskreises Freiheit für Deutschland". Beide wurden damals freigesprochen, aus presserechtlichen



Gründen.Das Duo hat eine lange gemeinsame Karriere in bundesdeutschen Naziorganisationen hinter sich. Schon vor 1952 gehörten sie der Sozialistischen Reichspartei (SRP) in leitenden Funktionen an, die dann verboten wurde. Sie wechselten auf Funktionärsposten der Deutschen Reichspartei. Nach Zwischenspielen in der Deutschen Freiheitspartei und der Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher gründeten sie 1970 zusammen mit dem Bergbau-Ingenieur Martin Voigt aus Bochum den "Unabhängigen Freundeskreis" (UFK). Martin Voigt ist übrigens auch Mitbegründer des Bochumer "Rechtsschutzbüro" (siehe Artikel Rechtsschutz) Ziel

des UFK ist das Zusammenführen von politischen bzw. "volksbewußten Deutschen". Dementsprechend pflegt der UFK ausgedehnte Kontakte zu den verschiedensten Gruppen des rechten Lagers.Der jetzt verbotene "Freundeskreis Freiheit für Deutschland" ist lediglich eine Untergruppe des UFK. Er wurde als Tarnorganisation gebildet, um aggressive Flugblätter zu einschlägigen Themen unter das rechte Volk bringen.

Neben der Verleugnung des Holocausts gehören antisemitische und fremdenfeindliche Hetze zu den Lieblingsthemen der beiden Hetzer Gebhardt und Demolsky. Zu Beginn dieses Jahres rief in Bochum beispielsweise ein FFD-Flugblatt zum "Bürgerkrieg" und "Widerstand mit allen Mitteln" gegen ImmigrantInnen auf, denn die "Tötung aller Deutschen" stünde angeblich bevor. Der FFD wurde nur deshalb gegründet, damit ein aufgrund der Hetzflugblätter zu erwartendes Verbot nicht die Hauptorganisation UFK trifft. Offenbar haben die Nazis aus dem Ruhrgebiet aus dem Verbot der SRP gelernt und mit der Kombination ihrer beiden Gruppen eine Organisation geschaffen, die weniger leicht verwundbar ist.

Ein ähnliches Konzept der Auffächerung in verschiedene Gruppen verfolgte Kühnen mit dem Aufbau der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front nach der Spaltung der FAP, die wiederum Nachfolgeorganisation der Mitte der 80er Jahre verbotenen ANS/NA war.Die Rechnung ging auf, Innenminister Schnoor verhielt sich genau nach dem Kalkül der Faschisten. Er verbot am 2. September lediglich den FFD, der "Unabhängige Freundeskreis" blieb unangetastet. Das Verbot zwingt die Faschisten nicht einmal zum Aufbau einer neuen Gruppe, da die Dachorganisation bestehen bleibt.

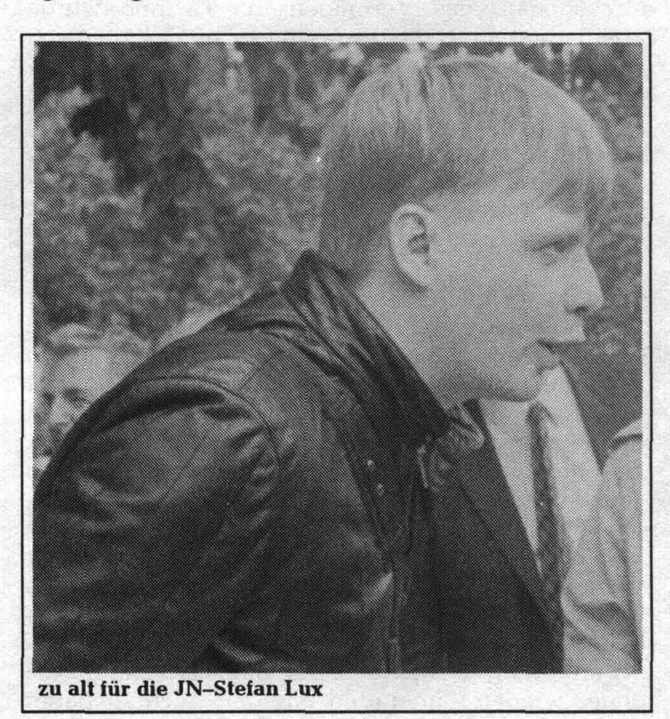
Ob bei den mit dem Verbot einhergehenden Razzien juristisch Verwertbares gefunden wurde, ist der Redaktion nicht bekannt. Mitteilungsblatt des UFK sind die "Unabhängigen Nachrichten", die ähnlich wie die FFD-Flugblätter von einer Auschwitz- und Kriegschuldlüge sprechen. Das Blatt ist ein Sprachrohr u.a. für Altnazis und rechte Terroristen. So sind in den Unabhängigen Nachrichten beispielsweise Texte von Johann Brandt erschienen, gegen den ebenfalls im Anschluß an die Hausdurchsuchungen 1989 in Bochum und Witten ermittelt wurde. Brandt ging 1942 feiwillig zur Waffen-SS und ist heute Leiter des Kameradenkreises der ehemaligen Waffen-SS, nebenbei Mitglied der NSDAP/AO. Als presserechtlich verantwortlicher Herausgeber der "Leithefte" wurde er 1991 zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Leithefte widmeten sich in volksverhetzender Weise den Themen "Geschichts- und Propaganda lügen".

Kontakte bestehen weiterhin zu rechten Wahlparteien wie den Republikanern und der Deutschen Liga, aber auch zu militanten Gruppen wie der FAP. Der UFK arbeitet unbehelligt weiter.

Die JN - in NRW aktiv

Finanzielle Probleme, Mitgliederrückgang, Organisationsprobleme. Ende der Achtziger bzw. Anfang der Neunziger Jahre befand sich die NPD-Jugendorganisation wie ihre Mutterpartei in einer schweren Krise. Die Transformation zu einer nationalrevolutionären Kaderpartei sollte den Umschwung bringen.

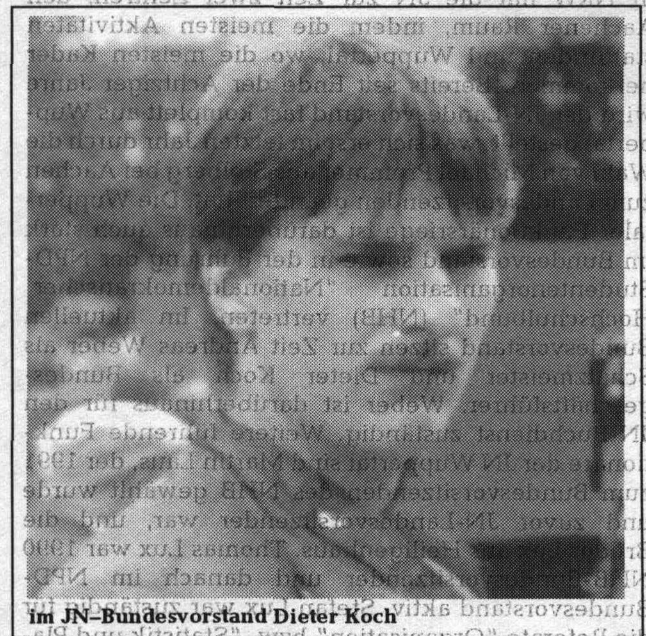
Die 1967 gegründete Jugendorganisation spielte lange Jahre vor allem die Rolle einer "Einstiegsdroge" für jugendliche Rechtsextremisten. Eine Vielzahl der Funktionäre der Neo-Nazi-Gruppen "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" oder "FAP" haben ihre politische Karriere bei der JN begonnen. Michael Kühnen ist sicher das prominenteste Beispiel, Michael Swierczek, Führer der mittlerweile verbotenen Nationalen Offensive und zahllose andere ließen sich anfügen. In mehreren Fällen bildeten sich sogar komplett neue Organisationen aus der JN. Im Herbst 1977 traten die JN-Landesvorstände Schleswig-Holstein und Hamburg mehrheitlich zur frisch gegründeten ANS über. 1979 gründete die Koblenzer JN-Gruppe um Siegfried Bublies die nationalrevolutionäre Zeitschrift "Wir Selbst" und November 85 war die Steinhagener bzw. Gütersloher JN-Gruppe unter Führung des JN-Landesvorsitzenden Meinolf Schönborn maßgeblich an der Gründung der mittlerweile ebenfalls verbotenen Nationalistischen Front beteiligt. Diese Beispiele zeigen, daß in der NPD-Jugendorganisation offenbar traditionell eine gute Schulungsarbeit geleistet wurde, ein Fakt, der häufig unterschätzt wird.



zu alt für die JN–Stefan Lux

1990 – Der Einschnitt

Das Jahr 1990 bezeichnet sowohl ideologisch als auch organisatorisch einen Einschnitt in der Geschichte der JN. Ideologisch, weil nationalrevolutionäre Elemente, vor allem das Konzept des "dritten Weges" zwischen Kapitalismus und Kommunismus, stärker in den Vordergrund rückten, organisatorisch, weil der Versuch unternommen wurde, die interne



im JN–Bundesvorstand Dieter Koch

Struktur zu zentralisieren und zu vereinheitlichen. Das Konzept einer Kaderorganisation wurde entwickelt. Beide Veränderungen erinnerten stark an die Nationalistische Front. Die Gründe für die Neuorientierung liegen vor allem in der weitgehenden Erfolglosigkeit der NPD als Wahlpartei und der damit auch für die JN verbundenen Notwendigkeit, ein neues Selbstverständnis zu finden. Die neue Orientierung drückte sich auch im Namen der JN-Publikation aus, die von "Junge Stimme" in "Einheit und Kampf" umbenannt wurde. Ideologisches Vorbild der "neuen" JN ist vor allem der mittlerweile 98jährige Schriftsteller und intellektuelle NS-Wegbereiter der Weimarer Republik Ernst Jünger, der kürzlich noch von Helmut Kohl und Francois Mitterand geehrt wurde. Weitere Orientierrungspunkte sind die Bewegung "Terza Posizione" aus Italien, deren Mitglieder nach dem Verbot die terroristischen "Nuclei Armati Rivoluzionari" NAR (Bewaffnete revolutionäre Zellen) gründeten, Ghaddafi und die "International Third Position" des Ex-National Front Mitglieds Derek Holland aus England. So überrascht es nicht, daß die JN-Publikation "Einheit und Kampf" ein Interview mit Roberto Fiore abdruckte, der per Haftbefehl wegen dem Anschlag auf den Bahnhof von Bologna 1977 gesucht wird. Weitere Kontakte bestehen zu nationalrevolutionären Gruppen in Spanien und Portugal.

JN-Kontakte in der BRD

Die Hinwendung zu einer modernisierten Variante des Faschismus sollen die JN als eine zukunftsträchtige Alternative zu anderen, an alten Vorbildern orientierten Gruppen des rechten Lagers erscheinen lassen. Der Ruch der NS-Zeit soll hiermit abgelegt werden. Die JN sind nicht die einzige und schon gar nicht die erste rechte Gruppierung, die diese ideologische Neuorientierung wagen. Die Einflüsse der neurechten Vordenker reichen schon seit Jahren vom Konservativen bis zum Nationalsozialisten. Um sich ein eigenständiges Profil zu geben und sich von anderen



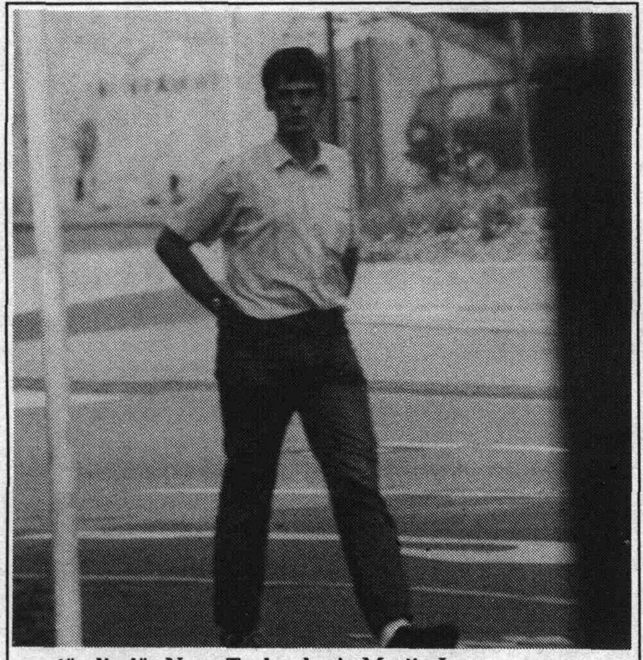
"Konkurrenzorganisationen" abzuheben, tut verbale Abgrenzung not. Die GdNF wird in JN-Publikationen als "NS-Symbolriege" bezeichnet, die NF als "verbal nationalistisch-nationalrevolutionär, inhaltlich nationalsozialistisch". Dem NPD-Parteivorsitzenden Deckert wurden seitens der JN schwere Vorwürfe gemacht, nachdem dieser 1991 als Redner auf einer Tagung der Wiking-Jugend aufgetreten war. Bereits 1985 war ein Unvereinbarkeitsbeschluß zur WJ von der JN gefordert, aber von der Partei nicht stattgegeben worden. Derartiges Konkurrenzgerangel sollte nicht den Blick dafür trüben, daß gerade mit den drei genannten "rückwärtsgewandten" Organisationen GdNF, NF und WJ seitens der JN eine intensive Zusammenarbeit stattfindet.

JN und GdNF

Hauptkontaktmann der JN zur Gesinnungsgemeinschaft ist der niedersächsische Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Holger Apfel aus Schellerten bei Hildesheim. Dieser steht in engem Kontakt zur Führungspersönlichkeit Christian Worch aus Hamburg. Apfel trat zum Beispiel als Redner bei einer Veranstaltung der mittlerweile verbotenen GdNF-Vorfeldorganisation "Deutscher Kameradschaftsbund" in Petersfehn bei Oldenburg am 30.10.92 auf. Ebenfalls als Redner fungierte Apfel auf dem diesjährigen "Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" in Fulda am 14. August, der maßgeblich von o.g. Worch organisiert wurde. Die JN beteiligte sich 1992 zum ersten Mal am Heß-Marsch. Angeblich gar nicht begeistert war der JN-Bundesvorsitzende Andreas Storr aus Berlin von der Anwesenheit des Führers der verbotenen "Deutschen Alternative" Frank Hübner bei seiner Geburtstagsparty, die am 16.04.93 in einer Cottbuser Gaststätte stattfand. Denn Hübners Anwesenheit wurde seitens der Polizei als Begründung genutzt, die Party aufzulösen. Ob es jedoch ein Zufall war, daß der Berliner Storr gerade in der DA-Hochburg Cottbus seinen Geburtstag feierte, zumal die DA-Ortsgruppe Cottbus nach dem Verbot überlegte, komplett in die NPD einzutreten, ist äußerst unwahrscheinlich.

JN und NF

Die Zusammenarbeit der beiden Organisationen läuft vor allem auf lokaler Ebene und kann als sehr intensiv bezeichnet werden. Flugblattverteilaktionen und Schulungs- und Diskussionstreffen sind Beispiele für Berührungspunkte. JN Leute be-


zuständig für Neue Technologie Martin Laus

suchten z.B. das Interessententreffen der NF in Niederaula bei Kassel am 6.4.91 oder das NF-Treffen zum Thema "Revisionismus" in Rodingen/Franken vom 6.7.91. Kommentar eines teilnehmenden JNlers: "Man mag geteilter Meinung sein, ob jetzt man bereits heute mit dem Holocaust-Thema gegenüber der Öffentlichkeit werben sollte..." *(Anmerkung: Kein Druckfehler, das Zitat ist original wiedergegeben).* Die vom fränkischen JN-Funktionär Rainer Hatz herausgegebene Publikation "Die Saufeder" veröffentlichte in einer Ausgabe ein Interview mit der NF. Das NF-Mitglied Jürgen Rieger, der einschlägig bekannte Hamburger Rechtsanwalt mit hervorragenden In- und Auslandskontakten, war Gastredner auf dem diesjährigen JN-Bundeskongreß in Gelnhausen. Parallel dazu wurde in der letzten Ausgabe von "Einheit und Kampf" ein Rieger-Interview abgedruckt.

Die Zusammenarbeit von JN und NF, vor allem an der Basis, verwundert bei der Ähnlichkeit der Konzepte nicht, zumal viele NFler aus der JN kommen.

JN und WJ

Das Verhältnis zwischen WJ und JN ist traditionell ambivalent. Es ist einerseits durch zahlreiche Doppelmitgliedschaften, andererseits durch eine gewisse Konkurrenz gekennzeichnet. Nachdem sich die WJ Mitte der Achtziger Jahre stark an die FAP angenähert hatte, waren die gegenseitigen Beziehungen auf einem Tiefpunkt angelangt. Dies hat sich in jüngster Zeit wieder stark verändert, nachdem sich der seit Jahrzehnten die WJ beherrschende Nahrath-Klan aus der FAP zurückgezogen hatte. Ein Beispiel der Kooperation ist der Aufmarsch in Halbe/Brandenburg von November 1991, der von dem Berliner JNler Joachim Kühne und Ursula Schaffer von der DKG (Deutsche Kulturgemeinschaft, mittlerweile Berliner Kulturgemeinschaft Preußen) angemeldet wurde. Neben Vertretern anderer Nazi-Gruppen marschierten vor allem WJ und NF uniformiert zum Soldatenfriedhof und zelebrierten das Gedenken an die gefallenen SS-Männer. Auch im lokalen Bereich funktioniert die Zusammenarbeit zwischen der in der Tradition der Hitler-Jungend stehenden ältesten völkischen Jugendorganisation und der JN.

JN in NRW

In NRW hat die JN zur Zeit zwei Zentren, den Aachener Raum, indem die meisten Aktivitäten stattfinden und Wuppertal, wo die meisten Kader herkommen. Bereits seit Ende der Achtziger Jahre wird der JN-Landesvorstand fast komplett aus Wuppertal gestellt, was sich erst im letzten Jahr durch die Wahl von Michael Prümmer aus Stolberg bei Aachen zum Landesvorsitzenden geändert hat. Die Wuppertaler Funktionärsriege ist darüberhinaus auch stark im Bundesvorstand sowie in der Führung der NPD-Studentenorganisation "Nationaldemokratischer Hochschulbund" (NHB) vertreten. Im aktuellen Bundesvorstand sitzen zur Zeit Andreas Weber als Schatzmeister und Dieter Koch als Bundesgeschäftsführer. Weber ist darüberhinaus für den JN-Buchdienst zuständig. Weitere führende Funktionäre der JN Wuppertal sind Martin Laus, der 1991 zum Bundesvorsitzenden des NHB gewählt wurde und zuvor JN-Landesvorsitzender war, und die Brüder Lux aus Heiligenhaus. Thomas Lux war 1990 NHB-Bundesvorsitzender und danach im NPD-Bundesvorstand aktiv. Stefan Lux war zuständig für die Referate "Organisation" bzw. "Statistik und Planung" im JN-Bundesvorstand. Beide Lux Brüder haben mittlerweile das JN-Höchstalter von 30 Jahren überschritten. Vor allem bei Stefan Lux war das politische Engagement in der Vergangheit gepaart mit einem Hang zur Gewalttätigkeit. Im Sommer 1984 wurde er bei Ausschreitungen bei der Fußball-Europameisterschaft in Straßburg zusammen mit Mitgliedern der "Borussenfront" festge-



nommen, im Oktober 1984 griff er mit anderen JNlern einen Infotisch der 3.Welt-Solidaritätsbewegung in der Wuppertaler Innenstadt an, wofür er sich vor Gericht verantworten mußte.

JN im Raum Aachen

Verstärkte Aktivitäten im Aachener Raum sind seit Ende 92 zu verzeichnen. Den Auftakt bildete ein Konzert mit dem nationalen Liedermacher Frank Rennicke (ein WJ-Mitglied übrigens). Organisiert wurde der Rennicke Auftritt u.a. von Sascha Wagner aus Herzogenrath. Der Skinhead Wagner, der einen eigenen T-Shirt-Versand hat und als Hooligan bei Alemania Aachen aktiv ist, ist 1993 in den JN-Bundesvorstand gewählt worden. Er ist desweiteren durch seine Teilnahme an Saalschutzaktivitäten des Solinger "DHKKV" (Siehe NRW-Zeitung Nr.2) oder durch seine Anwesenheit bei einer von Antifaschisten verhinderten Anti-Flüchtlingskundgebung der Deutschen Liga am 14.09.91 in Köln bekannt geworden. Wagner fungierte auch als Kontaktadresse für eine Anzeige eines "Nationalen Stammtisches" im Raum Aachen, die in der neurechten Monatspostille "Junge Freiheit" aufgegeben wurde. Am 17.07.93 trafen sich 80 Nazis in Jülich in einer Grillhütte um die Neugründung eines JN-Stützpunktes zu begießen. Anmieter der Hütte war erneut Wagner. Am 20.08. sollte dann die Stuttgarter Nazi-Skin-Band "Noie Werte", organisiert von der JN, in Jülich spielen. Das Konzert wurde verboten, fand jedoch im internen Kreis bei Wolfgang Nahrath im Zentrum der WJ in Stolberg statt.

Hochinteressant ist auch ein Projekt in Jülichs Nachbarstadt Düren. Dort gibt es nämlich im Rahmen offener Jugendarbeit einen Treff für jugendliche Skinheads. Geleitet wird die Jugendgruppe vom JN-Landesvorsitzenden Michael Prümmer. Die Zusammenarbeit von WJ und JN, die Verbindung zur Skinhead-Szene und der Versuch Jugendliche mit Unterstützung der Stadt zu rekrutieren ergeben, zur Zeit eine gefährliche Mischung und Häufung rechtsextremistischer Aktivitäten im Raum Aachen/Jülich.



JN schützt Info-Tisch (Wuppertal ende der '80er Jahre)

Rechtsschutz

Rechtsbüro für Rechts

Keine Möglichkeit sieht die Hanseatische Rechtsanwaltskammer, gegen das in Hamburg ansässige "Deutsche Rechtsbüro" (Postfach 60 15 06) vorzugehen. Das war in

Das "Deutsche Rechtsbüro" wurde im April 1992 gegründet. Es wirbt - u. a. in der rechtsradikalen Zeitschrift "Nation und Europa" - damit, Hilfe zu bieten durch:

"Die Zusendung von Urteilen aus unserem Urteilsarchiv" Themen sind: "Verfassungswidrige Kennzeichen, Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Beleidigung (Juden, Leugnen der Judenvernichtung), Indizierungen"

"Die Benennung von Rechtsanwälten ..."

"Die Vermittlung von Rechtsanwälten für die überprüfung der Strafbarkeit von Druckwerken und für sonstige Rechtsauskünfte"

"Die Durchführung von juristischen Schulungen in Norddeutschland"

Für das Ruhrgebiet empfiehlt das "Deutsche Rechtsbüro" z.B. die Anwaltbüros Dr. Günther und Menne

sowie Dr. Nehring (beide Büros aus Bochum), Erhard Steller aus Dortmund und Werner Philips aus Gelsenkirchen.

Schon die hier aus einem Werbeblatt zitierten Themen belegen eindeutig, an wen sich der angebotene Rechtsschutz wendet. Hinzu kommt, daß die Initiatoren und Träger des Büros eindeutig im militanten rechtsextremen Lager verankert sind mit direkten Verbindungen zu den Faschisten um die "Unabhängigen Freundeskreise" aus Bochum.

Leiterin des "Deutschen Rechtsbüros" ist die Hamburger Juristin Gisela Pahl. Sie war Mitte der 80er Jahre eine der Hauptaktivistinnen des "Bund Heimattreuer Jugend" und arbeitete im Büro des Rechtsanwalts Jürgen Rieger. Rieger ist seit vielen Jahren der Anwalt in der rechten Szene. Er verteidigte Alt- und Neonazis aus allen Fraktionen des rechten Lagers: Kriegsverbrecher wie den Warschauer SS- und Polizeiführer Arpad Wigand, Neonazis wie Michael Kühnen, Siegfried Borchardt, Ewald Althans, Edgar Geiß, ... Momentan ist er einer der Verteidiger im Stuttgarter Prozeß gegen Mitglieder des "Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH).



Jürgen Rieger –Anwalt mit Verbindungen

Ein weiterer Mitarbeiter des "Deutschen Rechtsbüros" ist Rolf Leppert. Das REP-Mitglied Leppert war zusammen mit Jürgen Rieger, dem NPD-Vorsitzenden Günter Deckert, Udo Walendy, Martin Voigt (diesen Namen müssen wir uns merken!) und anderen 1990 einer der Erstunterzeichner des Aufrufs "Stoppt den Neubau des Bundestages in Bonn", der von den "Unabhängigen Nachrichten" (Sitz in Bochum) verschickt wurde - auch auf die "Unabhängigen Nachrichten" werden wir noch zurückkommen. 1991 fungierte Leppert als Kontaktperson eines Aufrufs der "Deutschen Freundeskreise Deutschland-Bewegung" zur "feierlichen Kundgebung mit Fackelzug durch die Hamburger Innenstadt anläßlich des 120. Jahrestages der Gründung des zweiten Deutschen Reiches am 18.1.1871 und im Gedenken an unsere seit über 45 Jahren unter fremder Besatzung lebenden Volksangehörigen im Osten". An dem Aufmarsch nahmen rund 50 Faschisten teil - interessanterweise wurde Christian Worch von Leppert per Fax von der Teilnahme ausgeladen.

Mäxchen Treuherz: Tips und Trix für Faschisten

Leppert taucht auch im Impressum des WuselDi-Verlages auf, dessen Postfach 60 15 06 in 2000 Hamburg 60 identisch ist mit der Anschrift des "Deutschen Rechtsbüros". Wichtigstes im WuselDi-Verlag herausgegebenes Werk ist eine 110-seitige Broschüre von Gisela Sedelmeier: "Mäxchen Treuherz. Und die juristischen Fußangeln". Zitat aus dem Vorwort: "Durch die nachfolgenden Ausführungen beabsichtigen wir nicht, Furcht zu verbreiten oder Sie in Ihrem politischen Einsatz zu lähmen. Im Gegenteil wünschen wir uns, daß sich noch viel mehr Deutsche dafür einsetzen, daß in Deutschland wieder eine volkserhaltende und volksfördernde Politik betrieben wird... Wichtigstes Anliegen dieses Heftes ist es daher, der in unseren Kreisen herrschenden Unwissenheit und Unsicherheit Einhalt zu gebieten." Um der Unsicherheit abzuhelfen dienen Kapitel zu Themen wie

"Mäxchen und die Hakenkreuze"

"Mäxchen und die Ausländer"

"Mäxchen und die Juden"

"Mäxchen und die Judenvernichtung"

In den einzelnen Kapiteln werden detailliert Ratschläge gegeben, wie Rechte eine mögliche Strafverfolgung vermeiden können. So wird z.B. unter dem Stichwort "Verfassungswidrige Propagandamittel und Kennzeichen" genau aufgezählt, inwieweit das Verwenden faschistischer Kennzeichen und Propaganda strafbar ist; unter den Stichwörtern "Juden in Deutschland" und "Leugnen der Judenvernichtung" wird zusammenfassend der Rat gegeben, Flugblätter, Broschüren und Bücher zu diesen Themen "von einem vertrauenswürdigen Rechtsanwalt überprüfen zu lassen. Und seien Sie äußerst vorsichtig mit Äußerungen gegen Juden!"

Ursprünge in Bochum

Die im WuselDi-Verlag erschienene Broschüre ist eine Zusammenfassung von Artikeln von Gisela Sedelmeier, die als regelmäßige Rubrik in der Zeitschrift "Recht und Justiz" erschienen sind; sie wird herausgegeben vom "Deutschen Rechtsschutzkreis e.V. / Deutsche Rechtsschutzkasse" (DRsK) aus Bochum. Presserechtlich Verantwortliche waren u.a. Jürgen Rieger, Martin Voigt und ist seit Heft II/1993 Melitta Erdmann.

Ebenso wie das "Deutsche Rechtsbüro" bietet der DRsK Rechtshilfe an, sowie "allgemeine Volksbildung". Regelmäßig werden vom DRsK Broschüren herausgegeben, u. a.

Werner Stäglich: "Kritische Gedanken zum sogenannten Judenmord"

Udo Walendy: "Sieg des Rechtsstaates"

Jürgen Rieger: "Wie glaubwürdig sind Zeugen in NS-Prozessen?"

Wichtiges Ziel des DRsK ist - neben ideologischer

'Aufklärungsarbeit' zum Thema 'Auschwitzlüge' - die Unterstützung "verfolgter Kameraden". In "Recht und Justiz" wurde beispielsweise wiederholt dazu aufgerufen, die Finanzierung eines Wahlverteidigers für den im Mai 1992 in Stuttgart verurteilten ehemaligen SS-Oberscharführer Josef Schwammberger zu unterstützen. Schließlich konnte dann auch ein Wahlverteidiger für Schwammberger - Rechtsanwalt Blessinger - gewonnen werden.

'Rechts'schutz für Rechte ist also nichts, was das "Deutsche Rechtsbüro" neu erfunden hat - der Bochumer DRsK praktiziert dies schon seit Jahren unbeachtet von der Öffentlichkeit. Er wurde bereits 1979 von Mitgliedern der "Unabhängigen Freundeskreise" (UFK, Sitz ist ebenfalls Bochum) gegründet; Vorsitzender ist oben genannter Martin Voigt. 1970 war Voigt bereits Mitbegründer der UFK und er ist verantwortlich für die in Oberhausen erscheinenden "Unabhängigen Nachrichten" (Herausgeber sind die UFK).

Mäxchen wird 'politisch verfolgt'

Mitstreiter Voigts sind die Altnazis Werner Gebhardt aus Oberhausen und Günter Demolsky aus Bochum. Beide waren u. a. Funktionäre der 1952 verbotenen "Sozialistischen Reichspartei" (SRP) und der 1960 gegründeten "Deutschen Reichspartei" (DRP). 1989 wurden sie in Bochum wegen Verbreitung eines Flugblatts mit dem Titel "Auschwitz in alle Ewigkeit" angeklagt. Verteidigt wurden Gebhardt und Demolsky übrigens von Jürgen Rieger und dem mittlerweile achtzigjährigen Hajo Hermann (Hermann verteidigte in seiner langen Karriere als 'Rechts'-anwalt z. B. den Altnazi Otto Ernst Remer). 1990 wurden im Laufe der Ermittlungen u. a. in der Wittener Druckerei WEBU-Druck Druckvorlagen, Druckplatten usw. beschlagnahmt. Diese Maßnahme trifft auch den DRsK: bei der selben Aktion werden auch Druckvorlagen des DRsK und von "Recht und Justiz" beschlagnahmt, so ironischerweise z. B. Druckplatten von "Mäxchen und die Hausdurchsuchung". Der DRsK gibt sich unbeteiligt und behauptet scheinheilig, "in einem Verfahren gegen Herausgeber verschiedener Schriften, mit denen der DRsK e.V nicht das geringste zu tun hat", Opfer politischer Verfolgung geworden zu sein.

Und weiter geht's im braunen Netz: Anfang 1989 bildete sich unter dem Namen "Freundeskreis Freiheit für Deutschland" (FFD) eine Untergruppe der UFK. Dieser Tarnverein wurde gegründet, um Schriften publizieren zu können, die bei Veröffentlichung in den "Unabhängigen Nachrichten" ein Verbot nach sich ziehen könnten. Standardthemen sind denn auch Antisemitismus, Nationalismus und Geschichtsrevisionismus. Als Verantwortlicher der Publikationen taucht - neben Demolsky - auch der NPD-Vorsitzende Günter Deckert auf; Vorsitzender des FFD ist Werner Gebhardt. Die Verbotsbefürchtung war offensichtlich nicht unbegründet: Im Herbst dieses Jahres wurde der FFD von Innenminister Schnoor verboten (siehe Artikel in dieser Ausgabe)- die "Unabhängigen Nachrichten" blieben unbehelligt. Die Vorsichtsmaßnahme hat sich bezahlt gemacht.

Der Kreis schließt sich

Nicht nur die Namen

"Freundeskreis Freiheit für Deutschland" (Bochum)
"Deutsche Freudenskreise" (Hamburg)

"Deutsches Rechtsbüro" (Hamburg)
"Deutscher Rechtsschutzkreis" (Bochum)

sind zum Verwechseln ähnlich. Auch zwischen den Faschisten, die hinter diesen Organisationen stehen (Rieger, Voigt, Gebhardt, Leppert, Sedelmeier, ...) gibt es wie gezeigt jede Menge Querverbindungen. Der Schluß nahe liegt, daß es sich hier um einen weiteren Versuch handelt, unter dem Deckmantel verschiedener Organisationen vernetzte Strukturen aufzubauen, um im Falle von Verboten die Arbeit unter anderem Namen fortführen zu können. Der Kreis der Organisationen schließt sich:

"Deutsches Rechtsbüro", Hamburg
"Deutscher Rechtsschutzkreis", Bochum
"Unabhängige Freundeskreise", Bochum.

Wie der Verfassungsschutz Politik macht

Vom 28.-30.04.93 fand in Bad Zwischenahn ein Journalisten-Seminar des Bundesministeriums des Inneren statt.

Wir wollen daraus den Vortrag "Eine neue Dimension der Gewalt? -das Aufschaukeln von Rechts- und Linksextremisten" unter der Leitung von Dr.Helmut Rannacher (leitender Reg.-Dierektor im Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Würtemberg) genauer beleuchten. Doch dazu ist es notwendig sich zuerst mit der Organisation des Verfassungsschutzes (VS) und dessen Geschichte zu beschäftigen, damit die Hintergründe für die Politik des VS deutlicher werden.

Alte Nazis im Verfassungsschutz?

Das Gründungsmotto für BND und VS gab der erste BRD Kanzler Konrad Adenauer aus, der meinte, daß an den leitenden Stellen schon Leute sein müßten, "die von der Geschichte von früher etwas verstehen".

1963 als sich die IG Metall mit dem VS in ihrem Organ beschäftigte waren von 46 höheren Beamten des VS 16 ehemalige höhere SS-und Gestapo Führer.

Unter anderen: Alfred Wurbs ehem. SS-Offizier des SD, dann Gruppenleiter der Zentralabteilung 5 des VS; Hubert Schrübbers ehem. Staatsanwalt bei Hochverratsprozeßen in Hamm/Westf., dann Präsident des VS; Karl-Heinz Siemens ehem.SS-Obersturmführer der Leibstandarte Adolf Hitler, dann Oberregierungsrat der Abt.3 des VS; Johann Strübing ehem.SS-Hauptsturmführer des RSHA , dann Mitarbeit im VS eingesetzt gegen Gewerkschafter; Albert Radtke ehem.Mitarbeiter des SD Spionageapparates, dann Vizepräsident des VS; Adolf Puchta ehem.SS-Sturmbannführer, dann Referent im Landesamt Bayern des VS und Mitglied des Witikobundes; Walter Odewald ehem.SS-Sturmbannführer ab 37 im Führungsstab des SD in Paris, dann Oberregierungsrat beim VS in Niedersachsen ; Paul Opitz ehem.SS-Sturmbannführer Kriminal und Oberregierungsrat im Amt 4/E1 der Gestapo, dann Mitarbeit im Bundesamt des VS in Köln; Dr.Wilhelm Ludwig ehem.SS-Obersturmführer, dann als Regierunsdirektor Leiter der Abt.5 im Bundesamt des VS Kurt Fischer SS-Sturmbannführer, dann Mitarbeit in der Abt.6 des Bundesamtes des VS; Richard Gerken ehem.SS-Haupsturmführer, dann Leiter der Abt.4 im Bundesamt des VS; Dr.Gustav Halswick ehem.SS-Obersturmbannführer, dann Sonderbeauftragter des Präsidenten des Bundesamtes des VS und Wilhelm Dietz ehem.Kriminalkomissar u.a.in Konstanz Teilnehmer an Führerschulungen des SD ,dann Mitarbeit im Landesamt des VS in Stuttgart. [1]

Weiteres zum Thema Geheimdienste und organisierte Rechte siehe Antifa NRW Zeitung Nr.2/93 unter diesem Titel.

Vor diesem Hintergrund ist es daher nicht verwunderlich, wenn "... das Größenverhältnis der Abteilung Rechtsradikalismus zur Abteilung Linksradikalismus ...1:12 (betrage)".2 Eine Versetzung in den Bereich Rechtsradikalismus bedeutet einen sogenannten EDEKA (Ende der Karriere) Posten zu besetzen.

Arbeitsplatz und Verfassungsschutz

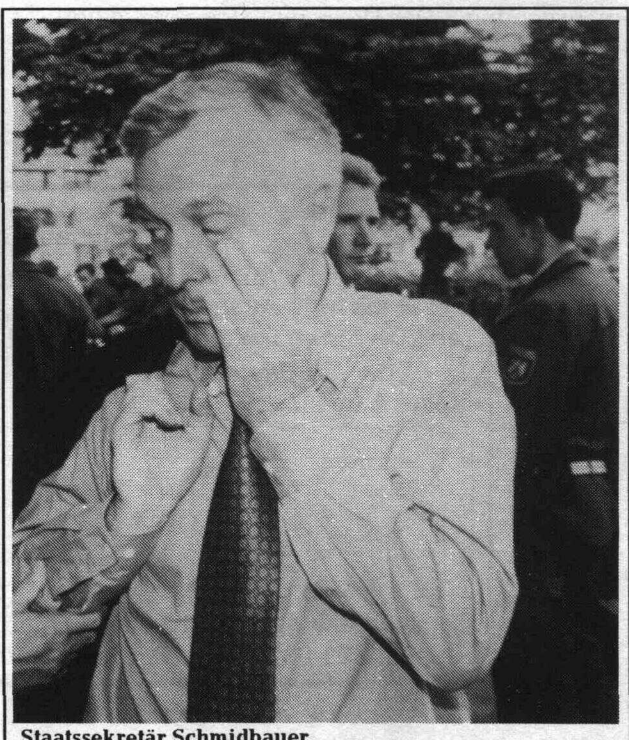
Größeren Industrieunternehmen werden vom VS auch unaufgefordert Erkenntnisse über verdächtige Personen mitgeteilt. Dabei spielt persönliche Bekanntschaft von Mitarbeitern des VS und den Sicherheitsabteilungen der Unternehmen eine Rolle. "Viele Verfassungsschützer bessern sich ihre Pensionen mit einem Job in der freien Industrie auf.... Zwischen 1973 und 1979, zur Hoch - Zeit des sogenannten "Radikalenerlasses" (der von der SPD Regierung erfunden wurde) wurden etwa 450.000 Bewerber - Anfragen in Bund und Ländern an die Landesämter und das Bundesamt für Verfassungsschutz gerichtet."3

Doch nun zur aktuellen Arbeit des VS.

Der Vortrag des Dr.Rannacher

Im Mittelpunkt des Vortrages stand der Vergleich "Bonn ist nicht Weimar" mit dem Rannacher zu erklären versucht, warum der "Linksextremismus" mindestens genau so scharf bekämpft werden müsse, wie der "Rechtsextremismus" . Die Weimarer Republik sei an den Kämpfen von "Links" und "Rechts" und an der mangelnden Schlagkraft des Staates zugrunde gegangen. Nur die Gemeinschaft der "Demokraten" könne verhindern. daß sich der gleiche Vorgang heute wiederhole.

Auch der Präsident des Bundesamtes des VS hätte im November 92 "direkte Parallelen zwischen der Weimarer Republik und heute" gesehen. Mit Statistik und schiefem Geschichtsbild versucht Rannacher diese These zu untermauern.



Staatssekretär Schmidbauer

Die Statistik

Mit Zahlenspielereien wird

1.versucht, die, anläßlich der massenhaften Anschläge von Rechts, etwas aus dem Blick geratene Linke wieder mehr in den Mittelpunkt zu rücken (Innenminister Kanther anläßlich der Vorstellung des neuen VS-Berichtes, in dem 17 Tote durch rechtsextremistische Anschläge zugegeben werden, "die Linksextremisten stehen in punkto Gewalttätigkeit den Rechten nichts nach")

2.die "Rechten" immer noch als Opfer bzw. nur reagierender / sich rächender Part darzustellen "Während früher Gewalttaten fast ausschließlich von Linksextremisten ausgingen, führen seit einiger Zeit Rechtextremisten zunehmend Gegenaktionen durch... Während die extreme Rechte also weitgehend in der Rolle des Opfers war und allenfalls reagierte...Auf beiden (siehe da d.V.) Seiten forderten Angriffe von Extremisten auf tatsächliche oder vermeintliche politische Gegner im Jahre 1992 Todesopfer." 4 Als Beispiel für Opfer auf Seite der Rechten muß der ungeklärte Tod Gerhard Kaindlös (Funktionär der Deutschen Liga) in Berlin für die Gefährlichkeit der Antifa -die autonome Zeitschrift "Interim" veröffentlichte kurz zuvor Kaindlös Adresse- herhalten.

3.die staatlichen Organisationen als einzige wirklichen Bekämpfer des Rechtsextremismus darzustellen, die "Autonomen" (stellvertretend für alle anderen nicht staatlichen Antifaschistischen Gruppen) "...die sich als Antifaschisten gerieren,... sehen gerade heute im sogenannten Antifaschismus die Möglichkeit, ihre Strukturen zu festigen und ihren subversiven Zielen näherzukommen....Der "Kampf gegen den Faschismus" wird damit zum bloßen Vehikel im Kampf gegen den Staat, gegen unsere freiheitliche Rechtsordnung.."

Damit wird also allen nicht staatlichen Gruppen der ernstgemeinte Antifaschismus abgesprochen und statt dessen "Linkenhatz" betrieben. Der Aufbau des Feindbildes "als Antifaschist getarnter Kommunist" wird zum Aufbau der "Volksgemeinschaft der Demokraten" genutzt. Und dazu gehören natürlich nur alle vom Staat legitimierten Antifaschisten. Der Aufbau von Feindbildern erspart desweiteren auch das lästige Nachdenken über tatsächliche Hintergründe und Fakten und wenn dann noch ein Großteil der meinungsbildenden Presse in diese Volksgemeinschaft integriert werden kann,wird die Gesellschaft schon in den Griff zu bekommen sein.

Die Pressefreiheit

Ziel dieses, und anderer Seminare ist damit auch gerade die Einflußnahme auf Themen und Inhalte der Medienlandschaft in der Republik. Das gelingt einmal auf dem Wege der Seminare und 2. durch das Ködern von Journalisten mit "geheimen" Informationen. Die Zusammenarbeit von VS und Medien, die sich daraus ergibt funktioniert so gut, daß Insidern wie z.B. Manfred Bissinger (u.a. Stern - Vize und Senatssprecher in Hamburg) zugeben muß "Mir aber auch allen anderen, die diese Liste (eine dem Kanzleramtsminister Ehmke vorliegende Liste mit Journalistenkontakten des BND d.V.) zu sehen bekamen, sind die Augen übergelaufen. Es waren so gut wie alle, die Rang und Namen hatten im bürgerlichen Journalismus, fein säuberlich geordnet zu finden." 6 Zusammenarbeit und Kontakt gibt es aber auch noch offener. Einige Beispiele; Christian Lochte Chef dec Landesamtes Hamburg des VS saß als Vertreter der CDU im Verwaltungsrat des NDR, sein Vorgänger wurde nach der Amtsausscheidung im Springer Verlag aufgenommen. Bernhard Plogmann, Chefredakteur der "Neue Presse" und Mitarbeiter der CDU "Niedersachsen - Zeitung" bewarb sich, als er arbeitslos wurde, um eine Stelle beim niedersächsischen Innenministerium mit dem Hinweis, ansonsten nehme er "..das Angebot eines Hamburger Verlagshauses an, für eine fünf - bis sechsstellige Summe über seine bisherige Tätigkeit für den niedersächsischen Verfassungsschutz zu plaudern." 7

Die neue Berichterstattung

Wie das Ziel der Arbeit des VS erreicht worden ist, läßt sich am neuen Wind in der Presse ablesen. Kaum noch sind Berichte über Nazi - Aktivitäten ohne Anmerkungen über Ausschreitungen von "Rechts" und "Links" oder Krawalle von "Ausländern" zu finden und über Verstrickungen von Bürgerlichen Parteien oder Funktionsträgern läßt sich in den Zeitungen gar nichts mehr finden. Der vorauseilende Gehorsam von Redakteuren und Chefredakteuren nimmt beängstigende Ausmaße an. Der VS und andere Polizeibehörden werden in solchen Medien zu den einzigen aufrechten Informationsquellen.

Es bleibt antifaschistischen Gruppen also nur mehr die Möglichkeit eigene Medien für eine unzensierte Presse auf - und auszubauen, wenn auch die Anfänge klein und die Schwierigkeiten groß sind.

1 Braunbuch ?

2 Gero Gembella Geheimgefärlich 1990 Papyrossa Verlag Köln S.49

3 Gero Gembella Geheimgefärlich 1990 Papyrossa Verlag Köln S.51

4 schriftliche Vorlage des Vortrages von Dr.Helmut Rannacher vom 28-30.04 in Bad Zwischenahn

5 schriftliche Vorlage des Vortrages von Dr.Helmut Rannacher vom 28-30.04 in Bad Zwischenahn

6 Gero Gembella Geheimgefärlich 1990 Papyrossa Verlag Köln S.124

7 Gero Gembella Geheimgefärlich 1990 Papyrossa Verlag Köln S.128

Solinger Rechte spielen Geheimdienst

Prozess rückt Polizisten in schlechtes Licht / Hinweise auf Kontakte zu Rechtsextremen

Wegen Körperverletzung mußte sich ein Solinger vor dem örtlichen Amtsgericht verantworten. Er sollte angeblich bei einer Demonstration im letzten Jahr in der Solinger Innenstadt den 49-jährigen Helmut Oberkinkhaus verletzt haben. Der Rechtsextremist Oberkinkhaus hatte damals linke DemonstrantInnen fotografiert. Rechtsextremisten aus der Umgebung nutzten den Prozeß erneut, um in aller Öffentlichkeit BesucherInnen des Prozesses zu observieren. Der Prozess endete mit einem glatten Freispruch.

Am 26. August 1992 gingen in der Solinger Innenstadt spontan rund 100 SolingerInnen auf die Straße, um anläßlich der Pogrome in Rostock gegen den wachsenden Rassismus zu demonstrieren. Unter ihnen befanden sich viele Jugendliche und AntifaschistInnen aus der bergischen Metropole. Sie wurden auf Helmut Oberkinkhaus aufmerksam, der am Rand der Demonstration seine Kamera auf den Demonstrantionszug richtete. Nachdem geklärt war, daß Oberkinkhaus weder für die Presse noch für die Polizei arbeitete, wurde er zur Rede gestellt und aufgefordert, den Film herauszugeben. Nach einem Handgemenge versuchte er vermutlich zu flüchten, wobei er in eine Schaufensterscheibe stürzte und sich einen Schädelbasisbruch zuzog.

DHKKV als Anti-Antifa aktiv

Duch die Aussagen in der Gerichtsverhandlung wurde bestätigt, was auf der Hand lag: Helmut Oberkinkhaus hatte zusammen mit anderen Rechtsextremisten die demonstrierenden SolingerInnen regelrecht ausspioniert. Er ist im Gräfrather Kampfsortverband "Hak-Pao" aktiv, auch bekannt als "Deutscher Hochleistungs-Kampfkunstverband (DHKKV)" oder "Deutsche Kampfsportinitiative (DKI)". Dieser Verein bot national orientierten Mitgliedern ein spezielles Nahkampftraining. Nach eigenen Angaben nahmen etwa 400 Mitglieder an diesem Training teil, bei vielen von ihnen handelt es sich um Neofaschisten aus Solingen und umliegenden Städten. Der Verein sorgte für regelrechten Saalschutz bei faschistischen Veranstaltungen in ganz NRW. Die vier Tatverdächtigen des totbringenden Brandanschlags in Solingen waren Mitglieder des Vereins oder nahmen am Training teil.

Hak-Pao Chef Bernd Schmitt

Wie sich im Prozeß zeigte, hatte neben Oberkinkhaus auch DHKKV-Aktivist Norbert Berger die Demonstration beobachtet. Ebenso muß Trainer und Vereinschef Bernd Schmitt in unmittelbarer Nähe gewesen sein, da er nur wenige Minuten nach dem Zwischenfall auftauchte. Beide waren als Zeugen im Gerichtsverfahren vorgesehen, aussagen mußten neben anderen Oberkinkhaus und Berger. Oberkinkhaus konnte den Angeklagten plötzlich identifizieren. Bei einer ersten Verhandlung, die wegen eines fehlenden Polizeizeugens wiederholt werden mußte, konnte er sich nicht erinnern, wer ihm möglicherweise Verletzungen zugefügt hatte. Berger wollte auch in der zweiten Verhandlung Mitte Oktober keine genauen Aussagen machen. Neutrale ZeugInnen, unter ihnen ein Gemüsehändler, entlasteten den Angeklagten, der schließlich freigesprochen wurde. DHKKV-Trainer Bernd Schmitt, gegen den angeblich Morddrohungen eingegangen waren, mußte nicht vor Gericht erscheinen. Er wurde auf der Polizeiwache für eine Aussage bereit gehalten.

Der Prozeß wurde seitens der Staatsanwältin bewußt entpolitisiert. Obwohl die Ermittlungen von der politischen Polizei Wuppertals geführt worden waren und trotz eines Vermerks "politisch" auf ihrer Akte blendete sie den rechtsextremen Hintergrund des Kampfsportvereins aus. Oberkinkhaus habe die von ihm fotografierte Demonstration mit nur rund 100 TeilnehmerInnen vielleicht für einen Familienausflug gehalten, spekulierte die Anklagevertreterin.

Polizisten händigten Fotos an Rechtsextreme aus

Die Gerichtsverhandlung deckte nicht nur auf, daß DHKKV-Mitglieder in Anti-Antifa-Manier Solinger BürgerInnen bespitzelten, sondern auch weitere Ungeheuerlichkeiten. Beamte der politischen Polizei aus Wuppertal händigten die Negative des Films mit den Fotos von der Demonstration nicht dem Eigentümer, sondern Vereinschef Bernd Schmitt aus! Dies geschah auch schon zu einem recht frühen Zeitpunkt, und nicht, wie sonst bei Beweismitteln üblich, nach dem gerichtlichen Abschluß des Verfahrens. Ein peinlicher Fehler?

Weitere Verfahrensfehler und Ereignisse deuten darauf hin, daß es sich um mehr als ein Versehen handelt. So durfte Schmitt bei der Vernehmung von Oberkinkhaus durch die Polizei zugegen sein. Nach der Strafprozessordnung ist dies nicht zulässig. Genau so wenig war zulässig, daß Beamte der politischen Polizei den Namen des Beschuldigten an Oberkinkhaus und andere Zeugen weiter gaben. Schmitt nutzte die Fotos, so das Solinger Tageblatt, um Tatzeugen dahin zu bringen, den Angeklagten zu belasten. So fand bereits vor der Vernehmung von Oberkinkhaus ein Treffen zwischen ihm und Schmitt statt. Oberkinkhaus bestand nach diesem Treffen gegenüber der Polizei darauf, daß Schmitt als sein Beistand an der Vernehmung teilnehmen durfte. Beamte der politischen Polizei Wuppertals ließen es zu. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß vor Gericht ein Polizist gegen den Angeklagten aussagte. Seine Aussage war äußerst

ungenau und konnte den Freispruch nicht verhindern.

Wieso ausgerechnet der 27jährige Angeklagte der Körperverletzung beschuldigt wurde, blieb im Dunkeln. War er der einzige, den Schmitt oder andere Solinger Rechte auf den Fotos identifizieren konnten?

Solinger AntifaschistInnen berichteten über eine weitere gemeinsame Aktion von DHKKV-Trainer Schmitt und einigen Polizisten. Bereits 1992, kurz nach dem Zwischenfall mit Oberkinkhaus, erschien Schmitt gemeinsam mit etwa 20 Uniformierten im Solinger Infoladen, der auch von der Solinger Antifa genutzt wird. Er habe genaues über die Ursache von Oberkinkhausens Verletzungen wissen wollen. Schmitt war der Wortführer der grün-braunen Truppe, die Polizisten hätten sich ihm gegenüber unterwürfig verhalten.

Terror gegen den angeblich Verdächtigen

Vielleicht durch das Verhalten der Polizisten ermutigt, wurde in der folgenden Woche der Infoladen von DHKKV-Mitgliedern genau observiert. Sie patroullierten mit Baseballschlägern in der Umgebung und unternahmen Einschüchterungsversuche. Schmitt habe damals auch behauptet, daß Polizisten und BGS-Leute (Bundesgrenzschutz) in seinem Verein trainieren würden. Er ist allerdings dafür bekannt, gerne dick aufzutragen.

Kurz nach der Demonstration im August 1992 versuchte DHKKV-Mitglied Norbert Berger, ein ehemaliger Boxer, den später Angeklagten einzuschüchtern. Er stürmte in das Haus, in dem der nun Freigesprochene wohnt. Es gelang ihm allerdings nicht, in die Wohnung einzudringen. Bei einem anderen Vorfall versuchten zwei DHKKV-Mitglieder in den Hof des Hauses zu gelangen. Der Hund des Nachbarn hielt sie davon ab. Sie drohten, daß sie den Angeklagten "noch kriegen" würden und daß das "Kanakenschwein nebenan" auch noch brennen würde. Im Nachbarhaus befindet sich eine Pizzeria, der Inhaber ist ein Solinger mit türkischer Staatsangehörigkeit. Der Angeklagte erhielt auch die in Solingen "üblichen" Drohanrufe.

Für den Prozess wurde das Solinger Amtsgericht von Polizei-, Justiz- und Kriminalbeamten gesichert wie eine Festung. Alle BesucherInnen des Prozesses wurden im Eingangsbereich kontrolliert. SolingerInnen, die von der Polizei der linken Szene zugeordnet wurden, wurden vor dem Gerichtssaal genauestens durchsucht.

Rechtsextremisten patroullierten vor Gerichtsgebäude

Nicht nur die Polizei war brennend an den BesucherInnen des Gerichtsverfahrens interessiert. Im Umfeld des Gerichtsgebäudes patroullierten Autos aus Solingen, Wuppertal, Mettmann, Düsseldorf und Essen mit *DHKKV-Mitgliedern oder* anderen Rechtsextremen. Auch Fußgängerinnen und Radfahrer gehörten zu der Gruppe, die praktisch einen Ring um das Gericht gezogen hatte. Sie waren mit Funkgeräten und Fotoapparaten ausgerüstet und observierten oder fotografierten ihnen mißliebige Personen. Die Polizei nahm zwölf Personen dieser Anti-Antifa-Gruppe vorläufig fest. Sichergestellt wurden eine fest installierte Funkstation, mehrere Funkgeräte und ein Gasrevolver. Lediglich wegen Vertoßes gegen das Fernmeldegesetz wurden von der Polizei Ermittlungsverfahren eingeleitet. In zwei Fällen war der Polizeifunk abgehört worden. Bei den Festgenommen handelt es sich um Personen aus Düsseldorf, Langenfeld, Hilden und Wuppertal im Alter zwischen 17 und 30 Jahren, die im Anschluß an die Gerichtsverhandlung und nach Feststellung ihrer Personalien wieder freigelassen wurden.
Zu den Personen, die die ProzeßbesucherInnen bespitzelten, gehörte beispielsweise Cornelia Zeuschner. In dem seit Juni geschlossenen Vereinsraum von Hak-Pao bzw. DHKKV hatte sie für die Bewirtung der Vereinsmitglieder gesorgt. Der DHKKV war im letzten Jahr als Saalschutz-Truppe für die NF tätig. Das neuerliche Auftreten der Gruppe bewies nochmals, daß es sich bei Hak-Pao bzw. DHKKV um eine gut organisierte Gruppe des rechtsextremen Spektrums handelt. Vor allem eins sollte nicht vergessen werden: In der Nacht nach dem ersten Prozesstermin im Mai verbrannten in der Unteren Wernerstraße fünf Menschen.

Jülich: Bayrische Verhältnisse in einer Kleinstadt

Die Jungen Nationaldemokraten(JN)-Rheinland mobilisierten über das Nationale Infotelefon für den 20.8 nach Jülich Stetternich. Unter dem Titel "Balladen für Deutschland " sollte eine Propagandaveranstaltung mit der Nazi-Rockgruppe "Noie Werte" aus Stuttgart stattfinden.

Igor Rauschen mietete den Stetternicher Grillplatz an, der Kontakt für Auswärtige lief über das Dürener NPD Postfach Nr.52332 von Bernd Bittner. Bereits vor 5 Wochen am 17.7.93 hatte die JN in Jülich Güsten eine ähnliche Veranstaltung durchgeführt (damals bemerkte die Antifa das Treffen zu spät.). Desweiteren behauptet die JN in Jülich,einen Stützpunkt im Privathaus von Rauschen zu unterhalten. Auf dieser Grundlage entschied sich die Antifa zu einer breiten, offen angelegten Gegenmobilisierung und rief unter anderem zu einer angemeldeten Kundgebung in Jülich Stetternich auf. Polizei und Staatsschutz wollten ein breites Bündnis zwischen bürgerlichen und autonomen AntifaschistInnen verhindern. Es folgten die üblichen Stellungsnahmen seitens der Polizei gegenüber den Medien. Nachdem der Polizeidirektor Helmut Lopacki im Radio die Jülicher BürgerInnen dazu aufgefordert hatte, von der Demonstation fernzubleiben lieferte er in einer am 19.8. in der Aachener Volkszeitung abgedruckten Stellungnahme die Begründung:"Wie vergleichbare Einsätze in zurückliegender Zeit gezeigt haben, gehört es zur Taktik von Teilen dieser Gruppen, sich bei solchen Anlässen nach strafbaren Aktionen dem Zugriff der Polizei dadurch zu entziehen, daß sie in Passanten oder Zuschaueransammlungen flüchten und dort einzusickern versuchen".

Wolfgang Nahrath

Mit der Pressehetze und Kriminalisierungsversuchen gingen Einschüchterungsversuche jugendlicher Antifas inklusive Hausbesuche von Staatsschützern einher.

Am Tag selber waren 1000 Einsatzkräfte in Jülich. Die Stadt glich einer belagerten Festung, sie war weiträumig abgeriegelt. Kaum einer/einem gelang es, ohne Vorkontrollen zur Kundgebung zu gelangen.

Am Kundgebungsort selber glänzte die Aachener Einsatzhundertschaft mal wieder durch "Deeskalation". Tatsächlich gelang es dieser fast, zwischen "bürgerlich aussehenden" Menschen (angeführt von Bürgermeister Heinz Schmidt, SPD) und "eher wild aussehenden" Menschen zu spalten. Erstere wollten das massive und agressive Auftreten der Polizei bei den Vorkontrollen nicht zur Kenntnis nehmen und fühlten sich eher beschützt, was ihnen von der Polizei vor Ort natürlich eingeredet wurde.

Tatsächlich gab die Polizei ihre Auswahlkriterien für zu kontrollierende Autos wie folgt bekannt: "Verdächtig waren in jedem Fall ältere, ungepflegt aussehende Typen, meist mit Aufklebern, die mit mehren, oft langhaarigen, Personen besetzt waren" (JVZ 21.8.93).

Trotz der Erschwernisse und der Repression im Vorfeld war die Gegenmobilisierung gelungen. Über 500 AntifaschistInnen größtenteils aus dem Autonomem Spektrum versammelten sich in Stetternich, und das Nazitreffen wurde dort verhindert. Jedoch gelang es einem Teil der Neonazis sich am späten Abend in Stolberg - Büsbach (Brockenberg 5a) zusammenzufinden.

In der Region hinterließ der Abend einen solch nachhaltigen Eindruck, daß die Aachener Zeitungen am Montag darauf ein unpolitisches Heavy Metal Konzert in Heinsberg kurzer Hand zu einem Neo-Nazi Treffen erklärten.

Aachen: Republikanertreffen geplatzt

Am 11.9. wollte der Rep-Kreisverband Aachen eine außerordenliche Mitgliederversammlung durchführen. Diese sollte im Lokal Burtscheider Treppchen in Aachen-Burtscheid stattfinden. Besitzer des Lokals ist das Rep Mitglied Buchmeier. Die Versammlung mußte aber ausfallen, weil die örtliche Antifa für die Durchlüftung der Räumlichkeiten gesorgt hatte. Ansonsten machten die Reps einen traurigen Eindruck. Gerade mal ca. 12 Leute versuchten dort hinzugehen und wurden von Antifas verjagt.

Aachen

Erkelenz: Große Fresse - nichts dahinter

Am 2.10. sollte in Erklenz eine NPD/JN Demonstration unter der Losung "Soziale Gerechtigkeit - Soziale Solidarität" durchgeführt werden. Anmelder war der NPD und JN Funktionär Sascha Wagner.

Im Anschluß an die Demonstration sollte eine Gründungsveranstaltung von NPD und JN stattfinden. Als Redner sollten Wolfgang Narrath als Stellvertretender NPD Landesvorsitzender und Andreas Storr der JN Bundesvorsitzender auftreten. Angesichts von ca. 100 AntifaschistInnen, die ihren Treffpunkt belagert hielten, zogen es die FaschistInnen vor sich an diesem Tag nicht blicken zu lassen.

Jülich Aachen Düren: FAP ließ sich nicht blicken

Über das Nationale Infotelefon mobilisierte die FAP für den 3.10. zu einer "Protestfahrt" unter anderem auch nach Jülich, Aachen und Düren. AntifaschistInnen besetzten die jeweiligen Aufmarschpunkte, um den Nazis zu zeigen, daß sie in der Region nichts verloren haben. Glück für die FAP - sie ließ sich nicht blicken.

Düren: Stadt Düren leistet Neonazis Aufbauhilfe

Seit Ende 1992 betreibt die Stadt Düren bzw. das Jugendamt einen sogenannten "Skinheadtreff". Die offizielle Bezeichnung lautet: "Vereinigte Rechte Düren". Diese Treffen finden regelmäßig im Jugendtreff der Stadt Düren in Rîlsdorf statt. Begleitet wird das ganze von den zwei Sozialarbeitern Pallenberg und Gandor.

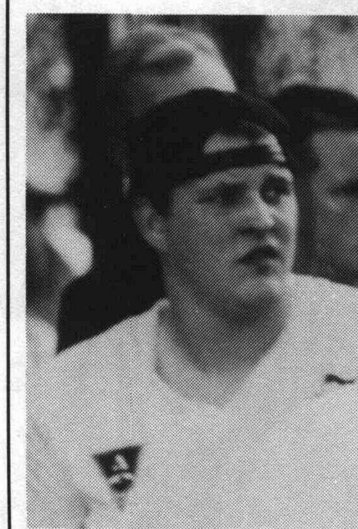
Als Ziel wird vorgegeben die "Gruppe" zu spalten in "unpolitische Skinheads" und "Rechtsradikale". Faktisch steht aber fest, daß das Projekt gescheitert ist und lediglich den Faschisten Michael Prümmer und Sascha Wagner dazu dient, neue Leute für die JN bzw. Wagners Schlägertruppe zu werben. Einer der Sozialarbeiter gibt offen zu, daß er sehr wohl weiß, daß der "Sascha" bei einem Anschlag grinsend und Fritten essend 150 Meter nebenan in der Pommesbude stand (beruft sich auf Auskünfte der Polizei), aber man muß die Gruppe halt von innen spalten.

Außerdem kündigt er an, daß mit "Erlebnissfreizeiten" der Wiking-Jugend das Wasser abgegraben werden soll.

(Wie mag das wohl aussehen?-Wehrsportübungen bezahlt aus dem Stadtsäckl?).

Die AntifaschistInnen aus der Region werden eine Kampagne starten mit dem Ziel, daß dieser Treff geschlossen wird.

Übrigens existiert im Jugendamt der Stadt Düren ein Postfach mit der Beschriftung "S.Wagner".‹



Sascha Wagner

Bonn

Professor unter Beschuß

Der Bonner Professor Hans-Hellmuth Knütter geriet wegen rechter Veröffentlichungen unter Beschuß. Gegen seine Schrift "Wanderungsbewegungen - ein Faktum, Multikulturelle Gesellschaften - eine Fiktion" formierte sich breiter Protest, an dem sich unter anderem die örtlichen Grünen, Siegfried Jäger vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialwissenschaften, der DGB und der Bonner ASTA beteiligten. Knütter schreibt auch für die rechten Zeitschriften MUT und Criticon. Bis 1991 fand unter seinem Mentorat ein "Ost-West-Arbeitskreis" statt, der Vorträge mit Hans-Dietrich Sander und dem britischen Pseudo-Historiker David Irving organisierte. Auch der WJ-Liedermacher Frank Rennicke wurde zu einem Auftritt eingeladen.‹

Solingen: Beweise immer dünner

Die zahlreichen Ungereimtheiten (siehe NRW Zeitung Nr.2) an der offiziellen Version des Tathergangs des Solinger Anschlags weiten sich immer weiter aus.

Die Beweislage gegen drei der vier mutmaßlichen Attentäter von Solingen wird immer dünner. Nach Recherchen von ZDF-Fernsehjournalisten existieren zahlreiche Widersprüche. So gibt es mittlerweile einen Zeugen, Karsten H., der Markus Gartmann, Felix Köhnen und Christian Buchholz ein Alibi gibt. Sie seien bis nach 2 Uhr auf seiner Party gewesen. Da der Anschlag gegen 1.30 verübt wurde, könnten die drei nicht an der Tat beteiligt gewesen sein. Karsten. H. sagte vor der Fernsehkamera, die ermittelnden Polizisten hätten ihn solange unter Druck gesetzt, bis er von seiner ursprünglichen Aussage abgesehen hätte. Gegen diesen Entlastungszeugen wurde mittlerweile ebenfalls Haftbefehl erlassen. Gegen eine Beteiligung der drei spricht weiterhin die lange Distanz, die diese zu Fuß von der Party zum Anschlagsort mit Zwischenstationen hätten überbrücken müssen, was in der von der Polizei angegebenen Zeit kaum zu schaffen gewsesen sein könnte. Schwerwiegender ist allerdings die Tatsache, das Pinienterpentin anstatt Benzin als Brandbeschleuniger eingesetzt wurde. Pinienterpentin ist heutzutage nur noch schwer zu kaufen, es wird auf keinen Fall an Tankstellen verkauft. Somit ist die bisherige Version, das Haus in der Unteren Wernerstraße sei mit Benzin, daß die Täter zuvor an einer nahegelegenen Tankstelle gekauft hätten, angezündet worden, gekippt. Weiterhin drang an die Öffentlichkeit, daß der geständige Hauptverdächtige Christian Reher Christian Buchholz in seiner Aussage ausdrücklich entlastet. Dieser sowie Köhnen hatten die Tat von Anfang kategorisch bestritten. Bei einer genauen Betrachtung dieser und noch zahlreicher anderer Widersprüche kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, die unter immensem Fahndungsdruck stehende Sonderkommission hätte alles getan, um der Öffentlichkeit möglichst schnell einen Erfolg zu präsentieren, unter Ignoranz zahlreicher Fakten. Auf der anderen Seite ist es äußerst merkwürdig, daß einigen Hinweisen von Seiten der Ermittlungsbehörden überhaupt nicht nachgegangen wurde. Dazu zählen das plötzliche Verschwinden der Schlüsselfiguren der Solinger Naziszene, Bernd Schmitt und Wolfgang Schlösser, wie auch die Beobachtung einer Ansammlung von auswärtigen Rechtsextremisten etwa eine Stunde vor der Tat in der Nähe des Tatorts. Die Autonome Zeitung Tat(w)ort schreibt in ihrer Oktoberausgabe: "Am Freitagabend, dem 29.5.93, wenige Stunden vor dem Brandanschlag, wurde der oben erwähnte Stefan Rasche zusammen mit zwei weiteren Personen in einem roten Opel Kadett mit D'dorfer Kennzeichen in Solingen gesehen." Nach dem Anschlag wurde ein Düsseldorfer Kadett beobachtet, der mit hoher Geschwindigkeit über die nahe zum Tatort gelegene Kreuzung Schlagbaum fuhr. Auch das ZDF-Magazin Frontal brachte den Düsseldorfer Skinhead Rasche in Verbindung mit dem Anschlag. Der Hauptverdächtige Reher habe ausgesagt, man solle doch Rasche fragen. Dieser ist Bassist der Nazi-Kultband Störkraft und ehemaliges Mitglied der "Freien Wählergemeinschaft". Er soll nach Informationen von Tat(w)ort auch in Bernd Schmitts Kampfsportschule (siehe NRW-Zeitung Nr.1+2) trainiert haben. Als gesichert kann auf jeden Fall angesehen werden, daß der verheerende Anschlag nicht das Produkt einer spontanen Aktion war, sondern allein aufgrund des schwer zu beschaffenden Brandbeschleunigers geplant gewesen sein muß.

Solingen: Erneut Brandanschlag

Neben einem von türkischen Familien bewohnten Haus haben Unbekannte einem Holzstapel angezündet. Der Bretterstapel war mit (evtl. benzingetränkten) Lappen umwickelt worden. Die Bewohner des Hauses konnten des Feuer noch rechtzeitig löschen; es entstand kein Sachschaden. Zur Ermittlung der genaueren Tatumstände wurde eine Mordkommission eingerichtet.

Remscheid: SS-Mann entlassen

Der ehemalige SS-Untersturmführer Kurt Hubert Franz (78) ist aus der

Justizvollzugsanstalt Remscheid entlassen worden. Franz war als Lagerleiter des SS-Vernichtungslagers Treblinka des gemeinschaftlichen Mordes an 300.000 Juden und des Mordes an 139 Personen angeklagt und für schuldig befunden worden. 1965 wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt. Als Gründe für seine Entlassung wurden Alter, Gesundheitszustand und lange Haft genannt.

Bergisch Land

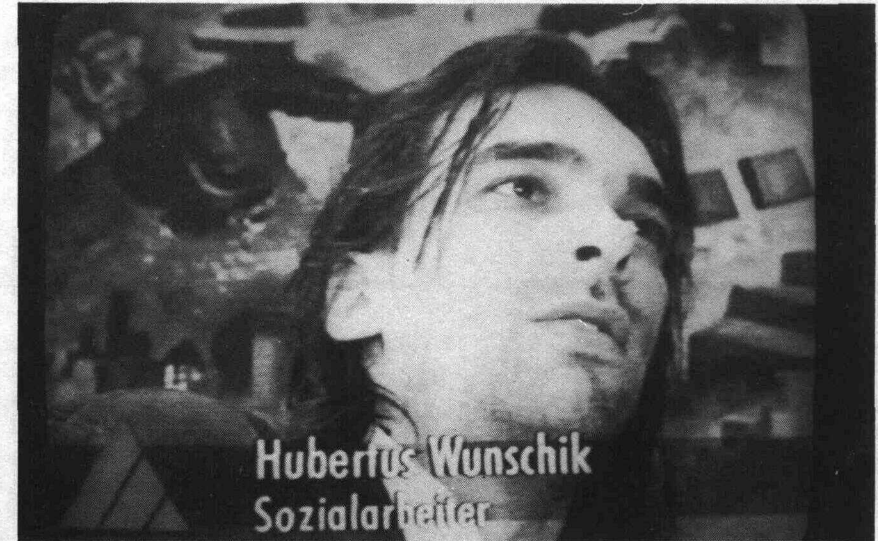
Wülfrath: Haftbefehl aufgehoben

Der wegen des Brandanschlags am 8. Juni auf ein türkisches Wohnhaus ausgestellte Haftbefehl gegen Oliver Kirschner ist wieder aufgehoben worden. Das Wuppertaler Landgericht befand, daß die Beweise gegen Kirschner für einen Haftbefehl nicht ausreichten.‹

Düsseldorf

Seelenhilfe für Fascho-Skins?

Ein "Skin-Projekt" der Düsseldorfer Arbeiterwohlfahrt schlägt WellenDie Düsseldorfer Jugendberatungsstelle (JUB) der AWO hat Ende 1992 ein "Skin-Projekt" in's Leben gerufen, das nicht nur konzeptionelle Peinlichkeiten ersten Ranges offenbart, sondern zudem die Unwilligkeit der AWO unter Beweis stellt, sich mit kritischer Öffentlichkeit überhaupt auseinanderzusetzen. Das Projekt, großspurig als "Gradwanderung, orientiert an den individuellen Bedürfnissen und Lebenslagen der Beteiligten" (Sozialarbeiter Hubertus Wunschik in: Sozial Prisma 8/93) angekündigt und vorerst mit 10.000 DM aus dem Landschaftsverband unterstützt, wird von einem Sozialarbeiter mit Unterstützung eines Fachhochschulpraktikanten durchgeführt. Rund 15 Skins gehen nun im Rahmen "akzeptierender Sozialarbeit" ihrem Bedürfnis nach körperlicher Ertüchtigung in Form von Fußball und Krafttraining unter fachlicher Anleitung nach. Nachdem die Lokalpresse den Schritt, "verführte Jugendliche von der Straße zu holen" begrüßte, wurde bekannt, daß neben anderen auch der stadtbekannte Fascho-Skin Stefan Rasche zum anvisierten sozialarbeiterischen Klientel gehört. Rasche, bekannt aus dem "Störkraft"-Clan, durch seine ehemalige Mitgliedschaft und Ausschußtätigkeit in der rechtsextremen "Freien Wählergemeinschaft" (FWG), als Organisator diverser faschistischer Aktivitäten und als rechter Schläger, dient dem Projekt nicht nur als Vorzeigeskin auf Titelblättern und in TV-Berichten. Er stellt als Kopf der Gruppe das Bindeglied zwischen Sozialarbeiter und Klientel dar. Dieses Problem stellt sich prinzipiell bei der Arbeit mit rechten Jugendlichen. Daher ist eine generelle Unterscheidung zwischen "Verführern und Verführten" abstrakt schwer möglich. Ein wichtiger Gradmesser ist daher die Frage nach dem eigenen politisch/pädagogischen Konzept und die ständige kritische Reflektion über dessen konkrete Realisierungsmöglichkeiten. Deshalb spielt die Frage der Organsierung des "Klientels" eine zentrale Rolle. Denn umgekehrt versuchen auch organisierte Nazis in solchen Projekten Fuß zu fassen und Einfluß zu gewinnen. U.a. mehreren Ausgaben des "Antifaschistischen Infoblattes" (Berlin) sowie der Sendung "Panorama" war zu entnehmen,



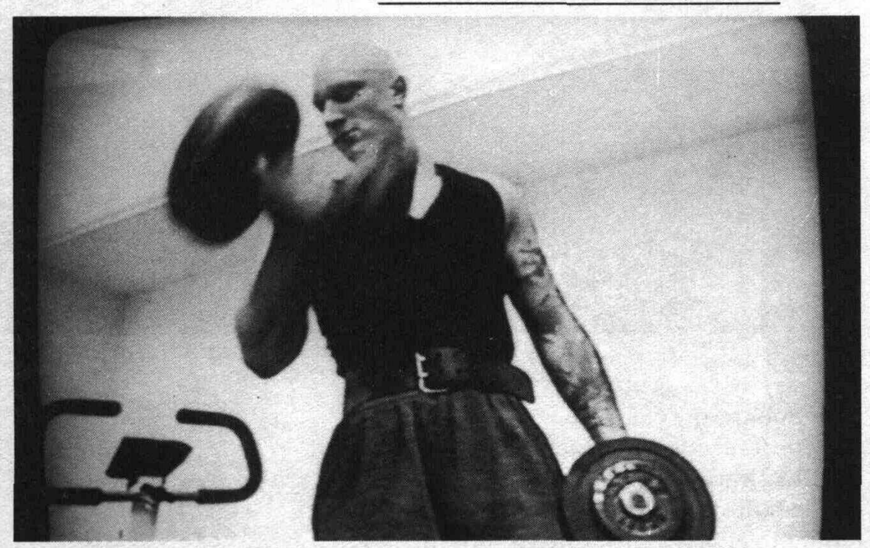
Hubertus Wunschick, Sozialarbeiter

daß neben durchaus positiven Ansätzen derartige Projekte teils seltsame Blüten treiben. So wurde in Berlin ein Stadtteilfest mit Kindern im Rahmen eines Skin-Projekts organisiert, bei dem keine ausländischen

Kinder teilnehmen sollten, "um die Skins nicht zu provozieren". In Cottbus wurde ein stadtbekannter Nazi-Schläger als "Streetworker" mit 1.500 DM aus dem Förderprogramm der AgAG ("Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt" des Bundesjugendplans) bezahlt und auch in anderen Städten infiltrierten bekannte Größen aus dem militanten Nazi-Umfeld derlei Jugendprojekte um sie als organisatorischen Rahmen zu nutzen.

"Die ausgehungerte Seele nähren"

Das ist erklärtes Ziel der JUB bei der Arbeit mit den Skins. Fernab von politischen Ansprüchen soll über den bloßen Umgang mit dem Sozialklempner die "wahre Identität" gefunden werden. "Ich werde sie nicht von ihrer rechten Gesinnung runterkriegen. Aber Ventile für ihre Aggressionen bieten", so der Verantwortliche des Projekts. In einem Interview mit der STATTZEITUNG TERZ (9/93) wird deutlich, daß hierbei weder differenziert wird, ob in dem Projekt nun organisierte Nazis sind oder nicht, noch ein irgendwie geartetes Konzept zur politisch/pädagogischen Arbeit vorhanden ist. Zudem wird dies noch nicht einmal gewollt. O-Ton JUB: "Um den politischen Nährboden müssen sich andere kümmern. Das ist Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz, nicht mein Job. Ich kann mich um den seelischen Teil kümmern." Kennzeichen von faschistischer Gesinnung und Praxis scheint hier einzig die angeblich "fehlende Identität" zu sein. "Wenn man denen vermittelt, daß sie eine eigene Identität haben, dann können die nicht rechts sein". (ebenda)



Stefan Rasche

Diese banal-psychologisierende Herangehensweise führt dazu, daß die Sozialarbeiter einerseits völlig konzeptionslos auf die Skins zugehen ("Ich habe ein anderes Angebot. Das bin ich mit meiner Person", ebenda) und anderseits Abschottung vor kritischer Öffentlichkeit betreiben, um ihren Seelenheilungsprozess nicht zu gefährden. Diese Abschottung äußert sich dahingehend, daß sie nicht bereit sind offenzulegen, ob und welche organisierten Nazis in dem Projekt sind.

Abschottung zur Identitätsfindung

Der "Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und dem Umland" verfaßte Ende August 93 einen offenen Brief, in dem die AWO aufgefordert wurde, organisierten Faschisten keine Räumlichkeiten zu überlassen bzw. "dieses `Projekt' zu beenden, solange sich nicht ausschließen läßt, daß organisierte Rechte hier einen Sammelpunkt für `ihre Bewegung' schaffen." Die VerfasserInnen verstanden diesen Brief als "Gesprächsangebot an alle Interessierten der JUB und der AWO Düsseldorf überhaupt." Zwar signalisierte die AWO ebenfalls eine Gesprächsbereitschaft, folgte einer Einladung des Koordinierungskreises für den 27.9. aber dennoch nicht. Als Begründung für ihre Nichtteilnahme wurde angeführt, daß die Einladung zu kurzfristig ausgesprochen worden sei. Tatsache ist, daß die AWO, ebenso wie eine Reihe weiterer Organisationen, mit Schreiben vom 4.9. eingeladen wurde, also über 3 Wochen vor dem angesetzten Termin. Diesen Zeitraum nutzte die AWO stattdessen damit, sich an die Lokalpresse zu wenden um den Antifas "ritualisierten Antifaschismus" vorzuwerfen. Das Gesprächsangebot wurde in der Presse zu einer Drohung gegen die Einrichtung umgedichtet. AWO-Geschäftsführer Karl-Josef Keil warf dem Koordinierungskreis vor, "von der Sache keine Ahnung zu haben" (NRZ 15.9.93) und bezog sich dabei explizit auf die Forderung, organisierten Faschisten wie z.B. Stefan Rasche, ein Hausverbot zu erteilen. Der Sozialarbeiter selbst versuchte sich der Auseinandersetzung zu entziehen, indem er der Presse die alte Totalitarismusthese offerierte: "Beide Gruppen sind ideologiebehaftet, deshalb ist es so schwierig. Die brauchen sich gegenseitig" (RP 31.8.93).Eine

solche Einstellung führt dazu, daß der Sozialarbeiter in Konfliktsituationen nicht mehr differenzieren kann, wo die Schnittstelle gutgemeinter Sozialarbeit ist. Als auf einem antirassistischen Straßenfest, bei dem er einen JUB-Stand machte, plötzlich seine Skins im Schlepptau von Stefan Rasche erschienen und diese von den VeranstalterInnen nicht auf den Platz gelassen wurden, drohte er den Antifas mit der Polizei und forderte beharrlich, die Skins an seinen Stand und damit auf den Platz holen zu dürfen, obwohl dies gegen sämtliche Abspachen mit den VeranstalterInnen verstieß. Bemerkenswert ist hierzu die Haltung der AWO: Anstelle notwendiger öffentlicher Diskussion wird mittels Einigelung und Diffamierung versucht, das Problem auszusitzen. Deshalb wird von antifaschistischen Gruppen nun eine öffentliche Podiumsdiskussion angestrebt.

P.S.: Ein Materialreader zu der Auseinandersetzung mit dem Skinprojekt der AWO Düsseldorf (Offene Briefe des Koordinierungskreises und des AWO-Vorstands, Pressemeldungen, Stellungnahmen verschiedener Organisationen etc.) kann angefordert werden beim:Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und dem Umlandc/o AStA FH DüsseldorfGeorg-Glock-Str. 15

40474 Düsseldorf

Tel.: 0211/451206; Fax: 0211/452369

Für Infos über Skinprojekte in anderen Städten wären wir dankbar!

Ein Oberstudienrat läßt die Sau raus

Das Leibnitz-Gymnasium in Düsseldorf darf sich eines Oberstudienrats namens Manfred Müller rühmen, der seinen SchülerInnen Kenntnisse in Geschichte vermitteln soll. Besonders SchülerInnen anderer Nationalität werden angetan sein von diesem Lehrer, denn Müller hat sich schon seit Jahrzehnten intensivst mit dem "Ausländerproblem" beschäftigt.

In seiner Heimatstadt, dem benachbarten Neuss, trat Müller schon 1974 als Spitzenkandidat der NPD in den Ring. Er forderte u.a.: "sofortiger Zuzugstop für "Gast"-Arbeiter; Gewerbescheine und Konzessionen vorrangig für Deutsche". Auch die lokalhistorische Aufarbeitung des Nationalsozialismus war dem Geschichtslehrer so bedeutsam, daß er ihr ein Buch mit dem Titel:"Neuss unterm Hakenkreuz" widmete. Die Vereinigung der Heimatfreunde kniff 1986 mit der Herausgabe, als sie sich durch öffentliche Anprangerung der NPD-Funktionärstätigkeit ihres Autors in die Ecke gedrängt sah. In dem dann unter anderer Herausgeberschaft erschienenen Werk dokumentiert Müller seine Nähe zum Forschungsgegenstand. Da wird Homosexualität als "widernatürliche Unzucht" bezeichnet und sich darüber mokiert, daß ein lokaler Nazi "kirchentreue Volksgenossen" als "judenfreundlich abqualifiziert". Eine wahrlich heftige Kritik an den Nazis. Auch sonst lässt der Oberstudienrat an den Neusser Nazis kein gutes Haar. "Bei einer großen Sonnwendfeier der Neusser Jugend auf den Rheinwiesen wurde den katholischen Jugendorganisationen die Teilnahme verwehrt. Mit solchen Maßnahmen stieß man große Teile der katholischen Bevölkerung vor den Kopf und verspielte man die Chance, diese Bürger zu vorbehaltloser Mitarbeit im NS-Staat zu gewinnen."

Ein radikaler Lokalhistoriker Die angebliche Unfähigkeit der NSDAP, die katholischen Neusser in den Dienst der völkischen Sache zu stellen, hat der Oberstudienrat dieser wohl nicht verziehen. Deshalb zerreißt der Lokalhistoriker die Neusser Nazis mit dem vernichtenden Urteil, sie seien nicht fähig gewesen, "den national-konservativen und christlich-nationalen Kräften, insbesondere dem bewußt katholischen Teil der Neusser Bürgerschaft, volle Gleichberechtigung bei der Arbeit für die "Erneuerung" und den "Wiederaufstieg des Deutschen Reiches" zu gewähren"Müller will's besser machen. Er ist Kopf eines sog. "Bürgerforum Neuss- Ihre Alternative gegen grenzenlose Multikultur"; Kontakt: Manfred Müller, Rampenstr. 22, 41472 Neuss, TEL: 02131/465280 Laut eigenem Bekunden hat sich dieser Haufen mit dem spießig-klingenden Namen zur Aufgabe gesetzt, eine "Begegnungs- und Wahlmöglichkeit für die rechte Wählergemeinschaft" zu werden. Ziel ist, "die Zersplitterung oder auch Gegnerschaft der derzeitigen Rechtsgruppen (und Parteien) aufzuheben oder zumindest abzumildern."

Müller beobachtet völkisch im internen Mitteilungsblatt "BF-Rundschau Neuss" hetzt Müller gegen alles "Undeutsche". Von den Gefahren der "Mischehen" angefangen über die Unverfrorenheit der Neusser Caritas, einen Türken als Sozialarbeiter einzustellen (Überschrift: "Türken-Caritas") bis hin zu ewigen Warnungen

vor "Marxisten und Kommunisten", welche der Oberstudienrat sogar in den Reihen der Neusser CDU aufspürt und entlarvt. Bemerkenswert ist die Diskrepanz zwischen dem offen-klingendem Namen "Bürgerforum" und den internen Satzungsanweisungen. Dort heißt es nämlich: "Die Mitglieder werden gehalten, gegenüber Außenstehenden keinerlei Aussagen über Organisationen oder interne Angelegenheiten des Bürgerforums zu machen, es sei denn, es liegt eine ausdrückliche Genehmigung des Vorstands vor."

Ein Lehrer in den Fußstapfen unserer Ahnen

Düsseldorf, dessen Bürgermeister anlässlich der Lichterketten die Stadt als "weltoffen, tolerant und multikulturell" würdigte, lässt einen Oberstudienrat auf SchülerInnen los, der nicht nur als Drahtzieher im braunen Sumpf der Region wirkt, sondern auch überregional seine faschistoiden Stammtischparolen zum Besten gibt. Als regelmäßiger Autor in "Nation und Europa" lässt er sich beispielsweise unter der Überschrift: "Die Bürde der jungen Generation" über den "Kolonialstatus" der untergehenden deutschen Kulturnation aus, wobei er auch seine sexuellen Abneigungen ins Spiel bringt. Der Oberstudienrat empört sich über "die knutschenden Pärchen multirassischen Zuschnitts" an deutschen Schulen (in: Nation und Europa Aug/Sept. 1989). Welche Pein muß der Mann wohl auf dem Schulhof erdulden. Es wird die Aufgabe einer kritischen Öffentlichkeit in Düsseldorf sein, den Oberstudienrat von seiner Pein in der Schule zu befreien und anzuregen, daß er sich künftig stressfreier hinter verschlossenen Türen mehr mit sich selbst beschäftigen soll.

Brandanschlag in Garath?

In der Nacht zum 17. August '93 ist offensichtlich erneut ein Brandanschlag von FaschistInnen verübt worden. Ein leerstehender Container in der Obdachlosensiedlung an der Franz-List-Straße in Düsseldorf-Garath, welche vorher als Flüchtlingsunterkunft genutzt wurde, brannte vollständig aus. Mit gehörigem Schrecken konnten sich ein Mann mit seiner hochschwangeren Frau und eine Nachbarin mit zwei kleinen Kindern aus den Flammen retten. Die BewohnerInnen sind durch das Klirren von Fensterglas und einem dumpfen Knall aufgeschreckt worden. Brandstiftung wird von der Polizei nicht ausgeschlossen, wohl aber ein "politischer Hintergrund", da das Containerdorf nur noch von Obdachlosen bewohnt werde. Bestechende Logik!

Moderne Zeiten

Kurt Winter, Ex-Vorsitzender der REP-Abspaltung FWG (Freie Wählergemeinschaft), hat mit der Juni/Juli-Ausgabe die presserechtliche Verantwortung für das Fascho-Fanzine "Moderne Zeiten" (MZ) übernommen. Erstellt wird dieses monatlich erscheinene Blatt, das im März 1993die Nachfolge des "Ketzerblatts Frontal" angetreten hat, von Torsten Lemmer, Christian Eitel und Andreas Zehnsdorf.

IDT gänzlich in FWG Hand!

Nach einigem Hin und Her, Rück- und Austritten, bzw. Wiedereintritten, Gerangel um Vorstandspöstchen und anderer Vereinsmeierei ist ein Teil der "Interessengemeinschaft Düsseldorfer Taxifahrer e.V." nun endgültig zurückgetreten. Diese "Interessengemeinschaft" ist u.a. durch aktive Unterstützung bei Ständen der REPs und FWG aufgefallen. Der rechtsextremen FWG ist es gelungen, durch Unterwanderung Einfluß auf die IDT

Andreas Zehnsdorf

zu gewinnen. Durch die Austritte von drei Vorstandsmitgliedern (Vorstandsvorsitzender, Kassenwart und Schriftführer) ist die IDT endgültig zu einer Nebenorganisation der FWG degeneriert. Vier der übrigebliebenen Vorstandsmitgliedern sind in der FWG organisiert: Helmut Lumma, Wolfgang Rensch, Ewald Engel und Wolfgang Martin.

Israelische Touristen von Faschos überfallen ?

Am frühen Abend des 25.09.93 wurden ein 77 jähriger Mann und sein 17 jähriger Enkel im Düsseldorfer Stadtteil Eller von drei jungen Männern überfallen. Die beiden stiegen aus der Straßenbahn, wo es dann zu einer heftigen Auseinandersetzung kam und der ältere leicht verletzt wurde. Einer der Angreifer (22 J.) wurde später festgenommen. Wie so oft erklärte die Polizei dieses zu einer sogenannten "nicht fremdenfeindlichen Straftat".

Brandstiftung nicht auszuschließen !

In einem vorwiegend von ausländischen Menschen bewohnten Haus in Düsseldorf-Eller wurde am 27.09.93 in den Kellerräumen Feuer gelegt. Die BewohnerInnen konnten noch rechtzeitig ohne größere Verletzungen gerettet werden, drei erlitten eine Rauchvergiftung. Wie gehabt: Die Polizei geht bislang nicht von einer "fremdenfeindlichen Straftat" aus.

Razzia gegen Rechte

Seit ca. 2 Jahren trifft sich eine großteils aus Jugendlichen bestehende 20-köpfige Gruppe mehrmals in der Woche in Düsseldorf-Derendorf auf dem Frankenplatz. Aufkleber der "Deutschen Liga Für Volk und Heimat", FAP, DVU und der FWG sowie Sprühereien gehören seitdem zur Tagesordnung.Auf das Konto dieser Truppe gehen mehrere rechtsextreme Angriffe: Im Januar`92 wurde ein Mensch asiatischer Herkunft niedergetreten. Zwei Monate später folgte eine Schlägerei mit Punx. Im Dezember des selben Jahres kam es zu Ausschreitungen gegen linke Jugendliche. Am 23.01.93 wurden zwei AntifaschstInnen von 10 Mitgliedern dieser Truppe verfolgt und angepöbelt. Der Frau wurde in den Unterleib getreten. Die beiden konnten in die nahegelegende Polizeiwache flüchten. Die Polizeibeamten, aufmerksam geworden durch die "Sieg Heil" Rufe der Nazis, schickten zwei Streifen raus. Von den zehn wurden sechs festgenommen und eindeutig als Täter identifiziert, darunter auch derjenige, der der Frau in den Unterleib getreten hatte. Von den AntifaschistInnen wurde Anzeige wegen Körperverletzung erstattet, von der Polizei wegen Volksverhetzung. Die Gerichtsverhandlungen stehen noch aus. Nachdem in der Folgezeit der Frankenplatz gelegentlich antifaschistischen Besuch bekam, wechselten die Faschos ihren Treffpunkt.Im Juli `93 wurde dann ein Türke von zwei Skinheads mit einem Messer verletzt. Einen Monat später wurden Gräber des jüdischen Teil des Nordfriedhofs mit Hakenkreuzen u.a. geschändet.

Die Razzia:

In den frühen Morgenstunden des 19. 08.93 durchsuchte die Polizei 17 Wohnungen der Faschos. Dabei wurden u.a. eine Hakenkreuzarmbinde, ein Ehrendolch der Waffen-SS, ein Plakat der verbotenen "Nationalen Offensive", reichlich rechtsextremistisches Propagandamaterial und diverse Waffen gefunden. Bei vier Faschos wurden Kontakte zur DVU und FAP festgestellt. Mittlerweile schlägt auch das Jugenddezernat in Düsseldorf Alarm. Denn die FAP Agitatoren, die zum Teil für die " Freie Wählergemeinschaft Düsseldorf" arbeiteten, reorganisierten den aus den FWG-Strukturen bekannten "Jugendoppositionsstammtisch". Die Razzia scheint sie in ihrer Aufbauarbeit auch nicht sonderlich gestört zu haben. Ende September gehörten einschlägige Aufkleber schon wieder zum Stadtteilbild.

Petritsch verurteilt

Die rechte Skinband "Störkraft" gerät nicht aus den Schlagzeilen. Nach einem Konzert am 3.10.91 in Cottbus und am 20.6.93 in Bremen ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen den 24jährigen Großhandelskaufmann und Sänger Jörg Petritsch wegen Volksverhetzung und Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz. Als Bandmitglied hatte er mit Hitlergruß und "Sieg-Heil"-Gebrülle seine Gesinnung dokumentiert. Das Amtsgericht Mayen (Rheinland-Pfalz) verurteilte ihn zu zwei Jahren Haft auf Bewährung. Die Staatsanwaltschaft will in Berufung gehen, da ihr das

Düsseldorf

Urteil zu milde erscheint. Sie hatte ursprünglich eine Haftstrafe von 24 Monaten ohne Bewährung gefordert.

Prozesse gegen Düsseldorfer AntifaschistInnen

Einige Antifa-Leute aus Düsseldorf haben in nächster Zeit diversen "Ärger" zu erwarten. Was ist passiert?

1.) Am 30.05.92 wollten die REPs in Bonn-Bad-Godesberg eine Kundgebung durchführen. Anlaß: "Bomber Harris". 150 AntifaschistInnen wollten dem nicht tatenlos zusehen. Auf dem Weg vom Treffpunkt zum geplanten Kundgebungsort kam es zu ersten Kontakten mit der Polizei. Einer der netten Herren in Grün nutzte diese Gelegenheit, seine Männlichkeit durch brutales Eintreten auf einen wehrlos am Boden liegenden Antifaschisten zu demonstrieren. Zwei Demonstrationsteilnehmern aus Düsseldorf wird seitdem "versuchte Gefangenenbefreiung " und "Widerstand gegen die Staatsgewalt" vorgeworfen. Beide haben erst nach eigenartig langer Zeit einen Strafbefeht über 1000,- DM erhalten. Nun kommt es demnächst zur Gerichtsverhandlung beim Bonner Amtsgericht.

2.) Blockade des Bundestags am Tag X.

Gegen eine Düsseldorfer Antifaschistin wird z.Zt. wegen "Verdacht des Landfriedensbruch" ermittelt. Hintergrund dieser Ermittlungen ist die Blockade des Bundestages am 26.05.93, bei der sie beteiligt gewesen sein soll. Im Verlauf der Blockade sollen mehrere Bundestagsabgeordnete tatkräftig daran gehindert worden sein, die Bannmeile zu betreten um dort ihre Schreibtischtäterschaft zu verrichten.

3.) Im März dieses Jahres beteiligten sich ca. 30 Antifa-Leute an einer Blockade eines REP-Standes in der Düsseldorfer Innenstadt. Der Einsatzleiter der anrückenden Polizei, Stüttgen, ließ es sich nicht nehmen, als Handlanger der REPs in Erscheinung zu treten und drei von den REPs ausgewählte AntifaschistInnen vorübergehend festzunehmen. Bei der Hetzjagd auf die Beschuldigten wurde eine unbeteiligte Frau "zu Boden gerissen". Da diese trotz minutenlanger Überredungsversuche durch die Polizei keine Anzeige erstatten wollte, leitete die Polizei selbst ein Verfahren gegen zwei der Festgenommenen ein. Vorwurf: Sachbeschädigung und Körperverletzung.

Das dies nur der Anfang für eine zunehmende Kriminalisierung der Düsseldorfer Antifa ist, zeigt die Ankündigung des stellvertretenen Leiters der "Sonderermittlungsgruppe fremdenfeindliche Straftaten" in Düsseldorf, Kulikowski. Die Sonderermittlungsgruppe (!) werde in Zukunft verstärkt ein Auge auf die Antifa werfen, wußte er mitzuteilen. Frei nach dem Motto: Der Feind steht links. Eine Umbenennung in "Sonderermittlungstruppe faschistenfeindliche Aktivitäten" wäre da wohl durchaus in Erwägung zu ziehen.

Dortmund

Dortmund

Eigentlich wurde im Sommerloch alles nur besser und freundlicher hier bei uns in Dortmund. Ja, die Flüchtlinge, die jetzt bei uns im Sammellager in den ehemaligen Kasernen der britischen Rheinarmee leben, die sind fröhlicher geworden angesichts des ganzen Komforts. Die Politiker lächeln dank der Widerlegung des historischen Gesetzes "Die Geschichte ist einmalig". Nein, Sammellager gibt es immer wieder! Und da sind ja noch die Funktionäre der AWO, die einerseits sich gegen den Rassismus empören und andererseits prima am menschlichen Leid verdienen. Ja auch sie lächeln glücklich in die Linsen der FotografInnen. Die zahlreichen Initiativen gegen "Gewalt" und AusländerInnenfeindlichkeit wurden gekrönt von der Aktion der Auszubildenden der Dresdener Bank. Unter dem schwachsinnigen Motto "Mit Krawatten gegen Ausländerfeindlichkeit" sammelten sie Sachspenden für Flüchtlinge. Hatten doch auch ihre Chefs erkannt, daß mit zuviel Blut in den Schlagzeilen keine sonst üblichen Profitsteigerungen zu erreichen sind.

"So kämpft ein richtiger Deutscher"

Mit diesen Worten stach am 21.November 1992 ein in der rechten Szene bekannter 21jähriger einen deutschen Discobesucher mit einem Kampfmesser nieder. Er hatte sich über eine Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen und einem Türken erregt, die für ihn zu harmlos endete. Die

Staatsanwaltschaft Dortmund erhob nun, neun Monate nach der Tat, Anklage gegen ihn.

"Kaugummis verführen die Jugend"

Bereits im letzten Städtebericht Dortmund berichteten wir über den 57jährigen hessischen Rep-Vize Bernhard Klyscz, der seit zwanzig Jahren als Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Dortmunder Fachhochschule tätig ist. Nach wiederholten Berichten über seine faschistischen bis schwachsinnigen Äußerungen (siehe Überschrift), zuletzt sogar im Stern (19.08.), reagiert das FH Kollegium nun endlich. Neben Distanzierungen wagt mensch doch sogar den Schritt, daß Klyscz ab dem kommenden Wintersemester 1993/94 keine Erstsemester mehr unterrichten darf!!!

Christian Sennlaub is back in town

Ende Juli war es dann soweit. Das in unserer Nr. 2 angekündigte Mahlen der Justizmühlen gegen den NO und HNG Funktionär Christian Sennlaub verpuffte gänzlich. Die Anklage, Bildung einer kriminellen Vereinigung, blieb bestehen, jedoch, so der zuständige Richter: ".. besteht keine Fluchtgefahr", sprach's - entließ ihn aus der Untersuchungshaft - und nahm ihm den Paß ab.

3600 DM Strafe für 2000 Unterschriften

Für Siegfried Borchardt kam es am 21.Juli zu einem Wiedersehen mit der Dortmunder Justiz. Zur Zeit ist der Landesvorsitzende der FAP in NRW und stellv. Bundesvorsitzende ja nur noch in "Fünfneuland" aktiv. Nun mußte er sich wegen Wählertäuschung und Urkundenfälschung verantworten. Hatte er sich doch im Jahre 1989 in einem Duisburger Durchgangswohnheim als Stadtbediensteter ausgegeben und dort bei den AusiedlerInnen Unterschriften für die Wahlzulassung der FAP kassiert.

Manch einer besorgt es sich halt selbst....

Mit einem Bauchschuß ließ sich am 29.September ein 27jähriger Dortmunder von seinem Freund ins Krankenhaus bringen. Den Ärzten und der Kripo gegenüber erklärte er, daß sich beim Reinigen seines Luftgewehres ein Schuß gelöst habe. Bei der Operation wurde dann die Kugel entfernt. Eine Hausdurchsuchung der Kripo ergab neben dem Luftgewehr sechs weitere Waffen, Waffenteile, scharfe Munition sowie eine Hakenkreuzfahne.

Dortmund

Die Polizei

Wessen Freund ? Wessen Helfer?

Wir berichteten in der letzten Ausgabe über den Brandanschlag in Hattingen und wie die Opfer zu Tätern gestempelt wurden. Während es der Familie, vor allem der beschuldigten Frau sehr schlecht geht, legt sich in Hattingen die Decke des Schweigens über alles. Kurze Aufregung gab es noch mal, als sich die Essener Staatsanwaltschaft durch die Intervention des Anwalts der Familie gezwungen sah, die Ermittlungen gegen Fremdtäter wieder aufzunehmen. Heftig nahmen sich daraufhin diejenigen Lokalmatadore und städtischen Angestellten (wie z.B. der selbsternannte Ausländerbeauftragte Herr Sager) gegenseitig in Schutz, die mit widersprüchlichem Beweismaterial der Essener Staatsanwaltschaft an die ôffentlichkeit gegangen waren und so den Verdacht der Brandstiftung seitens der Mutter forcierten.

Wir berichteten weiter, daß die türkische Familie der Polizei vorwarf, die Mutter zwecks eines Geständnisses unter Druck gesetzt zu haben. Unser Artikel endete mit dem frommen Wunsch, das der braune Sumpf von Hattingen ausgetrocknet werden soll. Wieviel, bzw. wie wenig die Polizei dazu beiträgt sei hier kurz geschildert: Nach dem Brandanschlag wurde in der WAZ/WR verîffentlicht, daß zur Tatzeit drei junge Männer dort gesehen worden seien. Einer davon, ca 20 Jahre alt, groß, blond und mit ausrasierten Zeichen im Nacken. Nach diesen dreien wurde gefahndet. Hinweise aus der Bevîlkerung gingen ein. Auch folgender. Der besagte junge Mann würde in der bekannten Faschistenkneipe Rost an der Hattingerstr. verkehren. Der Wirt, Herr Sythoff, wohnhaft Castroper Str. 38, bewirtet dort gerne braune Zechkumpane. Auch stellt er seine Räumlichkeiten vorwiegend wochenends Gleichgesinnten,

Hattingen

Hattingen

darunter auch seiner eigenen Partei, den Republikanern, zur Verfügung. Die Polizei ging nun folgendermaßen vor. Ein kurzes Gespräch mit Herrn Sythoff. Nein, er kenne solch eine Person nicht. Aber der REP-Kreisvorsitzende Wilfried Maehler, wohnhaft Hülsberg 50, könne da doch vielleicht behilflich sein. Konnte dieser leider nicht. So versicherte er persönlich am 14.6. am Telefon dem Beamten. Er hätte Bekannte und Parteifreunde befragt, obendrein als Stammkunde von Rost sei ihm nie ein solcher Mann aufgefallen. Natürlich würde er sich melden, wenn er etwas Sachdienliches der Polizei zu berichten hätte. Der Polizeibeamte war sichtlich angetan von Herr Maehler und lobte im nachhinein dessen Kooperationsbereitschaft. Und hier endet die Spur mit einem lapidaren Satz der Polizei:"weitere Maßnahmen sind nicht erforderlich".

Nun stelle sich unsereins einen Unfall mit Fahrerflucht vor. Die Polizei erscheint beim Fahrzeughalter und schließt die Akte, nachdem dieser von sich gibt, er wüsse nicht, wer am besagten Tag das Auto fuhr. Oder anders. Kommt der Bauer zum Wolf und fragt, ob dieser den flüchtigen Fuchs gesehen hätte. Diese Polizei scheint nicht gewillt zu sein, die Täter von Hattingen zu fassen; neigt aber eher dazu, mit Androhungen gegen die Opfer des Anschlags, aus Opfern Täter machen zu wollen. Die Polizei - wessen Freund, wessen Helfer?

Münster

Harte Strafe für Anschlag

Zwei Männer, die am Ostersonntag 1993 versucht hatten, ein Flüchtlingsheim in Brand zu setzen, wurden jeweils zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt. Die beiden 23- und 27-jährigen Täter zogen mit sieben selbst hergestellten Molotow-Coctails zu dem Haus, in dem sich zur gleichen Zeit 53 Menschen aufhielten. Die Flüchtlinge überwältigten die beiden, bevor sie einen Brandsatz werfen konnten. Die Anklagepunkte lauteten "gemeinschaftlicher versuchter Mord" und "schwere Brandstiftung". Das Gericht hielt den beiden eine alkoholbedingte verminderte Schuldfähigkeit und ihre "einfach strukturierte Persönlichkeit" zugute.

Mord aufgeklärt

Der im Juni begangene Mord an dem Kurden Abdi Atalan gilt als aufgeklärt. Es wurden kurdische und polnische Staatsbürger verhaftet. Motiv soll eine Familienfehde aus den 80er Jahren gewessen sein.

Kemper veruteilt

Erhard Kemper, ehemals FAP-Landesvorsitzender, wurde von dem LG Münster zu einer Haftstrafe von einem Jahr ohne Bewährung verurteilt. Angeklagt war Kemper wegen der Beleidugung der jüdischen Bevölkerung. Der 64jährige Angeklagte hatte versucht, einem Strafgefangenen ein Schriftstück zukommen zu lassen, in dem die Vernichtung von Juden in Konzentrationslagern geleugnet wird. Bereits im März war Kemper wegen Beleidigung zu einer Haftstrafe von 10 Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Gegen das Urteil wurde von beiden Seiten Berufung eingelegt.

"Erhard Kemper"

VS-Anwerbeversuch gescheitert

Am 16. Juni wurde ein Mitglied der "Initiative gegen Rechts" aus Ahaus im Münsterland von zwei Beamten des Landesamtes für Verfassungsschutz angesprochen. Die VSler waren an Informationen über die autonome und Antifa-Szene interessiert. Nach einem kurzen Gespräch wurde ein Termin vereinbart. Der betroffene Antifaschist wandte sich an Freunde und einen bekannten Journalisten, die dazu rieten, das Treffen mit möglichst viel ôffentlichkeit platzen zu lassen. Die VS-Beamten erschienen aber zu dem abgemachten Termin nicht, lediglich das Umfeld des Treffpunktes wurde offensichtlich observiert.

Duisburg: Prozeß wegen Tötung

Im Prozeß gegn zwei 21jährige Männer, die einen 55jährigen Türken mit einer Scheinhinrichtung zu Tode erschreckt hatten, wurde das Urteil gesprochen: für beide Täter jeweils vier Jahre Haft. Begründet wurde das Urteil mit der menschenverachtenden Einstellung der beiden. Sie hatten an einer Bushaltestelle in Mühlheim Streit mit dem türkischen Mann angefangen, ihn beschimpft und ihm eine Gaspistole an den Kopf gestzt. Als sie die ungeladene Pistole mehrfach abdrückten, erlitt der Türke einen Herzinfarkt und starb noch am Tatort.

Duisburg: Kühnemann erwirkt Prozeßeinstellung

Der Prozeß gegen den ehemaligen SS-Unterscharführer Kühnemann (74) muß vorläufig eingestellt werden. Kühnemann ist unter anderem wegen der Ermordung von sechs jüdischen Häftlingen im KZ Auschwitz vor Gericht. Er ist krankheitsbedingt verhandlungsunfähig, weigert sich aber, sich einer Ballonkatheterbehandlung zu unterziehen, durch die seine Verhandlungsfähigkeit wieder hergestellt werden könnte. Aus diesem Grund entschied das LG Duisburg, die Verhandlung auch ohne ihn fortzusetzen. Das BVG kam dagegen zu der Einschätzung, daß dem ehemaligen SS-Mann diese Behandlung nicht zugemutet werden könne und hob das Urteil wieder auf.

Krefeld: Antifa-Bündnis gegen Nazi-Zeitungen

In Krefeld zeigte die von der bundesweiten antifaschistischen Jugendorganisation"Edelweißpiraten"initiierte Kampagne "Stoppt Nazi-Zeitungen" Wirkung. Bereits 30 Händler haben den Verkauf von Freys Propagandablättern, der Jungen Freiheit oder der Deutschen Stimme eingestellt. Am 16. und 23. April berichtete die Frey Presse über die Aktivitäten der "Krefelder Koordination gegen Faschismus und Rassismus" unter dem Titel "Linke Boykotthetze abwehren. Darüberhinaus erstattete Frey gegen das Krefelder Stadtmagazin "Stadtkultur" Anzeige, nachdem dort über die Kampagne berichtet wurde. Frey läßt sich übrigens von Nazi-Anwalt Jürgen Rieger in dieser Frage vertreten. Die Krefelder Antifa-Leute arbeiten jetzt an der Erstellung einer "Positiv-Liste", d.h. alle Verkaufsstellen, die ausdrücklich keine rechtsextreme Literatur mehr vertreiben sollen in einer Anzeige in der lokalen Presse aufgeführt werden.



Neuss: Prozeß gegen Solinger Nazis

Lediglich vor dem Neusser Amtsgericht (verhandelt werden dort nur Strafsachen bis maximal drei Jahre Haft) findet zur Zeit ein Prozeß um die Tötung des zwanzigjährigen Sahin Calisir statt.

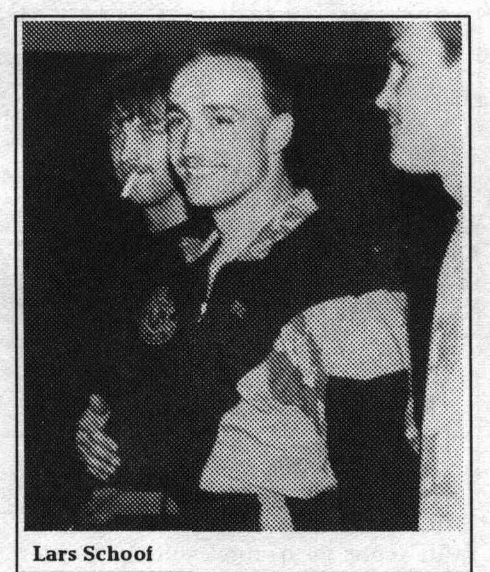
Der Türke war in der Nacht des 27.12.92 über die Fahrbahn der A 57 bei Neuss geflüchtet und von einem vorbeifahrenden PKW erfaßt worden. Sahin starb noch an der Unfallstelle.

Zuvor war sein Fiat, in dem noch zwei weitere türkische Freunde saßen, von einem gelben *Golf* massiv bedrängt worden. Zwei Rammversuche scheiterten, und nachdem der Fiat in den Mittelleitplanken landete, lief Sahin los.

Der Fahrer des Golfs, der 23jährige Solinger Klaus Everts beteuert seine Unschuld. Alles sei auf "eine Kette unglücklicher Mißverständnisse" zurückzuführen und im übrigen hätte er "nichts gegen Ausländer". Seine jüngste Vergangenheit spricht allerdings eine andere Sprache: als mehrfach vorbestrafter Hooligan-Schläger in der Fortuna-Düsseldorf-Szene und Freund des in der Tatnacht mitbeteilgten Lars Schoof waren beide Mitglieder der rechtsradikalen Solinger Kampfsportschule "Hak Pao", die nicht erst seit dem Solinger Brandanschlag in den Blickpunkt der öffentlichkeit geraten ist. Beide arbeiteten als Saalschutz für die "Deutsche Liga".

Rechtsanwalt Kirchner, der Klaus Everts vertritt, versucht seit Anfang

Niederrhein


Lars Schoof

des Prozesses, den gesamten Tathergang auf die Ebene eines reinen Verkehrsdeliktes zu ziehen.

Everts wurde zu 15 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, daß nach einer Verfolgungsjagd über mehrere Kilometer schon anzunehmen sei, daß das Auto absichtlich in den anderen Wagen gesteuert worden sei, nahm aber zu Gunsten des Angeklagten an, daß das Ausmaß und die Folgen des Unfalls von dem Angeklagten nicht in Kauf genommen worden sind. Auch einen politischen Hintergrund blendete das Gericht aus.

Wegberg: Anschlag

Abfang August wurde das Haus einer marokkanischen Familie zum dritten Mal innerhalb von zwei Monaten angezündet. In den Kellerschacht wurde eine brennbare Flüssigkeit gegossen und angezündet. Ende des Monats fand der vierte Brandanschlag auf dieses Haus statt. Die Staatsanwaltschaft geht von einer Familienfehde aus.

Ostwestfalen

Zusammenschluß von Antifa und Moskautreuen Truppen endlich gelungen

Im Folgenden ein kleiner Bericht der GFP Zeitung "Das freie Forum" über eine Verhinderungsaktion von OWL - Antifa Gruppen.

"Als am 22.04.1993 um 19.30 Uhr eine kleine Anzahl von interessierten älteren Menschen den Vortrag eines Volksdeutschen über die heutigen Verhältnisse im Sudetenland hören wollte, standen sie zwar nicht vor verschlossenen Türen, jedoch vor einer Kette von SS-ähnlich schwarz uniformierten, aber im Gegensatz zu letzteren vermummten jungen Leuten. Jeder der das öffentliche Restaurant - und sei es auch nur zum Essen-betreten wollte, wurde fotografiert, am Betreten köperlich gehindert, und es wurden die Kfz-Kennzeichen der ankommenden Fahrzeuge notiert.... An den Gesetzen vorbei wurde moralisch gelyncht, diskrminiert, und die meist älteren Besucher wurdem einem Gesinnungsterror unterzogen. Dem der mit seinem Wagen fortfuhr, folgte ganz "zufällig" ein anderes Fahrzeug für eine Weile. Alles geschah unter den Augen der untätigen Polizei.... Da die Veranstalter das Feld längst eine Weile. Alles geschah unter den Augen der untätigen Polizei.... Da die Veranstalter das Feld längst geräumt hatten und der Vortrag nicht mehr stattfinden konnte, war klar, daß die weitere Blockade des Lokals als Disziplinierung des Wirtes gedacht war.... so wie dies der ANC mit seinen Halskrausen auf afrikanische Art praktiziert oder wie die kurdische PKK ihre kurdischen Asylbewerber in Deutschland finanziell erpreßt...Hier kommt der Vergleich ins Spiel: Schwarze Barette, OMON-Truppen des kommunistischen Innenministeriums in Moskau oder auch deren deutsche Ableger: die Rote Armee Fraktion, die Autonomen und Antifas: Sie haben alle die gleiche fundamentalistischen Hintergründe, illegalen Praktiken und unterscheiden sich nur graduell....Was bei dem Detmolder Vorgang neu war, war, daß diese Leute ihre Gewalt mit einer gewissen Freundlichkeit durchsetzten... So kam auch der Humor nicht zu kurz. Trotzdem war ganz eindeutig zu erkennen, daß die etwa 80 jungen Leute ganz fest geführt wurden. Ihr Ober-Häuptling erinnerte ein wenig an den vorderen Orient, war zivil gekleidet, trug aber das Antifa Emblem auf dem Ärmel wie viele der anderen und behielt den Durchblick... Der, politisch gesehen, recht unbedeutende Vortrag, der hier gesprengt wurde, läßt System befürchten.Wenn

alle mit Deutschtum und Heimat befaßten Vorträge in Deutschland systematisch gestört, die Besucher fotografiert und deren Autokennzeichen notiert werden, kann bei zentraler Auswertung eine beispiellose Hexenjagd beginnen."

Na denn man los.

Noch mehr Merkwürdiges

Nach der Verhinderung eines Treffens der Goden (einer völkisch religiösen Sekte mit nicht nur Inhaltlich guten Verbindungen zur Nazi-Szene) am 28.08 in Horn Bad Meinberg - nahe der Externsteine - bekam der Anmelder der 2., für den Sonntag geplanten Kundgebung einen Brief von Dr.F.Ventker, dem 1.Vorsitzenden des Bundes der Goden.

"...wenn ich richtig informiert bin,sind sie der Anführer der Antifa Gruppe Horn,die mit zu einem Protest gegen uns Goden aufgerufen haben.... Haben sie sich mit "Schlägertrupps" in Verbindung gesetzt? Denn um eine "friedliche" Demonstration hätten wir uns nicht gekümmert, aber nach reichlicher Erfahrung sind Zerstörungen, Demolierungen damit verbunden, als ob man Geisteshaltungen damit bekämpfen könne!... Anbei ein Freiumschlag, sodaß ich in einigen Tagen Ihre Antwort erwarten kann...."

Dr. (?) August Ventker trat vom 17-22.05.93 zusammen mit Thies Christophersen, Roland Bohlinger, Claudia Brüning,Udo Walendy, Manfred Roeder usw. als Referent auf den Nordischen Dichtertagen auf.

2 1/2 Jahre Haft für MG Diebstahl

Wegen Diebstahls, Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und Waffen gesetz hat die Jugendstrafkammer des Paderborner Landgerichtes Dieter H. zu 2 1/2 und seinen Kameraden Holger F. zu 15 Monaten verurteilt. Die beiden hatten auf dem Truppenübungsplatz Sennelager ein Maschinengewehr und bei einem späteren Einbruch Jagdwaffen und Munition gestohlen. Einige Waffen tauchten später in Berlin wieder auf. In der Wohnung von Dieter H. wurden bei einer Haussuchung die Reichskriegsflagge und eine Urkunde zum "SS-Unterscharführer" gefunden.Ihm können auch Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen nachgewiesen werden.

Traueranzeige zum Tode des Screwdriver-Sängers und "Blood and Honour"-Chefs Ian Stuart in der Neuen Westfälischen vom 02.10.93

Menschen sterben, Vieh stirbt,
nur glorreiche Taten leben
für immer weiter! (Edda)

R. I. P.

Ian Stuart

see you in Valhalla.

Bernd Stehmann
sowie seine Freunde aus Ostwestfalen-Lippe

10739500

Kein Kommentar

Prozeß wegen Schüssen auf Aussiedler

In der Sylvesternacht 1992/1993 schossen drei Männer mit einem Winchester-Gewehr gezielt auf zwei Aussiedlerheime. Mehrere Geschosse pfiffen den russischen Bewohnern knapp über die Köpfe - der Umstand, daß sie zur Tatzeit um einen Tisch saßen, rettete ihnen das Leben. Die 32- bis 38jährigen Täter zielten dabei laut Anklage auf die erleuchteten Fenster und nahmen somit den Tod von Bewohnern in Kauf. Die Angeklagten selbst sahen die Anschuldigungen jedoch grundlegend anders: nach reichlich Alkoholgenuß hätte man sich in "Sylvesterlaune" auf Schüsse auf eine Straßenbahn verständigt. Dabei hätten sich mehrere Kugeln in Richtung Aussiedlerwohnheim verirrt.

Feuer in Heim

Ende August sind bei einem Brand in einem Flüchtlings- und Obdachlosenheim vier Bewohner verletzt worden. Sie erlitten Rauchvergiftungen. Laut Polizeibericht brach in dem von 100 Personen bewohnten Haus kurz nach Mitternacht das Feuer aus. Die Brandursache war unklar, ein rechtsradikaler Hintergrund konnte aber nicht ausgeschloßen werden

Stacheldrahtlager für Flüchtlinge

Abschiebeknäste in Wuppertal in Betrieb genommen

In kurzer Folge bescherte die Landesregierung NRW der Stadt Wuppertal gleich zwei Haftanstalten für Abschiebehäftlinge.

Die erste befindet sich in der früheren Justizvollzugsanstalt am Sedansberg in Wuppertal-Barmen und hat 66 Plätze. Weichen mußte ausgerechnet eine Haftanstalt, in der Gefangene im offenen Vollzug untergebracht waren. Der zweite Abschiebeknast liegt auf dem Gelände der Wuppertaler Bereitschaftspolizei auf den Südhöhen der Stadt. 200 Abschiebehäftlinge sollen hier in von Stacheldraht umzäunten Containern festgehalten werden, bis sie aus dem Land geschafft werden können. Das Lager sieht aus wie eine Festung, die im Viereck aufgestellten Container mit gemeinsamen Innenhof sind von einem nackten Asphaltstreifen mit hohem Zaun und peitschenförmigen Lampen umgeben. In unmittelbarer Nachbarschaft werden PolizeischülerInnen ausgebildet.

Seit 1992 ist die Landesregierung dabei, flächendeckend in ganz NRW Abschiebehaftanstalten zu errichten. Solche Anstalten gibt es mittlerweile in Gütersloh, Herne, Coesfeld, Aachen und Neuss. Der lagerartige Komplex auf dem Wuppertaler Lichtscheid ist in den Planungen der Landesregierung nur als Provisorium vorgesehen, Anfang 1994 soll er durch eine Abschiebehaftanstalt mit 450 Plätzen in Büren bei Paderborn ersetzt werden. Zur Wahl der Stadt Wuppertal als Abschiebestadt Nummer Eins in NRW dürfte wohl die flüchtlingsfeindliche Kommunalpolitik beigetragen haben. Die Wuppertaler SPD spielte beispielsweise mit der Vergabe von Einkaufsgutscheinen anstelle von Bargeld für Flüchtlinge mit Anspruch auf Sozialhilfe in den letzten Jahren eine Vorreiterrolle in Sachen Abschreckkungspolitik. Fallengelassen wurde angesichts sinkender Zahlen von Asylanträgen der Plan für ein Aufnahmelager in einer freiwerdenden Kaserne in Wuppertal. Abschieben statt aufnehmen heißt es nun in Wuppertal.

Bislang wurden Flüchtlinge oder ImmigrantInnen, die in Abschiebehaft genommen wurden, gemeinsam mit andern Häftlingen in gewöhnlichen Gefängnissen untergebracht. Die Landesregierung begründet die Errichtung spezieller Knäste zur Abschiebung mit der Überfüllung der Justiz-Vollzugsanstalten des Landes. Zurückzuführen ist die übermäßige Belegung der Justizvolzugsanstalten unter anderem darauf, daß Drogenabhängige wie Verbrecher behandelt werde, nicht wie Kranke.

Auffällig ist, daß trotz zurückgehender Zahlen bei den AsylbewerberInnen der Bedarf für Abschiebhaftanstalten steigt und nach den Planungen der Landesregierung weiter zunehmen wird. Befanden sich vor einiger Zeit noch um 100 Personen in Abschiebehaft in NRW-Gefängnissen, so wurden im Juli dieses Jahres bereits 600 Menschen zur Abschiebung aus NRW festgehalten. Bis Ende des Jahres sollen 1.100 Plätze notwendig sein. Langfristig sind 2.000 Pritschen speziell für Flüchtlinge angepeilt.

Für den steigenden Bedarf an Zellen zur Inhaftierung von Flüchtlingen ist eine verschärfte Ausweisungspraxis der Ausländerämter verantwortlich, die seit dem Inkrafttreten des drastisch eingeschränkten Asylrechts zu beobachten ist. Zurückgehende Zahlen von Asylanträgen bedeuten nicht, daß wesentlich weniger Menschen in das Land kommen. Flüchtlinge suchen nach der Änderung des Grundgesetzes vermutlich vielfach von vorne herein den Weg in die Illegalität, ohne jemals einen Asylantrag zu stellen.

Ausländerämter gehen bei der Beantragung von Abschiebehaft äußerst rigride vor. Nach Beendigung des Asylverfahrens wird Flüchtlingen oftmals Fluchtgefahr unterstellt. Auch werden Flüchtlinge aufgrund vergleichsweise harmloser Vergehen wie Ladendiebstahl in Abschiebehaft genommen. Das neue Asylbewerberleistungsgesetz, gleichzeitig mit der Änderung des Grundgesetzes vom Bundestag verabschiedet, sieht bei der Gewährung von Sozialhilfe an Flüchtlinge neben Gemeinschaftsverpflegung oder Einkaufsgutscheinen maximal 80 DM Bargeld pro Monat vor, also weniger als 20 DM in der Woche. Bei so wenig Bargeld ist es kaum verwunderlich, daß Flüchtlinge

Seit Auffällig ist, daß trotz zurückgehender Zahlen bei den AsylbewerberInnen der Bedarf für Abschiebehaftanstalten steigt und nach den Planungen in Einzelfällen Ladendiebstähle begehen.

Auf einem landesweiten Initiativentreffen Ende August wurde über die Praxis von AusländerInnenämtern aus dem Bereich nördlich von Dortmund und dem Raum Münster berichtet, die die Anordnung von Abschiebehaft beim Haftrichter nicht nur mit illegalem Aufenthalt begründen, sondern zusätzlich mit Vermutungen über angeblich begangene Straftaten. Nachfragen bei der Staatsanwaltschaft ergaben, daß in diesen Fällen nicht einmal eine Anzeige vorlag, geschweige denn eine Verurteilung. Der Verdacht auf angebliche Straftaten reicht aber oft schon aus, so ein Mitglied der Landtagsfraktion der Grünen, um den Haftrichter zur Anordnung von Abschiebehaft zu motivieren.

Neben 18 Justizangehörigen werden etwa 30 Beschäftigte eines privaten Wachdienstes aus Essen in der Abschiebehaftanstalt auf dem Wuppertaler Lichtscheid Dienst tun. Justizminister Krumsiek soll diesen Wachdienst besonders sorgfältig ausgewählt haben. Eine spezielle Schulung für den Umgang mit Abschiebehäftlingen, die wegen ihrer verzweifelten Situation unter hohem psychischen Druck stehen, erhalten die schwarzen Sheriffs nicht. BeamtInnen werden nicht eingesetzt, vermutlich um Geld zu sparen. Aus der Abschiebehaftanstalt Gütersloh wurde der Selbstmordversuch eines jungen Mädchens bekannt. In Herne gab es mehrfach Hungerstreiks von Abschiebehäftlingen, die so gegen ihre Abschiebung protestieren wollten. Eine Gruppe von Häftlingen verbarrikadierte sich in ihrer Zelle, um auf die miesen Zustände in der Haftanstalt aufmerksam zu machen.

Bereits Mitte Mai wandte sich die Gruppe mit einem Hilferuf an die Öffentlichkeit: "Sie haben uns geschlagen und mit sehr, sehr schlimmen Worten beschimpft...Wir bitten um ihre Hilfe". Die Rechtsanwältin eines der betroffenen Flüchtlings berichtete, daß ihr Mandant unter anderem mit Handschellen an seine Pritsche gefesselt wurde. Bei einem Besuch sah sie an seinem Oberkörper die Spuren von Schlägen. Das Düsseldorfer Justizministerium rechtfertigt die Mißhandlungen mit dem Widerstand der Flüchtlinge. Dem Arbeitskreis gegen den Abschiebeknast in Herne liegen Briefe von weiteren Flüchtlingen vor, in denen ebenfalls von Mißhandlungen die Rede ist.

Kritik an der Einrichtung der Abschiebehaftanstalt auf dem Gelände der Wuppertaler Bereitschaftspolizei kam von der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Auf dem Gelände werden Jugendliche und junge Erwachsene zu Polizisten ausgebildet. Neben der Sporthalle, in der sie trainieren, befindet sich das von Stacheldraht umgebene Lager. Die geplante Auflösung des Lagers Anfang des kommenden Jahres dürfte aber nicht nur im Sinne der GdP sein. Durch die Nähe zur Stadt Wuppertal, wo etliche Initiativen sich mit der Situation und Unterstützung von Flüchtlingen befassen, dürfte einiges an Informationen über die Situation der Abschiebehäftlinge an die Öffentlichkeit dringen, sicher keine gute Werbung für die Flücht-



lingspolitik der großen Parteien. Nach dem Suizidversuch des jungen Mädchens im Güterloher Abschiebeknast wurde nicht einmal die Polizei informiert, was in solchen Fällen eigentlich üblich ist.

Kurzmeldungen

Prozeß gegen Todesschützen

Am späten Sylvesterabend 1992 ereignete sich eine tödliche Auseinandersetzung in der städtischen Notunterkunft Hilgershöhe. Ein 43-jähriger Großhandelskaufmann, der wegen hoher Verschuldung dort untergekommen war, beschwerte sich heftig über Knallkörper, die in den Hausflur geworfen wurden. Um seinem Protest besonderen Ausdruck zu verleihen, feuerte er zwei Platzpatronen aus einem Kleinkalibergewehr in die Dunkelheit. Kurze Zeit später versuchte eine Gruppe Jugendlicher, seine Haustür einzutreten, um ihn für die Schüsse zur Rechenschaft zu ziehen. Durch Rufe wie "Du Nazischwein, wir machen dich platt" in Panik geraten, feuerte der 43jährige - diesmal mit scharfer Munition - in Brusthöhe durch die geschlossene Tür und traf einen 21jährigen Mitbewohner tödlich.

100 Polizeibeamte mußten anschließend einen Lynchversuch verhindern und den Schützen samt Ehefrau über den Balkon in Sicherheit bringen.

Besonderes Augenmerk erhielt der Fall dadurch, daß der Kaufmann nicht nur durch seine Lebensgeschichte aus dem Rahmen fiel, sondern auch für seine markigen Worte für Recht und Ordnung bekannt war. Einmal hisste er sogar die Reichskriegsflagge an seiner Parabolantenne. Der Prozeß endete mit Freispruch, da das Gericht dem Todesschützen Notwehr zugestand. Zahlreiche Zuhörer von der Hilgershöhe forderten noch im Verhandlungssaal lautstark Rache.

Über den jetzigen Aufenthaltsort des Angeklagten ist bis heute nichts bekannt.

Rassistische Übergriffe

Eine Gruppe von 11 Jugendlichen versammelte sich am 8. September vor einem von AusländerInnen und Deutschen bewohnten Mehrfamilienhaus, riefen ausländerfeindliche Parolen und warfen mit Eiern. Ein zehnjähriges Kind wurde dabei leicht verletzt. Die Jugendlichen stammten alle aus der unmittelbaren Nachbarschaft. Die Staatsanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren ein.

Mitte September warfen mehrere Jugendliche Steine gegen ein Wuppertaler AsylbewerberInnenheim. Dabei wurden zwei Scheiben beschädigt. Drei Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren wurden festgenommen.

Schwarze Frau angegriffen

Als in der Nacht zum 1. Oktober eine Schwarze Frau zusammen mit ihrer Freundin die Straße überqueren wollte, versuchte ein Mercedesfahrer sie anzufahren. In dem darauffolgenden Wortgefecht beschimpfte der Fahrer die Frau unter anderem als "Lakritzstange", was die Auseinandersetzung weiter eskalieren ließ.

Die Gäste der anliegenden Kneipe "opa l'amour" zerrten die schwarze Frau gewaltsam in die Kneipe, während ihre Begleiterin Hilfe holte. Unterdessen brach ein der Kneipe eine regelrechte Lynchstimmung aus; der Wirt ließ die Rolläden herunter und würgte die schwarze Frau. Als die Hilfe für die Frau eintraf, entwickelte sich ein lautstarkes Handgemenge, bei dem verschiedene rassistische Äußerungen fielen. Nur das Auftauchen der Polizei konnte Schlimmeres verhindern.

Flugblätter verteilt

Am Sonntag den 10.10 wurden im Stadtteil Wichlinghausen Republikaner Flugblätter in die Briefkästen gesteckt. Nach dem katastrophalen Wahlkampfstart im Mai (siehe NRW Zeitung Nr.2) versuchen die Republikaner nun mit rassistischen Flugblättern die Wahlbevölkerung für sich zu gewinnen.

Flüchtlinge auf giftigem Boden

Bei der Unterbringung neu ankommender Flüchtlinge geht in Wuppertal mit seiner rigiden Abschreckungspolitik mal wieder alles

drunter und drüber. Ausgerechnet auf einem mit Arsen, Nickel und krebserregenden policyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen verseuchten Gelände nahe des Kulturzentrums Börse im Stadtteil Arrenberg sollen Container für Flüchtlinge aufgestellt werden. Belastete Erde wurde vor Aufstellen der Container abgetragen und in ausgehobenen Gruben verbuddelt. Daß es auch anders geht, zeigen Städte wie Solingen. Dort wird langfristig geplant, Wohnheime müssen nicht überbelegt werden und in der Regel sind freie Plätze in Reserve. (Wupper Nachrichten 19/93)

Antifaschistischer Schüler vor Gericht

Kurz nach dem Brandanschlag in Solingen wurde einem Schüler an der Gesamtschule Wuppertal-Ronsdorf ein Nazi-Enbleme abgenommen und der Schuldirektion übergeben. Der Vater des "Geschädigten," ein hohes Tier bei der Bundeswehr, erstattete bezeichnenderweise Anzeige. Die Staatsanwaltschaft hatte an sich wenig Interesse an der Verfolgung dieser Lappalie, doch durch eine RECHTSbewußte Sachbearbeiterin kam es schließlich am 17.September zur Verhandlung vor dem Wuppertaler Amtsgericht. Der Richter beschränkte sich auf eine mündliche Verwarnung des verdächtigen Schülers. Konsequent verhielt sich ein Sprecher der Schule: "In der Klasse trägt jedenfalls niemand solche Abzeichen und falls es jemand täte, würde er von unserem Lehrkörper sofort zum Entfernen der Abzeichen aufgefordert." (WN 19/93)

Kein Mahnmal vor dem Landgericht

Nach Willen der Wuppertaler Justizverwaltung wird es vor dem Wuppertaler Landgericht kein Mahnmal an die Opfer der Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse in den Jahren 1935 und 1936 geben. Das Wirken der Wuppertaler Justiz zur Zeit des Nationalsozialismus ist bis heute größtenteils im Dunkeln geblieben, und es scheint immer noch genügend Leute zu geben, die es weiterhin im Dunkeln lassen wollen. Zunächst verlangte die Wuppertaler Justiz vom Initiator DGB, auf der Tafel solle erwähnt werden, daß an den Gewerkschaftsprozessen keine Wuppertaler Richter beteiligt waren. Der DGB war bereit, sich darauf einzulassen. Als Versuche weiterer Einmischungen gemacht wurden - jegliche Bezugnahme auf Wuppertal sollte auf der Tafel vermieden werden - brachen die GewerkschafterInnen die Verhandlungen ab. "Wir können uns nicht vorschreiben lassen, wie dieses Mahnmal für unsere Kollegen, die Demokraten waren, gestaltet werden soll", betonte der Wuppertaler DGB-Vorsitzende. (WN 19/93)

Wuppertal

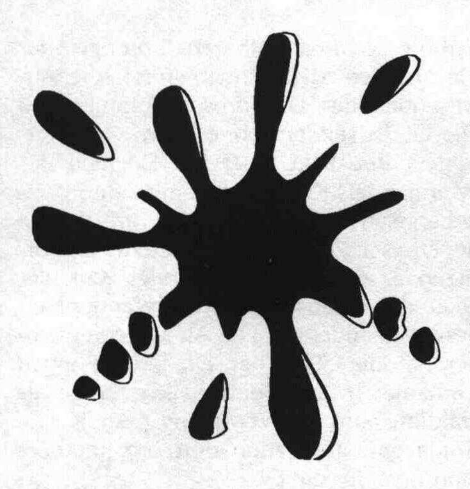
Witten

Anti -Antifa meldet sich

Mit einem Fluglatt meldete sich Mitte September die Anti - Antifa in Witten zu Wort. Sie kündigte großkotzig "passende Antworten" auf "anarchistischen Straßenterror" an. Sprache und Layout waren wieder mal von Autonomen abgekuckt und strotzten nur so von pseudorevolutionären Phrasen. Interessant ist, daß mit diesem Flugblatt auch ein anderes auftauchte. Ein Flugblatt der "Deutschen Nationalisten" machte Werbung für sich und gab eine Kontaktadresse in Dortmund an. V.I.S.d.P. zeichnete hier ein S.Schallbruch.



Erste Übergriffe auf Deutsche im Ausland



Durch einen Fehler in der Verständigung zwischen Redaktion und Setzer fehlten im ursprünglich Satz einige Texte. Dies haben wir leider erst zu spät bemerkt. Da wir Euch diese Texte auf keinen Fall vorenthalten wollen, haben wir uns entschlossen, sie als Beilage in die Mitte der Zeitung heften zu lassen. Wir bitten dafür um Entschuldigung.

Köln

Brandanschlag in Pulheim-Stommeln

Bei einem Brandanschlag auf ein türkisches Restaurant Anfang August wurden drei Leute verletzt, die in der über dem Restaurant befindlichen Wohnung leben. Nachdem anfangs wegen eines an der Wand gemalten Hakenkreuzes von einer ausländerfeindlichen Straftat ausgegangen wurde, präsentierte die Polizei schon nach einem Tag den vermeintlichen Täter: den Sohn der Familie. Der 20jährige habe den Brandanschlag wegen eines Versicherungsbetruges begangen und dies gestanden. Seitdem sitzt er in Haft. Ähnlich wie bei einem Brandanschlag in Hattingen, bei dem eine türkische Frau ihre eigene Wohnung unter großer Gefährdung ihrer Famillie angezündet haben soll, verfolgte die Polizei Spuren, die auf Täter aus der rechten Szene weisen, nur sehr oberflächlich. Auch in Pulheim ist noch vieles ungeklärt. ZeugInnen beobachteten kurz vor dem Anschlag ein Auto, das wie auf Beobachtungsfahrt mehrfach vor dem Haus auftauchte. In der Presse wurde die Meldung, das Hakenkreuz sei falsch herum gemalt, als Beweis für die Täterschaft des türkischen Familienmitglieds gewertet. Die Tatsache ist eine Falschmeldung. In einigen Preseveröffentlichungen ist von einem leeren Benzinkanister die Rede, der in einem Nebenzimmer gefunden worden sei, in anderen Zeitungsmeldungen ist der Benzinkanister voll. Auch die örtliche Naziszene spielte bei den Ermittlungen keine Rolle.

Nazi-Überfall

Eine Teilnehmerin eines antifaschistischen Sommerlagers, das vom 2. bis zum 6. August in Waren stattfand, wurde von Nazis krankenhausreif geschlagen. Mehrfach hatten sich bereits vor dem Überfall Rechtsradikale vor dem Zeltlager gesammelt, Drohungen ausgesprochen und Leuchtraketen abgeschossen.

Flüchtlinge außer Sichtweite

Die Stadtverwaltung ließ trotz Protest von Flüchtlingen und Unterstützer/innen am 6.8.93 die beiden Hotelschiffe für Flüchtlinge von der zentral gelegenen Deutzer Brücke in den Deutzer Hafen verlegen. Als Begründung für die Verlegung wurde angeführt, daß unter der Deutzer Brücke "Parkverbot" wegen Rammgefahr bestehe. Im Deutzer Hafen sind neben die nun verlegten Schiffe Container aufgestellt worden, die mit einem drei Meter hohen Zaum umgeben sind. Die Mahnwache und das Köln-Telephon, die sich bisher neben den Schiffen unter der Deutzer Brücke befanden, kritisierten die Verlegung in das Ghetto. Der wirkliche Grund scheint denn auch eher das Anliegen der Stadtverwaltung zu sein, das Rheinpanorama flüchtingsfrei zu machen. Die Verlegung der Schiffe mußte gegen den Widerstand der Unterstützer/innen, die die Schifftstaue festgekettet hatten und den Widerstand einzelner Flüchtlinge durchgeführt werden. Ein Flüchtling sprang aus Protest in den Rhein. Die meisten anderen Flüchtlinge waren vorher auf "Kaffeefahrt" geschickt worden.

Statistik über fremdenfeindliche Straftaten

Die Kölner Polizei veröffentlichte am 11.8.93 eine Statistik über die begangenen fremdenfeindlichen Straftaten im Großraum Köln. Von Januar bis Ende Juli 93 hat es 232 "nachweisbare Fälle" gegeben (42 mehr als im Vergleichzeitraum des Vorjahres). 17 Körperverletzungen, 35 Sachbeschädigungen, 90 Bedrohungen. Auch drei Brandanschläge hat es in dieser Zeit gegeben. Da außer dem Brandanschlag von Worringen im Februar die Polizei bisher bei allen weiteren einen rechtsextremistischen Hintergrund bezweifelte, stellt sich die Frage welches die beiden anderen waren. Hat die Polizei etwa den einen oder anderen verschwiegen, oder waren bei einigen Brandanschlägen doch rechtsextremistische Spuren vorhanden, die anfangs von der Polizei bestritten wurden?

Nazis in Ehrenfeld

In der Nacht zum 13.8. zogen etwa 15 Personen, Naziparolen gröhlend, durch Ehrenfeld an einem Flüchtlingsheim für Roma vorbei. Etwas später wurden von

dieser Grupppe zwei Männer zusammengeschlagen. Ein 23jähriger und ein 27jähriger aus der Gruppe wurden festgenommen.

Verfahren gegen Antifaschisten eingestellt

Im April des Jahres war ein Kölner Antifaschist noch wegen Raubes einer Deutschlandfahne bei der Demo vor dem Senatshotel im Juni 92 zu sieben Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden. Nun wurde dieses Urteil in der Berufung aufgehoben. Gegen eine Geldbuße wurde das Verfahren am 13.8. eingestellt. Der Richter der Berufungsverhandlung wies daraufhin, daß der Richter des ersten Verfahrens (Scharfmacher KRÖMER) in seiner Urteilsfindung überhaupt nicht der Frage nachgegangen sei, ob die Wegnahme der Deutschlandfahne und das sofortige Verbrennen danach überhaupt als Raub, im Sinne einer persönlichen Aneignung, bewertet werden könne.

Mordanschlag auf Angestellten im türkischen Imbiss

Eine Stunde nach einem Streit mit einem türkischen Angestellten eines Imbisses auf der Venloer Straße in Ehrenfeld kehrte am 15.8.ein etwa 25jähriger in den Imbiss zurück und schoß auf den Angestellten. Die Kugel ging knapp vorbei. Bei dem Streit hatte der Täter den Angestellten als "Scheißtürken" bezeichnet.

Mordrohungen gegen Ralph Giordano

Der jüdische Autor Ralph Giordano erhält beinahe täglich Morddrohungen. Mitte August wurde ihm ein Fax zugesandt, in dem ihm mit einer Gaskammer in Bergisch-Gladbach gedroht wurde. Giordano ist Ende 1992 mit einem Brief an die Öffentlichkeit getreten, in dem er den bewaffneten Selbsschutz von Juden/innen rechtfertigt.

Keine Infostände der DL

Das Verwaltungsgericht entschied am 18.8.nach einer Klage der DL gegen die Stadtverwaltung, daß die DL keine Informationsstände an "frequentierten" Stellen im Stadtgebiet aufstellen darf. Die Infostände der DL würden gewalttätige Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern auslösen. Bleibt nur noch die Feststellung, daß auch an nicht frequentierten Stellen die Infostände der DL auf hoffentlich heftigsten Widerstand stoßen.

DL im Asylcontainer

Die DL mußte am 26.8. endgültig ihr Fraktionsbüro in der Straße Obermarspforten räumen. Der Vermieter hatte der Stadt Köln die Räume schon zum 1.7.93 gekündigt. Seine Begründung war, daß es wiederholt zu unzumutbaren Störungen für die anderen Mieter/innen durch die Anwesenheit des DL-Büros gekommen sei. Die DL ist seitdem ohne Räume und verschickt ihre Faxe über das Faxgerät des Weinhandels Kirchner (Weinhandel: Winterbergerstr. 91 in Merheim, privat: Auf der Driesch 7 in Ostheim). Kircher ist Vorsitzender des Bezirksverbandes Kalk der DL und seit neustem stellvertretender Landesvorsitzender der DL. Ab Mitte September hat die Stadt der DL jedoch einen Container in der Deutz-Kalker Straße als Fraktionsbüro zur Verfügung gestellt. Die Antifa garantiert auch dort unzumutbare Störungen für die DL.

Deutsche Liga im Demowahn

Erneut versuchte die DL für den 28.8. diesmal direkt zwei Demonstrationen durchzuführen. Sie wollte sowohl auf dem Roncalliplatz, als auch später vor dem Waidmarkt (Vor ihrem eigenen Präsidium würde die Polizei keine linken Störer zulassen, so die DL) demonstrieren. Die Themen schienen recht beliebig. Denn als ihre angekündigten Demos zu Nidar Pampurova und "gegen ausländische Extremisten" verboten wurden, meldete die DL erst eine Solidaritätsdemo mit Hiltrud Kier und später eine "fachwissenschaftliche Kundgebung" an. Hiltrud Kier (vor kurzem entlassene Generaldirektorin der Kölner Museen) erklärte daraufhin, ihr sei speiübel angesichts der Solidarität der DL. Der "fachwissenschaftliche Vortrag" der DL zielte gegen die Zuwanderung aus Südosteuropa, und den dadurch enstehenden Erbschäden. Wir können gespannt sein, wann die DL die Nürnberger Rassengesetzte wieder einführen will. Beide Demos wurden jedoch verboten und die Nazis ließen sich wieder einmal nicht blicken. Daraufhin beschloß ein Teil der 300 Gegendemonstrant/innen diesmal den Spieß umzudrehen. So wurde nicht auf die DLer gewartet, sondern etwa 80 FahradfahrerInnen machten sich auf den Weg zu ihnen. So wurden der DL-Nazifunktionär Michael WIECHERT (Kalk-Mülheimer-Str. 400), der auch die Demos angemeldet hatte, sowie der Nazirechtsanwalt Rainer SCHMIDT-LONHART (Gotenring 19) besucht. Beide taten jedoch so, als wären sie nicht zu Hause. Umsomehr interessierten sich die Nachbarn für das verteilte Flugblatt, auf dem ihre Naziaktivitäten geschildert wurden.

Kandidatenaufstellung der DL

Am 22.9. wollte die DL in der Kneipe "Zur ZUNFT" in Köln-Mülheim ihre KandidatInnen für die Kommunalwahl 94 aufstellen. Dies gelang ihr angesichts einer Präsens von über 100 Antifa-Leuten vor Ort allerdings nicht. Die Polizei hatte weiträumig abgesperrt und warnte die ankommenden DLer rechtzeitig. Die DL behaup-

tete später, per Fax, ihre Kandidatenaufstellung am selben Abend, in einer anderen Kneipe in Ehrenfeld durchgeführt zu haben. Als Kandidaten/innen wurden u.a. aufgestellt: Einzelne Wahlkreise: Manfred ROUHS, Markus BEISICHT, Volker JUNG, Michael WIECHERT, Peter LIGNAU sowie für die Bezirksvertretungen, Hermann-Josef Kirchberg, Bernd M. Schöppe, Jochaim MEIER, Gertrud GANO, Bruno KIRCHNER, sowie erneut BEISICHT, ROUHS, WIECHERT und JUNG.

Neben vielen DLern sind in dieser Liste auch einige aus der NPD vertreten, wie der Kontaktmann zum militanten Lager, Peter LIGNAU (siehe NRW Zeitung Nr.2) und die NPDlerin Gertrud Gano

Brandanschlag gegen "von unge"

In ihrer Juli-Ausgabe hatte die Zeitung "von unge" Namen und Adressen von Nazifunktionären veröffentlicht und sie als "Brandstifter" bezeichnet. Zwei davon, Heinz-Kurt Täubner (seit 1985 Vorsitzender der rechtsradikalen Splittergruppe "Die Bürger") und Helmut Pauli (unter anderem Mitglied im "Volksbund Deutscher Ring" und Organisator der Fahrten nach Wunsiedel zu den Jahrestagen des Heß-Selbstmordes) erwirkten vor dem Kölner Landgericht per einstweiliger Verfügung das Verbot des weiteren Vertriebs der Zeitung. Die Juli-Ausgabe wurde beschlagnahmt.

Und wieder einmal wirkte ein richterliches Urteil als Signal: es hagelte Drohanrufe gegen "von unge". In der Nacht vom 24. auf den 25.9. brannte es dann im Archivraum der Initiative. Der Raum brannte völlig aus. Die Mitarbeiter/innen gehen davon aus, daß es sich um einen faschistischen Anschlag handelt.

DVU Gründung verhindert

Die DVU, die seit Jahren in Köln nicht mehr aktiv war, wollte sich zu Wiedergründung des Kreisverbandes am 26.9 versammeln. Besonders konspirativ wurde zu einen Treffpunkt am Ebertplatz eingeladen, von wo aus die Mitglieder dann weitergeleitet werden sollten. Mit dem Auftauchen einer frühmorgendlich kleinen Schar von Antifa-Leuten hatten sie allerdings nicht gerechnet. So wurde von diesen dann der Treffpunkt am Ebertplatz aufgelöst und anschließend ging es dann zum eigentlichen Veranstaltungsort in Köln-Kalk. Die DVUler hatten in der Eile die Wegbeschreibung zurückgelassen. Zu weiteren Kontakten kam es allerdings nicht, da nach der Ankunft in Kalk der Kneipenwirt nur noch vermelden konnte, daß die bereits anwesenden 20 DVUler 10 Minuten vorher in plötzlicher Eile aus seiner Kneipe geflüchtet waren. Interessant ist übrigends der Einlader der DVU-Gründungsversammlung. Es handelte sich um Josef ETHEBER (plus Familie). Die Familie ETHEBER hatte vor einem halben Jahr noch wichtige Funktionen (Landesvorstand etc,) in der DL besetzt. Anscheinend hat es da wieder einmal einen internen Streit gegeben.

Bewacher der Klagemauer zusammengeschlagen

Der in Köln bekannte Walter Herrmman, der neben einer seit mehreren Jahren, vorm Dom stehende Klagemauer, aus Papptafeln (deren Inhalt richtet sich hauptsächlich gegen Krieg, Wohnungsnot und Rechtsradikalismus) lebt, wurde von drei Männern am 29.9. zusammengeschlagen. Herrmann glaubt, daß er von "rechtsgerichteten Jugendlichen angegriffen worden ist: Sie haben besonders die Kärtchen mit hebräischer Schrift abgerissen" Außerdem entdeckte er am Morgen ein Plakat einer "rechtsgerichteten Gruppierung". In dieser Nacht hatten "Die BÜRGER" im vielen Teilen des Stadtgebietes plakatiert.

REPler überfallen

Laut Zeitungsmeldungen wurde am 1.10. der stellvertretende Vorsitzende der Kölner REPs, Jürgen HEYDRICH, in der Innenstadt von 20-30 Personen überfallen. Dabei wurden ihm Parteiunterlagen abgenommen. HEYDRICH sowie zwei Mitarbeiter sollen Prellungen und Platzwunden davon getragen haben. Vier Antifa-Leute wurden vorübergehend festgenommen.

Ermittlungen gegen DL

Gegen drei Mitglieder der Deutschen Liga wurde wegen Volksverhetzung und Amtsanmaßung Anklage erhoben. Ihnen wird vorgeworfen, an der Vorbereitung von "Lösegeld-Steckbriefen" beteiligt gewesen zu sein. Die Deutsche Liga hatt im März diesen Jahres Steckbriefe einer illegal in Köln lebenden Asylbewerberin angefertigt.

Koblenz

Polizeikessel in Koblenz

Am 25.09.93 fand in Koblenz ein Volksfest anllich der Wiedereinweihung des Reiterstandbilds Kaiser Wilhelm des I. statt. Diesen Anlaß wollten auch die Jungen Nationaldemokraten nutzen, um gegen das Verbot der Reichskriegsflagge zu demonstrieren. Aus diesem Grunde bestiegen 25 Linke das Kaiserdenkmal am Deutschen Eck und verbrannten eine Reichskriegsflagge. Obwohl die Antifaschisten der zweiten polizeilichen Aufforderung das Denkmal zu räumen nachkamen, wurden sie eingekesselt. Die Personalien wurden z.T. mit Gewaltanwendung festgestellt. Ein unter den Festgehaltenen befindlicher anerkannter Asylbewerber wurde zur Zielscheibe verbaler Aggressionen seitens der Beamten. Die Eingekesselten erwägen nun, rechtliche Schritte wegen des Kessels einzuleiten. (Quelle: Presseerklärung Koblenz, 25.09.93)

Buch



Gino Vermicelli
Die unsichtbaren Dörfer"
Roman
Rotpunktverlag, Zürich, 1990
Preis: DM 34,00



Museum der
A.N.P.I.
VIA 25. APRILE 34
Villadossola

Gegen das Vergessen

Es gab kein System, das unterdrückerischer und mörderischer war, als das des Nationalsozialismus. In ihm vereinigte sich der Rassismus, Biologismus, Sexismus und Kapitalismus zu einem Terrorregime, das die Menschen in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß ausbeutete und die Vernichtung all der Menschen, die es als unwert einstufte, wissenschaftlich legetimierte, vorbereitete und industriell durchführte. Die Nazis verfügten über einen immensen Repressionsapparat. Und dennoch gab es von verschiedenen Menschen teilweise recht erfolgreichen Widerstand. Deshalb wollen wir hier ein Buch vorstellen, das einem hier in Deutschland wenig bekanntem Widerstandskampf gilt. Dem Widerstand antifaschistischer PartisanInnen in Italien gegen die faschistische Diktatur Mussolinis und die deutsche Wehrmacht.

Das Buch heißt: "Die unsichtbaren Dörfer" und ist 1990 im schweizerischen Rotpunktverlag erschienen. Es ist eine Übersetzung des Romans von Gino Vermicelli "Viva Babeuf". Gino Vermicelli widmet diesen gut geschriebenen Roman den PartisanInnen des Ossolatals, wo er selbst als Politkommisar der X. Garibaldibrigade gegen die Faschisten kämpfte. Der Zeitpunkt, zu dem die Geschichte der kommunistischen Garibaldinis erzählt wird, ist das Jahr 1944. Die Partisanenverbände, der Garibaldinis, der Republikaner und der Monarchisten waren so stark geworden, daß sie es schafften, die deutsche Wehrmacht samt den italienischen Faschisten aus dem Ossolatal, das zwischen dem schweizerischen Kantonen Wallis und Tessin liegt, herauszutreiben und in Domodossola eine freie Republik auszurufen. Obwohl die Alliierten ihnen keine Unterstützung zukommen ließen, weil sie eine starke kommunistische Bewegung nach dem Krieg fürchteten, schafften es die PartisanInnen 40 Tage die freie Republik zu halten. 16.000 Soldaten der deutschen und italienische Armee setzten der Republik ein Ende und zwangen 35.000 Menschen zur Flucht in die Schweiz.

Die PartisanInnen setzten sich nach ihrer Flucht wieder in den Bergen fest, von denen sie die Faschisten angriffen.

Abgesehen, daß jeder hier viel über den bewaffneten antifaschistischen Widerstand in Italien erfährt, tauchen in dem Buch viele interessante Diskussionen der KämpferInnen auf, wie sie durchaus auch heute geführt werden.

Für Leute, die noch mehr über das Ossolatal erfahren wollen, lohnt sich der Besuch im Rathaus von Domodossola, wo in dem ehemalige Ratssaal der freien Republik die Geschichte dieser dokumentiert wird. Noch lohnender ist aber der Besuch in der via 25.april 34, in Villa d' Ossola bei der A.N.P.I., dem Dachverband der PartisanInnen Italiens. Die Sektion in Villa d 'Ossola unterhält hier ein interessantes Museum, in dem auf Nachfrage ein alter Genosse oder Genossin die Geschichte der Kämpfe erzählt.

Filminteressierten kann der Film "Dynamit am Simplon" empfohlen werden. Dieser dokumentarische Spielfilm des schweizerischen Autors Werner Schweizer beleuchtet zudem eine besonders gelungene Sabotageaktion der AntifaschistInnen.